

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Tschechien, Polen und Memelgebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Kleinigkeiten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 22. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Kassenstellen und Beamten, Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Depotkassen Lindenstr. 2.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopiergebühr 50 Pfennig. Reklameweile 50 Pfennig. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pfennig (außerhalb zwei fertige Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Das Kabinett kann nicht beschließen.

Es wartet auf den Beschluß der Deutschnationalen.

Heute tritt der Auswärtige Ausschuss des Reichstags zusammen. Die Delegierten von Locarno werden ihm Bericht erstatten: nur eines werden sie nicht sagen können, was immerhin von Belang wäre, nämlich die Regierung zu den Abmachungen steht, die von ihrem Reichkanzler und ihrem Reichsaußenminister getroffen worden sind.

Wiederholt ist in der Presse die „einmütige Billigung“ dieser Abmachungen durch das Reichskabinett gemeldet worden, stets jedoch eilen die Meldungen den Tatsachen voraus. Jetzt ist es das Organ Stresemanns, die „Tägliche Rundschau“, die versichert, auf Grund der bisher gepflogenen Aussprache sei an der einmütigen Billigung durch das Kabinett nicht zu zweifeln. Es scheint aber, daß von den Deutschnationalen Rückfragen gestellt worden seien über Punkte, die noch der Klärung bedürfen.

Nach dieser Darstellung, die von anderen Rechtsblättern bestätigt wird, weiß diese unglückliche Regierung noch nicht genau, was sie will, weiß die Deutschnationalen noch nicht genau, was sie wollen. Das Kabinett kann keinen Beschluß fassen, weil einige seiner Mitglieder auf die Instruktionen warten, die sie von der Deutschnationalen Partei erhalten werden.

Man stelle sich vor, zur Zeit der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung hätte diese einen wichtigen Beschluß nicht fassen können, weil die sozialdemokratischen Minister auf die Entschliebung der sozialdemokratischen Fraktion gewartet hätten. Welcher Bärm hätte sich dann wohl über eine solche „sozialdemokratische Nebenregierung“ erhoben!

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion, von der nach Lage der Umstände wenigstens für diese Regierung alles abhängt, hat heute vormittag nur kurz getagt und ist spät abends noch einmal zusammengetreten. Inzwischen hat es umständliche Verhandlungen zwischen dem Grafen Westarp und Herrn Luther gegeben. Die den Deutschnationalen nahestehende Presse kündigte aber schon gestern abend an, daß zunächst „an eine Beschlußfassung des Kabinetts und der Fraktion nicht zu denken“ sei. Die Deutschnationalen Partei leidet an einer Lähmung des Willens, und diese Krankheit überträgt sich auf die Reichsregierung!

So wird das nationale „Führerideal“ durch das Verhalten des Kabinetts und seiner deutschnationalen Mitglieder in wahrhaft hervorragender Weise verwirklicht. Statt daß die berufenen Vertrauensmänner der Partei in der Regierung wirklich die Führung übernehmen, zappeln sie hilflos hin und her und warten auf einen Mehrheitsbeschluß der Fraktion — der aber auch auf sich warten läßt.

Dieser Zustand der Unschlüssigkeit findet auch in der deutschnationalen Presse sein Spiegelbild. Die „Deutsche Tageszeitung“, die vorgestern beinahe schon Ja gesagt hatte, schrieb gestern wieder Nein, weil durch einen Kommentar der englischen Regierung zu den Verträgen alles wieder „erschlagen“ worden sei. Wir haben diesen englischen Kommentar nicht abgedruckt, weil nichts darin stand, was nicht jedermann, der lesen kann, ohnehin schon in den Verträgen gelesen hat. Für die „Deutsche Tageszeitung“ aber ist es eine neue Entdeckung, daß der Vertrag von Versailles weiter besteht, und daß die Garantierung des status quo, der bestehenden Grenzen, einen Verzicht auf das Land bedeutet, das jenseits der Grenzen liegt. „Gegenüber diesem englischen Standpunkt“, beklagt das Agrarierblatt, „gibt es nur ein rundes und klares Nein!“

Dabei wirkt beruhigend, daß dieses „runde und klare Nein“ nur dem „englischen Standpunkt“ und nicht den Verträgen selbst gilt, und daß zweitens als Verfasser Herr Paul Baeyer zeichnet, der von den Dames-Gesellen her als ein Meister des Umfalle bekannt ist.

Deutschland, sagen Luther und Stresemann, hat in Locarno einen Erfolg errungen. Aber angesichts dieses Erfolges bieten die Regierung und die „größte Regierungspartei“ ein Bild erbarmungswürdiger Hilflosigkeit.

Sie suchen eine Umfallsformel.

Endlose Beratungen der Deutschnationalen.

Die im Laufe des Tages verschiedentlich abgehaltene Fraktionsführung der Deutschnationalen begann am Mittwoch abend gegen 1/2 8 Uhr. Seit drei Uhr nachmittags lagte bereits der Fraktionsvorstand.

Wie die Telegraphen-Union erzählt, drehte sich die Aussprache im wesentlichen um die Bedenken gegen den Westpakt, sowie um die Tragweite der Zusagen der Alliierten hinsichtlich des Rheinlandes, die sich auf Grund der Veröffentlichung des französischen Außenministers über die Rückwirkung im Westen erheblich verstärkt hatten.

Auch die Besprechungen, die Dr. Luther im Laufe des Mittwoch vormittag und in den ersten Nachmittagsstunden mit den deutschnationalen Parteiführern Schiele und Graf Westarp gehabt hatte, galten vornehmlich diesen Bedenken.

Um 12 Uhr nachts war die Beratung immer noch nicht beendet. Wie wir hören, besteht die Absicht, vor der Beschlußfassung erst noch die Vorsitzenden der deutschnationalen Landesverbände zu hören.

Die Länderregierungen sagen ja! Und sprechen ihren Dank aus.

Amtlich wird folgende Mitteilung veröffentlicht:

Mittwoch vormittag trafen die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder mit den Mitgliedern der Reichsregierung unter Vorsitz des Reichkanzlers zu einer Aussprache über das Ergebnis der Ministerzusammenkunft von Locarno in der Reichstanzlei zusammen.

Nach Berichterstattung durch den Reichkanzler und den Reichsminister des Auswärtigen fand ein eingehender Gedankenaustausch über die mit dem Werk von Locarno zusammenhängenden Fragen statt; insbesondere wurden die für die besetzten Gebiete zu erwartenden Rückwirkungen ausführlich erörtert.

Die Erschienenen sprachen den deutschen Delegierten für die im Interesse der Sicherung des Weltfriedens und der Verständigung der Völker in Locarno getätigten Arbeiten ihren Dank aus, gaben dabei jedoch übereinstimmend der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Vertragswerk erst dann als endgültig abgeschlossen angesehen werden könne, wenn, insbesondere in den besetzten Gebieten, Maßnahmen erfolgten, die dem verkündeten Geist des Friedens entsprächen und den berechtigten Erwartungen des deutschen Volkes Rechnung trügen.

Danach haben also auch die deutschnationalen Regierungen — wie etwa die von Mecklenburg, Thüringen, Braunschweig, Bayern — den Delegierten für die Verständigungsarbeit ihren „Dank“ ausgesprochen.

Hätten diese parlamentarischen Landesvertreter auch einer Regierung Wirth-Hermann Müller-Kathenau ihren Dank ausgesprochen, wenn diese einen Vertrag von gleichem Inhalt vorgelegt hätte?

Das besetzte Gebiet bei Hindenburg.

Beschwerde der Arbeiterschaft über die Reichsregierung.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch die Vertreter des Rheinlandes, um sich persönlich über deren Ansichten und Wünsche zu informieren. Als erster vertrat der rheinische Zentrumsmann Rönnich die Auffassung der Zentrumspartei, die von dem Ausgang in Locarno einen positiven Abschluß für das Rheinland erwartet habe.

Der Gewerkschafter Thomas (Main) brachte eine ganze Reihe von Einzelbeschwerden vor und stellte, abgesehen von den allgemeinen Bedrückungen fest, daß erst in diesen Tagen wieder 154 Wohnungen von den Besatzungsbehörden angefordert worden sind. Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Gander blies natürlich in das Revanchehorn, ohne daß ihm Hindenburg besondere Aufmerksamkeit schenkte. Auch der bayerische Volksparteiler Beyersdorffer zeigte sich sehr wenig befriedigt, während der Zentrumsadgeordnete Kaas neben allen Enttäuschungen auch die positive Seite des „Vertrages von Locarno“ aufzuzeigen versuchte. Das gleiche geschah durch den Wirtschaftler Luis Hagen, der mit der Wirtschaft von Locarno weitere Erleichterungen erwartete.

Als Vertreter der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft des Rheinlandes kam der Genosse Dr. Meier-Düsseldorf zu Wort. Er vermißte auf den Geist von Locarno, der weiterhin die Richtschnur für alle politischen Handlungen der Reichsregierung bilden müsse und besetzte sich dann mit einer großen Zahl von Mißständen, die teilweise auch durch die Politik der Reichsregierung hervorgerufen worden sind. Meier verwies u. a. darauf, daß an der deutsch-holländischen Grenze infolge der Zollgesetzgebung mehr als 5000 Arbeiter in Gefahr stehen, brotlos zu werden. Es handelt sich hauptsächlich um die Angestellten und Arbeiter der Margarinefabriken. Die von ihnen zur Produktion benötigte holländische Milch ist durch den deutschen Zoll um 5 Pf. pro Liter verteuert worden. Alle Verhandlungen mit dem Finanzminister, wenigstens an der deutsch-holländischen Grenze den Milchzoll aufzuheben, verliefen bisher ergebnislos. Meier gedachte dann noch der Winger im Rosel- und Nabeltal, die ebenfalls unter der Politik der Reichsregierung bitter zu leiden haben. Er gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Separatisten diesen Umstand zu neuen Wühlereien benutzen könnten, und daß deshalb unbedingt für Abhilfe Sorge getragen werden müsse. — Anschließend kam noch ein Vertreter der rheinischen Landwirtschaft und der christlichen Gewerkschaften zu Wort.

Hindenburg antwortete durch Zwischenfragen nach jeder einzelnen Erklärung der rheinischen Vertreter. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß er fest entschlossen ist, den „Vertrag von Locarno“ zu unterzeichnen und daß er von ihm eine Besserung der jetzigen Lage Deutschlands erwartet. Angriffe auf die Minister miß er zurück.

Verständigung oder Kampf? Die Gemeindearbeiter wollen Verständigung.

Die Bevölkerung Berlins erwartet, daß die Verhandlungen vor dem Schlichter in dem Konflikt der Gemeindearbeiter mit den Gas- und Wasserwerken zu einer Verständigung führen. Niemand würde es verstehen, wenn die Städtischen Werke, wenn der Magistrat sich weiter hartnäckig weigern würden, den bescheidenen Forderungen der Gemeindearbeiter Rechnung zu tragen. Niemand würde es verstehen, wenn es wegen einer Lohnsumme, die weder für den Haushalt der Städtischen Werke, noch für den Haushalt der Stadt Berlin ins Gewicht fällt, die Arbeiterschaft schließlich gezwungen würde, zu den schärfsten Maßnahmen des gewerkschaftlichen Kampfes zu greifen.

Man mag zu den Forderungen, die diesem Konflikt zugrunde liegen, wie immer sich stellen, niemand wird den Gemeindearbeitern bestreiten, daß sie ein Höchstmaß an Geduld und Verantwortungsbewußtsein gezeigt haben. Die Lohnsätze sind am 30. September sowohl für die Kammerearbeiter, als auch für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter abgelaufen. Seit vier Wochen bemühen sich die Vertreter der Gemeindearbeiter, zu einer Verständigung zu kommen. Seit vier Wochen stehen die Gemeindearbeiter bewehrt bei Fuß, in der Hoffnung, die Direktionen der Städtischen Werke, der Magistrat würden schließlich begreifen, daß die Löhne, die sich teilweise unter den Minimallohnen der Vorkriegszeit befinden, bei der inzwischen eingetretenen Teuerung nicht ausreichend sind.

In dieser Hoffnung sind die Gemeindearbeiter bisher getäuscht worden. In den direkten Verhandlungen haben sowohl der Magistrat als auch die Direktionen der Städtischen Werke jedes Entgegenkommen abgelehnt. Der Schiedsspruch für die Kammerearbeiter, der eine in jeder Beziehung ungenügende Lohnerhöhung von 3 Pf. die Stunde festsetzte, wurde vom Magistrat abgelehnt. Der Schiedsspruch für die Städtischen Werke verlängerte für einen Monat die jetzt gültigen Löhne und lehnte ja mit jeder Lohnerhöhung ab. Trotzdem haben die städtischen Arbeiter, obwohl inzwischen durch Urabstimmung mit erdrückender Mehrheit die Arbeitsniederlegung beschlossen wurde, im Interesse der Bevölkerung die Durchführung des Beschlusses immer wieder verzögert.

Die verantwortlichen Vertreter der Arbeiterschaft sind sich durchaus bewußt, welche Tragweite für die Bevölkerung, für das gesamte Wirtschaftsleben eine Stilllegung der Städtischen Werke nach sich ziehen müßte. Sie haben, solange noch die geringste Aussicht auf eine Einigung durch Verhandlungen besteht, es bisher abgelehnt, von dem Wagemittel der Arbeitsverweigerung Gebrauch zu machen. Der Polizeipräsident von Berlin hat sich bemüht, um die Katastrophe einer Stilllegung der Städtischen Werke zu verhindern, die Parteien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Das Ergebnis dieser vereinten Bemühungen sind die Verhandlungen, die heute vor dem Schlichter stattfinden.

Obgleich die „Rote Fahne“ aus alter Tradition den im Kampf befindlichen Arbeitern in den Rücken fällt, indem sie behauptet, daß die Forderungen der Gemeindearbeiter nur bewilligt werden könnten, wenn die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität um 50 Proz. erhöht würden, wissen selbstverständlich die Direktionen der Städtischen Werke, daß davon keine Rede sein kann. Die Städtischen Werke sind in der Lage, die bescheidene Forderung auf Erhöhung der Löhne von 10 Pf. pro Stunde voll zu gewähren, ohne daß irgendeine Tarifierhöhung notwendig ist, ohne daß der Haushalt der Städtischen Werke dadurch irgendwie gefährdet wird.

Der Widerstand der Städtischen Werke und des Magistrats gegen die Lohnforderung der Gemeindearbeiter hat im wesentlichen zwei Ursachen: Die Städtischen Werke wollen den notwendigen technischen Ausbau und die Erweiterungsbauten nach wie vor aus laufenden Einnahmen bestreiten. Es handelt sich da nicht etwa um kleine Beträge, sondern um Riesensummen. Im laufenden Jahr haben z. B. die Gaswerke allein für 16 Millionen Erweiterungsbauten vorgenommen, die sonst nur aus Anleihemitteln bestritten wurden. Die Städtischen Werke — die Straßenbahn inbegriffen — setzen einen gewissen Ehrgeiz darin, aus laufenden Einnahmen Neuanlagen vorzunehmen, technisch die Betriebe zu vervollkommen, ohne den Kapitalmarkt durch Anleiheversuche zu belasten. Dieser Ehrgeiz in Ehren. Er belastet aber nicht nur die Verbraucher, er geht vor allem auf Kosten der Arbeiterschaft.

Die zweite Ursache des Widerstandes gegen die Lohnforderung der Arbeiterschaft ist die Furcht des Magistrats und der Städtischen Werke, mit der Bewilligung der Forderung, der „Preisenkungsaktion“ der Regierung in die Quere zu kommen und gleichzeitig das Mißfallen der Unternehmervereine zu erregen. Wir glauben, daß insbesondere das letzte Argument die stärkste Wirkung auf die Entscheidung des Magistrats ausgeübt hat. Ihm ist gerade dieses Argument hinfällig. Der Wochenlohn eines

ungelehrten Vollarbeiters in den höchsten Dienstalterszulagen beträgt gegenwärtig rund 33 Mk. Dazu kommt bei Verheirateten mit einem Kind eine Wochenzulage von 1,44 Mk. Bei den Gas- und Wasserarbeitern beträgt der Stundenlohn für Ungerlehrte 70 Pf., für Angelernte 76 und für Handwerker 87 Pf. Ein einfacher Vergleich mit den Löhnen, die gegenwärtig im allgemeinen in der Privatindustrie gezahlt werden, ergibt, daß die städtischen Arbeiter teilweise ganz erheblich schlechter entlohnt werden, als ihre Kollegen in den Privatbetrieben.

Auch wenn die geforderte Erhöhung der Löhne um 10 Pf. die Stunde eintritt, wird der Lohn der städtischen Arbeiter sich noch unter den Löhnen befinden, die durchschnittlich in der Privatindustrie gezahlt werden. Wir erinnern nochmals daran, daß zum Beispiel die Kohlenarbeiter in den Gaswerken einen Lohn von 75 Pf. die Stunde haben, während die Kohlenarbeiter der Privatbetriebe einen solchen von 98 Pf. beziehen. Auch wenn die Forderung auf Erhöhung des Lohnes um 10 Pf. bewilligt wird, würde somit der Lohn des Kohlenarbeiters in den städtischen Betrieben noch um 13 Pf. niedriger sein als im privaten Kohlenhandel. Auch wenn man die sonstigen bescheidenen Vergünstigungen, in deren Genuß sich die städtischen Arbeiter befinden, mit in Rechnung stellt, würde der tatsächliche Lohn noch hinter dem Lohn zurückbleiben, der in der Privatindustrie gezahlt wird.

Da die städtischen Werte immer wieder diese Vergünstigungen herausstellen, unter denen sich insbesondere das Ruhegeld für alte Arbeiter befindet, weisen wir darauf hin, daß heute allein in den Gaswerken nahezu 35 Prozent weniger Arbeiter als vor dem Kriege beschäftigt werden. Diese 35 Prozent sind während der letzten zwei Jahre infolge der technischen Verbesserungen abgebaut worden. So sieht es praktisch mit dem Ruhegeld und der angeblich gesicherten Existenz der städtischen Arbeiter aus!

Die Arbeiterschaft hat sich der Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht verschlossen. Sie hat selbst bei diesem notwendigen Abbau mitgewirkt. Sie hat um so mehr das Recht, zu verlangen, daß auch die zuständigen Stellen sich der Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Arbeiterschaft nicht verschließen. Nur so allein wird es möglich sein, die Beunruhigung zu bannen, die in die städtische Arbeiterschaft durch das Verhalten des Magistrats hineingetragen wurde. Nur so wird es möglich sein, den Wirtschaftskrisen aufrechtzuerhalten und Berlin vor einer Katastrophe zu bewahren. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat in diesem Sinne unablässig sich bemüht und mehr als seine Pflicht getan. Mögen die Stellen, die jetzt die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens tragen, sich gleichfalls ihrer Pflicht bewußt sein!

Offensive des Reichslandbundes.

Ein neuer Anbuhndel in Sicht?

Jedesmal wenn die Entscheidung über Fragen der auswärtigen Politik unter deutschnationaler Mitwirkung bevorsteht, droht der Landwirtschaft eine Katastrophe. Für den Dawes-Plan hat man so die Agrarzölle erhalten, und dieser Erfolg spornet an. Jetzt, wo die Entscheidung über den Sicherheitspakt bevorsteht, leitet der Reichslandbund unter dem Schlagwort „Bauer in Rot“ einen Propagandafeldzug ein, der neue Subventionen des Reiches für die Landwirtschaft erreichen soll. Die Agrarier wollen die von ihnen ausgenommenen Kredite nicht zurückzahlen und verlangen außerdem Steuernachlässe. Der Reichslandbund hat nun an die Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, in dem er dem Reichskabinett das Zeugnis ausstellt, es habe gegenüber der Wirtschaftskrise versagt, und in dem er verlangt, man solle einen besonderen Ausschuss zur Vinderung der Not der Landwirtschaft einberufen.

Das ganze Manöver ist durchsichtig. Die Deutschnationalen können nicht mehr ablegen, daß der Pakt von Locarno unter Mitwirkung ihrer Regierungsvertreter zustande gekommen ist.

Die reaktionäre Demagogie rächt sich jetzt, und es ist daher ein gutes Mittel zur Bekämpfung der Opposition in den eigenen Reihen, wenn man jetzt der Landwirtschaft Zugeständnisse macht. Das Geschäft ist noch immer dankbar gewesen und es bestätigt sich, was in dem vom landwirtschaftlichen Verein in Ostirien gesungenen Liede als neue Lebensweisheit der Agrarier angepriesen wird:

Und drohen auch Gesetz und Staat,
Der Landwirt weiß sich immer Rat:
Man ist doch heut nicht mehr so dumm,
Geh's vorne nicht, geh's hinten rum!

Die bankefotte Preisentkennung.

Ein deutschnationales Geständnis.

In der in Neustrelitz erscheinenden „Landeszeitung“ finden wir (Nr. 243) in Form eines Inzerats einen Aufruf des Mecklenburg-Strelitzischen Ministeriums, Abteilung des Innern, gezeichnet Schwabe, der sich mit der Preisgestaltung beschäftigt. In ihm heißt es u. a.: „Das Ministerium hat zu seinem Bedauern feststellen müssen, daß die Bestrebungen der Reichsregierung, die Preise, vor allem aber solche für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs, auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, von den Handels- und Gewerbetreibenden in Mecklenburg-Strelitz gar nicht bzw. durchaus ungenügend unterstützt werden.“ Das ist ein sehr interessantes Geständnis. Denn hier wird der Reichsregierung durch ein deutschnationales Landesministerium bestätigt, daß ihre ganze Preisentkennung für die Reichsregierung ist. Es wird offen zugegeben, daß der Handel sich um die Verbilligungsaktion der Reichsregierung gar nicht kümmert und an den überhöhten Preisen festhält.

Aber der Schritt des Mecklenburg-Strelitzischen Ministeriums hat auch seine Rehrseite. Wenn das Ministerium schon die Flucht in die Öffentlichkeit ergriffen hat, muß es seine Ursachen dafür haben. Umsonst stößt man wohlgenigte Wähler nicht vor den Kopf. Alle Welt wird sich nun fragen, was die Abteilung des Innern im Mecklenburg-Strelitzischen Ministerium eigentlich tun will, um die Preisentkennung der Reichsregierung zu forcieren. Der Aufruf der Regierung enthält in dieser Beziehung einen fast komisch klingenden Hinweis. Es heißt in ihm z. B., nachdem das Ministerium versichert hat, „gegen jede Uebervergebung der Preise mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen“, wie folgt: „Das Ministerium erwartet, daß die Handels- und Gewerbetreibenden von sich aus ihre Preise auf ein für die Bevölkerung erträgliches Maß bringen.“ Wir sind davon überzeugt, daß die Mecklenburg-Strelitzische Geschäftswelt diese stillistische Leistung des Ministeriums mit viel Behagen lesen und auch „zu den anderen legen wird“. Die Bevölkerung von Mecklenburg-Strelitz wird also noch recht lange auf die Erfolge der sogenannten Preisentkennung warten müssen, wenn man sich nicht endlich entschließt, gegen den Wucher mit energischen Mitteln vorzugehen.

Verhältnismahlssystem für Ärztekammern.

Annahme des sozialdemokratischen Antrags.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages eingebrachte Antrag auf Einführung der Verhältnismahl für die Ärztekammern fand seinerzeit im Hauptausschuss eine erhebliche Mehrheit. Der Landtag überließ jedoch diesen Beschluß zur wiederholten Beratung dem bevölkerungspolitischen Ausschuss, weil die Auffassung der Ärztekammern, die von dem modernen Wahlrecht nichts wissen wollten, erst geklärt werden sollte. Die Gründe besonders auch der Berliner Ärztekammer, die auch sonst durch ihre reaktionäre Haltung, z. B. den Krankentassen gegenüber, unheimlich bekannt geworden ist, gingen im wesentlichen darauf hinaus, daß Vertreter anderer wirtschaftlicher und standespolitischer Ansichten in der Kammer nichts zu suchen haben und daß das bisher beliebte Klauenwesen bei der Aufstellung der Kandidaten sich „bewährt“ habe. Der bevölkerungspolitische Ausschuss beschäftigte sich nun Mittwochabend mit dieser Materie und beschloß bei voller Besetzung einstimmig die Annahme des sozialdemokratischen An-

trages. Die Ärztekammern werden sich nunmehr darauf einrichten müssen, daß bei den im nächsten Jahre bevorstehenden Wahlen Rechte in den Korpselekt gelangen.

Die Memelwahlen

eine Volksabstimmung gegen Litauen.

Memel, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Soeben ist das Resultat der Wahlen zum Memelländischen Landtag errechnet worden. Für die Einheitsfrontparteien sind 57.000 Stimmen insgesamt abgegeben worden. Dieser Stimmenzahl stehen nur 36.777 litauische Stimmen gegenüber und 1602 Stimmen der Kommunisten und einiger kleiner Splitterparteien. Von den drei Einheitsfrontparteien hat die Sozialdemokratie des Memelgebietes mit 9993 Stimmen sehr gut abgeschnitten. Die Landwirtschaft erhielt 24.101 Stimmen und die Memelländische Volkspartei 23.372 Stimmen. Die Sitze werden sich in folgender Weise verteilen: Sozialdemokratie 5 Abgeordnete, Landwirtschaft 12, Volkspartei 11, so daß 28 Einheitsfrontkandidaten in den Landtag einziehen. Der 29. und letzte Sitz wird den Vereinigten litauischen Bauernlisten zufallen. Alle anderen Parteien, darunter auch die Kommunisten, werden keinen einzigen Abgeordneten in den Landtag entsenden können. Die Niederlage der Kommunisten in der Stadt Memel wie auf dem Lande ist ungeheuer groß. Auch die Sozialdemokratie hat in der Stadt Memel Stimmen verloren. Das liegt daran, daß die Fischer einen aussichtsreichen Kandidaten auf der Liste der Volkspartei stehen hatten. Auch die Beamten waren auf der Liste der Volkspartei aussichtsreich vertreten. Diese Stimmen gingen der Sozialdemokratie verloren. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl in Memel konnte sie, da sie einen Fischer und einen Lehrer an aussichtsreicher Stelle stehen hatte, eine größere Anzahl Stimmen erhalten. Trotzdem ist das Ergebnis auch für die Sozialdemokratie des Memelgebietes ein überaus günstiges. In verschiedenen Landstädten hat sie die absolute Mehrheit erhalten. Besonders trifft das für den Preis Pögen zu.

Diese Wahlen haben also bewiesen, daß sich die übergroße Mehrheit der Memelländer gegen das von Kowno aus in das Memelgebiet gebrachte litauische Regime wehrt. Die bisherigen litauischen Machthaber haben das Gebiet bis zur letzten Konsequenz ausgenutzt, so daß Handel und Wirtschaft völlig in die Hände liegen und eine ungeheure Arbeitslosigkeit im Gebiet herrscht. Alle diese Taten und Verwüstungen durch die Litauer haben die Memelländer berührt, daß das Wahlergebnis einen solchen ungeheuren Sieg der deutsch-memelländischen Parteien bewirkte. Die wenigen litauischen Stimmen im Memelgebiet sind ein warnendes Beispiel in der politischen Geschichte, daß es immer ein Unrecht an einem Volk ist, wenn man es, ohne eine Volksabstimmung zuzulassen, von seinem Mutterlande abtrennt, wie es durch den Friedensvertrag von Versailles geschehen ist. Heute haben die Memelländer die damals nicht erlaubte Volksabstimmung durch diese Wahl ersetzt und damit der Welt gezeigt, daß sie die Litauer nicht länger tragen wollen, die man ihnen seit 1923 willkürlich auferlegt hat. Sie wollen auf Grund der Autonomie ihre Rechte in Anspruch nehmen, die ihnen bei der Verwaltung des Gebietes gewährleistet worden sind.

Gog im Hungerstreik.

Im Laufe des gestrigen Tages ist der Auslandsdelegation der Russischen Sozialdemokratischen Partei (Wenschewski) aus Moskau Quelle die Nachricht zugegangen, daß der sozialrevolutionäre Führer Gog, der im Juni 1922 bei dem bekannten Spindelprozeß gegen die Parteiführung der SR zunächst zum Tode verurteilt worden war, später bedingt zu Gefängnis begnadigt wurde, in den Hungerstreik getreten ist. Gog war vor längerer Zeit bereits wieder auf freiem Fuß gesetzt, sodann aber wegen seines bekannten Protestbriefes gegen Timinen abermals eingekerkert worden. Unablässig um seine Wiederfreilassung kämpfend, hat Gog nun zu dem verzweifeltsten Mittel des Hungerstreiks gegriffen und befindet sich bereits in kritischer Lage.

Wir sind gespannt, wie sich die Bolschewisten, die sonst Jeter und Nordia schreien, wenn bürgerliche Regierungen in Europa einen in den Hungerstreik getretenen kommunistischen Gefangenen nicht sofort freilassen, in einem ähnlichen Falle verhalten werden, der ihre eigene Regierung betrifft. Bisher mögen die Moskauer Gemaltheber geglaubt haben, sie riskierten nichts dabei, Gog hungern zu lassen, da die Nachricht seines Verzweiflungsschrittes

Zwischen den Schlachten.

Musik-Anschau von Kurt Singer.

Während im Konzertleben bereits die Hauptschlachten geschlagen werden, wiegt sich die Oper noch in Ruhe. Durch den Unfall von Wlagon und Umstellungen hört man in der Staatsoper dennoch Bemerkenswertes. Die zweiten und dritten laut verkündeten Besetzungen aller Rollen in der „Africana“ waren Schall und Rauch. Nicht Günther, nicht Kirchner, nicht Krauß, kein namhafter deutscher Tenor beherrscht die Rolle des Baso de Sama. Ein erneuter Beweis für die Mümmisierung dieses Megebeer. Statt Megebeer also Straußens „Rosentaualer“. Keine Berlinerinnen zur Stelle für die Heldenschauspielerinnen, Margarete Siems, die erstmalig die Rolle in Dresden spielte, ist immer noch eine vorzügliche Schauspielerin. Das Leid der alternden Frau steht ihr an Stirn und Aug geschrieben. Nur die Stimme lit, und die Höhe klirrt schon wie Glas, das so leicht bricht wie Glas und Stein. Neben ihr erweist Gella Reinhard Bewunderung, ein Oktavo von reizendster Natürlichkeit, Herzlichkeit, stimmlicher und stilistischer Qualität. Am anderen Abend „Salome“ mit Ablagen. Will man Strauß Richard mit Strauß Johann verwechseln und den Lebenden für die Hundertjahrfeier des Toten einschmuggeln? „Rosentaualer“ wäre wienerisch durchpustet, kein schlechtes Denkmal für den Walzerkönig. Frau Kemp war krank, Frau Strozzi erkrankte. So singt wieder ohne Probe ein Gast, der im Gedächtnis bleibt. Ein Bühler mit einer wohlgebildeten, leicht ansprechenden Sopranstimme, spielerisch gewandt und im Schlußmonolog von podender Größe, dabei höchst musikalisch und sicher. Noch hat sich das Organ nicht dem großen Raum angepaßt, noch stört — im Schatten der Kemp — eine gewisse Bürgerlichkeit der Tonlage. Aber einer so begabten jugendlichen lebendig und künstlerisch stufenden Künstlerin sollte sich Staats- oder Stadt-Oper nicht verschließen.

Zwischen den Schlachten der üblichen Konkurrenz tagen hervor die ernstliche Musikerin Ellen Epstein mit einem erwählten Programm vorläufiger Meister. Das Kammerorchester leitet Eduard Moriz, die Hochbegabung, pianistischer Reife und feiner Spielform handbreit genährte Lubka Kolesso; das Ringler-Quartett, das an seinem ersten Abend in einem handlichen Opus die bestförmigsten Reize an Grazie, Geschmeid, Befehlung und Humor darbietet; der Meisterpianist Moriz Rosenthal, der zwar nicht mehr die kraftstrotzende Hand seiner jüngeren Jahre hat, nicht mehr die allerhöchste Fingertechnik, dafür aber im Karneval von Schumann, in den Papillons und Strauß-Walzern eigener Kombination so viel Glanz, Feuer, innere Langweiligkeit, solchen Charme und so herzliche Begeisterung beweist, daß der Jubel des angetreten, angefüllten Publikums begründet ist.

Das alles ist leichte Kost gegenüber der schweren Mahlzeit, die uns die Volksbühne Sonntag vorsetzte: Schönbergs „Pierrot lunaire“, von Stedro, mit wirklich überlegenem Kenntnis, zart und einflussvoll gefolgt, von Frau Gutheil-Schoder mit feinstem Durchdringung vorgetragen, kaum mehr gefangen. Die Hörer quittierten teils mit Beifall für die hohe künstlerische Leistung, teils mit Schmelzen der Ablehnung. Auch die Beifälligen, die nicht Musiker waren, stimmten wohl mehr der Darbietung als dem Dargebotenen zu (wie

Briefe und Ausdrachen beweisen). Es ist schwer, von Beethoven und Bruckner so schnell zu Schönbergs exponiertester Punkt des expressionistischen Ausdrucks hinzuschwingen. Uns allen fällt das schwer. Das kompositorische Gescheh auf Geist, Will, Pointen wird dem Lesenden klarer, als dem Hörenden. Und das Redde, Ironisierende, Lustbetonte wird stärker aufgegriffen, als gerade die tiefe musikalische tragische Note. Auf Jahre hinaus wird dem, der Musik als Melodie zu erleben gewöhnt ist, dieser Zirkus von Melodramen als unerlebbares, unerfülltes Experiment in die Ohren dringen. Die Seele bleibt still und wartet. Der Erzähler wird sich Experiment wiederholen wollen, der Kunstgenießer und einer der in den Stimmungen ganz naiver unverbildeter Arbeiter zu lesen gewohnt ist, möchte warnen. Und möchte in ein paar Jahren wieder den Warner warnen dürfen.

Glegerin der Woche: Sanja Friedmann-Gramatté. Sie zeigt sich als Pianistin, Geigerin, Komponist. Und auf jedem Gebiet hat sie etwas zu sagen. Ihre Erfindungsgabe ist groß, aber noch nicht ganz frei, ganz gelockert, ganz eigen. Brahms und Chopin spielen ihr in die Phantasie hinein, atonale Neuheiten scheinen noch unangelehrt, das Unverbundene trifft ein energischer, lebendiger Geist dennoch zu persönlicher Befriedung. Und wie spielt diese zarte Frau das alles! So, als spielte „es“ aus ihr heraus, als sei nur zufällig Klavier oder Geige das Instrument, auf dem sie Ausdruck herausprengt. Eine Musikmagone mit erschöpfenden Stimmungen geladen, mit Wärme dem schöpferischen Drang Begegnend. Frunten prüfen, die Dynamik will die Mitte halten zwischen ruhigem Wellenschlag und Dynamik, der Flügel wird zu schwach unter dem Angriff dieser Hand. Was sie auch spielt — Wille und künstlerischer Schwung teilen sich mit. Einen Kapellmeister könnte diese Ruffin abgeben, und die Kunst ihrer Werte drängt zu einer tonischen Fassung in größerer Form. Der genialisch-wilde Frau sei ein Kranz des Sieges zugeworfen!

Der Einzug der altattischen Statue ins Alte Museum. Die aus Kunstgelehrten und Bildhauern zusammengesetzte Sachverständigenkommission des Alten Museums hat den Ankauf der altattischen Statue einstimmig gutgeheißen. Die von dem Bildhauer Karlin Schaub in einem Flugblatt aufgestellte Behauptung der Fälschung dieser und anderer antiker Skulpturen der staatlichen Museen wurde abgewiesen. Die Statue wird nunmehr von ihrem jetzigen Aufbewahrungsort in den obersten Saal des Alten Museums übergeführt und definitiv aufgestellt werden, so daß sie in wenigen Wochen der allgemeinen Besichtigung zugänglich sein wird.

In der Staatlichen Hochschule für Musik erklang Haydns ewig junge „Schöpfung“. Siegfried Ochs unterstrich behaglich und in humorvoller Weise das primitive Rätorische, das Programmatische dieser wahren Volksmusik. Welche Fülle von Komik gibt es bei jeder einer Meisteraufführung des Wertes immer wieder im Orchester. Für einen „tondichtenden“ Beschreiber bietet der gute, so gar nicht alte Haydn doch einen wahren Ratschismus des „guten Rasens“. Und es ist oft schon ein Genuß, die Behaglichkeit und die vergnügte Ruhe eines für solche naive Musik eigentlich schon verlorenen oder — besser — zu „gebildeten“ Publikums zu beobachten. In prachtvoller Dune stützen die Solfisten Ochs' humorvolle Auslegung: Albert Fischer, der in letzter Zeit Bielehörte, der mit

dem „vor Freude brüllend steht der Böwe da“ das Publikum schmunzeln machte und gerade diesem Kernstück des Wertes in allen seinen Teilen das nur eben Mögliche in meisterhafter Darstellung gab; August Richter, der das erste Rezitativ des Schlußteiles besonders fein aufbaute, in der Longebau aber scheinbar nicht immer auf seinen Füßen stand; Annelie Metz-Tunner, die warm und hingebend besonders gegen den Schluß hin in Einzel- und Zweifelsong gestaltete. Der Chor war, wie stets bei Ochs, von einer Fülle der Schlagkraft und Disziplin in Haltung und Ton. Wollte bei den tiefen Holzbläsern des Philharmonischen Orchesters manchmal etwas an Präzision fehlen, so ist das wohl auf das Konto „Vorführung“ zu setzen. S. G.

„Kunst-Verleih“ in der Jungstein. In der jetzt eröffneten Jungstein Kunstschau im Landesausstellungsgebäude am Behrer Bahnhof wird zum erstenmal Gelegenheit geboten, Kunstwerke zu leihen und, wenn später gewünscht, unter Anrechnung der Leihgebühr, durch Rotenjahlung zu erwerben. Die in Frage kommenden Bilder sind mit einem KV versehen. Die Leihbedingungen kann man im Ausstellungsbüro erfahren. — Am Sonnabend, den 24. d. M., nachmittags 2 Uhr, findet eine Führung durch die Ausstellung statt. Prof. Sandt, der Präsident der Jungstein, wird die Führung persönlich übernehmen. Im Anschluß daran wird dann Prof. Boffel im Ausstellungscasé den versammelten Besuchern und Künstlern einen Vortrag über die Bestrebungen, den Kunsttoblag zu organisieren, halten.

Die Berliner Bildhauer im Schaufenster. Die Berliner Bildhauervereinigung hat mit dem Verband Berliner Spezialgeschäfte eine Vereinbarung getroffen, laut der die Geschäfte ihre Schaufenster, zum Teil ganz, zum Teil wenigstens teilweise, für die Ausstellung bildhauerischer Arbeiten zur Verfügung stellen. Dieser neuerliche Versuch, in den Hauptstraßen und in den besten Geschäften Berlins gute Kunst zu zeigen, soll von einem gerechten sozialen Empfinden geleitet werden und alle Künstler zeigen, die der Bildhauervereinigung angehören. Da die besten Bildhauer Berlins mitmachen, wird das Unternehmen gewiß auch künstlerisch Neues bringen. Der Beginn hat sich etwas hinausgeschoben; der 30. Oktober ist dafür in Aussicht genommen.

Spielplan-Änderung. Die für heute angelegte Premiere von „Robt über Adler“ im Komödienhaus muß wegen Erkrankung eines Darleisters auf Freitag verschoben werden. Die für heute geliehen Karten behalten Gültigkeit.

Volksbühne. Die Erstaufführung von Hebbels „Judith“ im Theater am Bülowplatz ist für Donnerstag, den 6. November festgesetzt worden.

Die Akademie der Künste eröffnet ihre diesjährige Herbstausstellung am Sonnabend, den 24., mittags 12 Uhr. Sie umfasstquarelle, Gemälden, Pastelle, Zeichnungen, Graphik, sowie Werke der Bildhauerkunst. Die Ausstellung ist bereits am Sonnabend dem Publikum zugänglich und wird täglich von 10—5 Uhr geöffnet sein.

Im Festspiel-Museum findet heute, abends 8 Uhr, eine Johann-Strauß-Festfeier statt. Georg Richard Kruse spricht über den Komponisten Margarete Berg-Steingraber und Artz Sturm-Schäpfer liest aus den Operetten, begleitet von Paul Schenkstein. Das n. Holten tangt Straußsches Walzer.

Die Berliner Kunstgewerbeschule wird, wie Handelsminister Gammelin im Ministerialrat mitteilte, am 7. November geschlossen werden.

nicht bekannt werden würde. Jetzt werden sie aber einen Entschluß fassen müssen.

Die Auslandsdelegation der Menschewiki hat sofort dafür gesorgt, daß das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale benachrichtigt wurde, ebenso der belgische Außenminister, Genosse Vandervelde, der bekanntlich einer der Verteidiger von Gog in dem Moskauer Prozeß war. Ebenso sind selbstverständlich auch die Auslandsdelegationen der Sozialrevolutionäre in Prag und Paris verständigt worden.

Die Auslandsanleihe der Stadt Berlin.

Der Magistrat gegen kommunistischen Schwundel.

Zu der von uns im letzten Abendblatt behandelten Tatzarenmeldung des Kommunistenblattes über das „Bankrotte Berlin“ gibt der Magistrat folgende Erklärung heraus:

„Ueber die Verhandlungen des Städtischen Haushaltsausschusses wegen der Anleihe für die Elektrizitätswerke hat die „Rote Fahne“ in sensationeller Aufmachung eine Darstellung gebracht, die in den wichtigsten Teilen falsch ist und irreführend. Weder der Magistrat noch der Kammerer haben eine Steigerung der Werttarife empfohlen. Sie haben im Gegenteil es für unerträglich erklärt, die großen Baukosten des Kummelsburger Werkes aus erhöhten Tarifen aufzubringen, und sind deshalb für die Aufnahme der Anleihe eingetreten. Aus Wertüberschüssen sind weder Verwaltungs- noch Polizeikosten bezahlt worden. Die Erträge der Werke müssen vielmehr schon jetzt so sehr für die Verbesserung der Anlagen in Anspruch genommen werden, daß sie den Steuerhaushalt nicht so, wie beim Haushalt vorgesehen, entlasten können. Die Bauselder für Wohnbauten sind fortlaufend diesem Zweck zugeführt worden. Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres sind an Hauszinssteuern für Neubauten 40 100 000 M. eingegangen und 39 400 000 M. an die Wohnungsfürsorgegesellschaft weitergegeben. Das Ergebnis der amerikanischen Anleihe ist soeben erst der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Auch die Bedingungen der Schweizer Anleihe sind bekanntgegeben. Es erübrigt sich deshalb eine Richtigstellung der falschen Zahlen und Behauptungen, welche die „Rote Fahne“ hierzu bringt.“

Haltet aus!

Fiado der Coghmannschen Zeugen.

München, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Mittwochsvorverhandlung des Dolchstoß-Prozesses verkündet der Vorsitzende die Ablehnung des Gesuchs der beklagten Partei, den Sachverständigen Oberst a. D. Coghman als Befangen nicht zuzulassen, da Coghman als Oberquartiermeister der 17. Armee nicht für die operativen und taktischen Vorgänge in der Armee verantwortlich sei.

Dann wird in der Zeugenvernehmung fortgefahren, und zwar mit Frh. v. Manthey, ebenfalls ein ehemaliger Oberst, der im ersten Dolchstoß mit einem Artikel vertreten ist. Seine Aussagen führen sich einmal auf seine Wahrnehmungen in den Bazarstetten, in denen er sich während des Jahres 1917 bis Juli 1918 als Schwerverwundeter aufgehalten hat und wo er aus

Mitteilungen einer Krankenschwester und eines Sanitätsfeldaten erfährt, daß von den in den Bazarstetten untergebrachten Soldaten vielfach kein Wille zur Gesundung mehr vorhanden war (1). Ein Bazarstettarzt berichtete ihm auch, daß manche Leute sich selbst krankheiten künstlich beigebracht hätten. Auch fiel ihm auf, daß die Kranken Soldaten keine Reingung hatten, seine über harmlose Themen gehaltene Vorträge zu besuchen (2). Als er dann am 20. Juli 1918 Chef des Gardekorps in Berlin wurde, teilte ihm sein Vorgänger mit, daß die Güte der Truppe bereits gelitten hätte, daß auch die Haltung der Bevölkerung gegenüber den Offizieren eine andere als früher geworden wäre, weil der Zeuge daraus schloß, daß ihm einmal eine Schaffnerin auf der elektrischen Straßenbahn in unehrenhafter Weise entgegengekommen sei. Während seiner Tätigkeit als Chef des Stabes bei dem Gardekorps erhielt er auch die Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten, daß Anfang Oktober die Zahl der Fahnenflüchtigen in Berlin allein sich auf 40 000 bis 50 000 beziffert habe. Konkrete Tatsachen, daß für die behauptete Unterwühlung des Fronteinstes die Sozialdemokratie die Schuld trage, wußte auch dieser Zeuge nicht anzugeben.

Es ist lediglich keine Auffassung, daß, wenn der „Vorwärts“ in den letzten Monaten des Krieges täglich in großen Lettern die Überschrift gehabt hätte: „Haltet aus!“, dann der Dolchstoß unterblieben wäre (3).

Im übrigen hatte man von einem großen Teil dieser merkwürdigen Zeugenauslage den Eindruck einer maßlosen Selbstwehrlücherung. Das konnte man vor allem aus dem Schlüsselwort schließen: „Ich hoffe, daß meine heutigen Ausführungen dem deutschen Volk den Weg zeigen werden, den es zu wandeln hat, wenn nicht die Geschichte über es hinweggehen soll.“

Der Verteidiger Hirschberg versuchte, auch von diesem Zeugen eine klare Definition des Begriffs Dolchstoß zu erhalten. Er bekam aber nur die Antwort, daß man unter Dolchstoß die Unterbindung der Kräfteführung an das Heer zu verstehen habe. Schließlich behauptete dieser Stabsoffizier der Garde noch unter ausdrücklichen Hinweis auf seinen Eid, daß es im Großen Generalkstab niemals eine Kriegspartei gegeben habe (4).

Dann marschiert einer der Hauptzeugen des Klägers Coghman auf, der Vizeadmiral v. Trotha, der von 1917 an Chef der Hochseestreitkräfte war. Der mehr als dreihündig Bortorg dieses Zeugen machte es zur absoluten Gewissheit, daß der Hauptzweck dieser merkwürdigen Zeugenmethode darin besteht, durch ganz ausführliche Darstellungen von Dingen und Tatsachen, die mit dem Prozeßstoff nur in ganz losem Zusammenhang stehen, Reden zum Fenster hinaus zu halten zu dem Zweck, politische Wirkungen zu erzielen. So erzählte Admiral v. Trotha ganz eingehend über die Erziehungsmethode der deutschen Marine im Vergleich zur englischen, über die Vereinfachung und die Ernährungsverhältnisse auf den Kriegsschiffen vor dem Kriege und tausend andere Einzelheiten. Auch seine wiederholt demonstrierten Urteile über die Kampfkraft der deutschen Flotte im Vergleich zur englischen hatten mit der Sache kaum etwas zu tun. Er bekannte sich auch von neuem als überzeugter Anhänger des rücksichtslosen U-Boot-Krieges, der, konsequent durchgeführt, Deutschland nach seiner Meinung unbedingt den Sieg gebracht hätte. Beweise für diese Auffassung konnte der Zeuge allerdings nicht anführen. Als ein Hauptzug seiner ganzen Darstellung war ganz deutlich die Verteidigung der Tirpichschen Seetriegspolitik zu erkennen.

Der auf Mittwoch geladene Zeuge Admiral v. Boshow hat sich telegraphisch entschuldigt. Es ist fraglich, ob er überhaupt noch vernommen wird. — Nächste Sitzung: Donnerstag.

Der Generaldirektor des Verlages der „Deutschen Tageszeitung“, Thierack, ist Mittwoch nachmittag im Alter von 62 Jahren an Gehirnerschlag plötzlich verstorben. Er war Vorstandsmitglied der Arbeitgebervereinsvereinigung für das deutsche Zeitungsgewerbe und Vorsitzender des Kreisvereins Berlin im Verein der Deutschen Zeitungsbesitzer.

Keine Einheitsfront der Deutschen in der Tschechoslowakei. Der Plan der deutschen bürgerlichen Parteien, in der Tschechoslowakei für die bevorstehenden Parlamentswahlen eine Einheitsfront mit einer gemeinsamen Liste herzustellen, ist endgültig gescheitert. Die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei hat von vornherein die Teilnahme an dieser Einheitsfront abgelehnt.

Die Erörterung des Mandatsproblems

„Wohltuendes Hinausschieben.“

London, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Frage, ob Deutschland in Zukunft wieder unter die Mächte eintreten soll, denen koloniale Besitzungen als „Treuhand“ übertragen werden, wird in englischen politischen Kreisen ohne Animosität diskutiert. Niemand vertritt heute noch die Auffassung, daß Deutschland nicht fähig sei, Kolonialgebiete zu verwalten. Auf der anderen Seite ist man sich aber bewußt, daß die Frage nicht unmittelbar aktuell ist, trotzdem man in gutunterrichteten Kreisen viel von deutschen Aspirationen auf einen gewissen ökonomisch schlecht bewirtschafteten holländischen Kolonialbesitz spricht. Da es sich hier aber weniger um einen Anspruch auf einen Kolonialbesitz als um das Recht der ökonomischen Bewirtschaftung (oder Ausbeutung) handelt, so hat man dieses Problem nicht zum Gegenstand einer prinzipiellen Auseinandersetzung gemacht, und in den Zeitungen war davon bisher überhaupt noch nicht die Rede. Im übrigen kommt die Auffassung sowohl des Durchschnittsengländer als der politisch interessierten Kreise vielleicht am klarsten aus den folgenden Ausführungen des immer gut unterrichteten diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ zum Ausdruck, der übrigens in den letzten Wochen mehr und mehr aus seiner journalistischen Anonymität herausgetreten ist und als Parlamentaristandkandidat der Liberalen Partei seinen politischen Einfluß nicht nur als Journalist, sondern auch als politischer Redner auszubilden sucht. Professor Gersthwohl schreibt im „Daily Telegraph“ über dieses Problem folgendes:

„Was die Frage der Kolonialmandate betrifft, so wird Deutschland als ein mit allen Rechten eingesehtes Mitglied des Völkerbundes natürlich das Recht besitzen, als ein möglicher Mandatsträger zu fungieren. Aber aus rein praktischen Gründen dürfte die Frage für die nächste Zeit eine rein akademische sein, da es in diesem Augenblick keine verfügbaren Kolonialmandate gibt, noch solche voraussichtlich in nächster Zukunft geben wird. Die früheren deutschen Kolonien, über die die Großbritanniern oder einzelne Dominions das Mandatsrecht ausüben, sind nicht britische, sondern „Empire-Mandate“ und es wäre die Zustimmung der Mitglieder des Empire nötig, ehe ein derartiges Mandat zugunsten Deutschlands aufgegeben werden könnte. Ein solches Abkommen kann als höchst unwahrscheinlich bezeichnet werden; aber auch wenn es zustandekäme, so ist es noch keineswegs ausgemacht, daß sich im Völkerbund die für die Uebertragung des Mandats an Deutschland notwendige Stimmeinigkeit erzielen lassen würde, da der Bau oder die Ausdehnung einer Kriegsschiffe die gewöhnliche Folgeerscheinung eines solchen Kolonialbesitzes zu sein pflegt.“

Der letzte Satz beweist, auf welcher Ebene in England, trotz aller scheinbaren wohlwollenden Neutralität, die Bedenken gegenüber der Frage eines deutschen Kolonialbesitzes liegen. Es ist klar, daß England nichts tun wird, was eine militärische Stärkung, insbesondere aber eine maritime Stärkung Deutschlands im Gefolge haben kann. England hat den Alpdruck, den ihm die deutsche Flotte vor dem Krieg bereitet hat, noch lange nicht vergessen. Darum herrscht in den politisch maßgebenden Kreisen die natürliche Reizung, dies Problem eines neuen deutschen Kolonialbesitzes wohlwollend hinausschieben. Die Wiederkehr einer Arbeiterregierung könnte in dieser Frage für Deutschland unzweifelhaft eine günstigere Basis schaffen, allerdings lediglich dann, wenn diese in einem höheren Maße, als das heute der Fall ist, davon überzeugt werden könnte, daß Deutschland mit seinem machtpolitischen Vorkriegsgewohnheiten endgültig gebrochen hat. Bocarno war ein Anfang. Aber man gebe sich darüber keiner Täuschung hin, daß der unzweifelhafte Eindruck der Ehrlichkeit und des guten Willens, den die deutsche Delegation in Locarno gemacht hat, noch lange nicht geeignet ist, das tiefeingewurzelte Mißtrauen gegen deutsche „Realpolitik“ — die Engländer verwenden hierfür immer ironisch das deutsche Wort — auszuräumen, insbesondere dann, wenn auch in Zukunft die Zeitungen Tag für Tag ihren erstaukten Lesern von militärischen Demonstrationen, Brandreden von Ergeneralen und Nachgefangenen aus den Reihen der deutschen bürgerlichen Jugend zu berichten haben sollten.

Die Räumung steht bevor!

Paris, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das französische Auswärtige Amt erklärt zu der von Dr. Stresemann am Dienstag den Vertretern der Rheinlande gemachten Mitteilung, daß die Kölner Zone spätestens bis zum 15. November geräumt sein werde, ein bestimmter Zeitpunkt sei in Locarno nicht vereinbart worden und könne auch jetzt noch nicht genannt werden, da die alliierten Regierungen den Bericht der Militärkontrollkommission über den Stand der deutschen Entwaffnung abwarten müßten. Man sei hier bereit, Deutschland in weitestem Maße Genugtuung zu

Frankreichs Finanzsorgen.

Ablehnung des amerikanischen Vorschlags.

Paris, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung soll nach eingehenden Beratungen zu dem Entschluß gekommen sein, den von der amerikanischen Regierung gemachten Vorschlag einer auf fünf Jahre beschränkten vorläufigen Regelung der französischen Schulden an die Vereinigten Staaten abzulehnen und das Parlament nicht damit zu beauftragen. Gleichzeitig ist Finanzminister Caillaux beauftragt worden, neue Vorschläge auszuarbeiten, die sobald als möglich der amerikanischen Regierung unterbreitet werden sollen, damit die Verhandlungen keine Unterbrechung erfahren.

Erhöhung des Notenumlaufs?

Paris, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ungeachtet des Dementis, das das Finanzministerium den in der Pariser Presse über die neuen Pläne Caillaux erschienenen Mitteilungen entgegensetzt, hält der „Paris Soir“ die von ihm gemachte Mitteilung aufrecht, daß Caillaux u. a. eine neue sehr beträchtliche Erhöhung des Notenumlaufs in Aussicht genommen habe. Das Blatt nennt die in der Tat ungeheure Ziffer von 9 Milliarden Franc, wodurch die Notenumlauf auf 62 Milliarden steigen würde gegen 41 Milliarden zu Beginn dieses Jahres.

Der Balkanzwischenfall.

Ueberfürztes Ultimatum Griechenlands.

Athen, 21. Oktober. (WZB.) Die griechische Regierung hat anlässlich des Zwischenfalls bei Demirkapu an die bulgarische Regierung ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum gerichtet, in welchem sie eine Entschädigung von 2 Millionen Franc, die Uebermittlung einer Erklärung des Bedauerns und die Bestrafung der verantwortlichen Offiziere fordert.

geben, unter der Voraussetzung, daß auch Deutschland die von ihm übernommenen Verpflichtungen erfülle. Es wird hinzugefügt, daß nach den vorliegenden Berichten Deutschland die Durchführung der ihm von der Balkankonferenz gemachten Auflagen bereits sehr weit gefördert zu haben scheint.

Paris, 21. Oktober. (WZB.) Im Verlaufe einer Konferenz, die heute abend unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Poincaré in Anwesenheit des Außenministers Briand, des französischen Delegierten bei der Rheinlandkommission Tirard, des Befehlshabers der französischen Besatzungstruppen, General Guillaume, des Generalstabschefs des Marschalls Joch, General Decker und des Chefs des Militärkabinetts des Kriegsministeriums stattfand, wurden, wie hiesig meldet, die Berichte der Militärkontrollkommission und der Stand der Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen, wie sie die Balkankonferenz aufgestellt hat, geprüft. Es ist festgesetzt worden, daß die deutsche Regierung in einer gewissen Anzahl von Punkten, insbesondere was die Zerstörung von Kriegsmaterial und -werkzeugen betrifft, befriedigende Maßnahmen getroffen hat.

Rückwirkung auf Oesterreich und Ungarn.

Paris, 21. Oktober. (WZB.) Nach Meldungen Pariser Blätter aus London sollen Oesterreich und Ungarn, in erster Linie aber Oesterreich, die bereits Mitglieder des Völkerbundes sind und sich hinsichtlich ihrer Entwaffnung in gleicher Lage wie Deutschland befinden, dieselbe Behandlung verlangen, wie sie für das Deutsche Reich in Aussicht genommen sei.

Strzynski vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Warschau, 21. Okt. (WZB.) Außenminister Graf Strzynski hielt heute mittag im Auswärtigen Ausschuss des polnischen Landtages sein erwartetes Exposé über das Ergebnis der Konferenz von Locarno. Einleitend erörterte er die Bedeutung des Rheinpakt für Polen. „Es erhebt sich jetzt die wichtige Frage“, so führte der Minister aus, „ob dieser Pakt nicht eine eiserne Barriere bildet, die in Zukunft Frankreich vom übrigen Europa trennt, und ob Frankreich das Recht hat, uns zu Hilfe zu kommen. Der Pakt sagt ja, denn auf der Grundlage des Art. 16 der Völkerbundsatzung kann Frankreich für den Fall, daß Polen von Deutschland angegriffen wird, uns zu Hilfe kommen.“

Was das neue polnisch-französische Bündnis anbetrifft, so muß gesagt werden, daß es die früher abgeschlossenen Verträge nicht annulliert, bringt es doch ausdrücklich zur Kenntnis der anderen Staaten, daß Frankreich verpflichtet ist, einem angegriffenen Polen Hilfe und Beistand zu leisten. Es ist dies eine klarere Formulierung als im früheren Bündnisvertrage.

Die Aufgabe des deutsch-polnischen Schiedsvertrages ist, alle Rechtsstreitigkeiten durch obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, alle materiellen Interessengegensätze durch ein nicht verpflichtendes Schiedsverfahren aus dem Wege zu räumen. Es ist klar, daß Rechte, die sich aus bestehenden Verträgen ergeben, wie z. B. der Besitz eines Landstriches, bei diesem Verfahren nicht zur Diskussion gestellt werden können, denn die internationalen Tribunale sind für Änderungen der bestehenden Verträge nicht zuständig, und auch das Schlichtungsverfahren kann nicht zur Änderung eines grundlegenden Rechtes irgendeines Staates ohne beiderseitige Zustimmung führen.

Es wird viel gefragt, wer in Locarno gestimmt hat und wer dort unterlegen ist. Diese Fragestellung ist schief. Niemand fuhr nach Locarno, um irgend jemand zu besiegen. Es wäre Zeit, die Menschlichkeit lernte, daß man das Wohl des einen Staates nicht auf das Unheil des anderen gründen kann.

Wir finden in Locarno volles Verständnis für unseren Standpunkt bei Chamberlain. Wir erreichen außerdem die Verstärkung unseres Bündnisses mit Frankreich. Jeder Franzose wird von nun an wissen, daß dieses unser Bündnis die große Feuerprobe der Friedensdiskussion bestanden hat. Die Verfestigung ist mittelalterlich: das Bündnis, das sich nur auf dem Schlachtfeld bewährt. Die Friedensdiskussion war notwendig, um von vornherein den französischen Soldaten zu überzeugen, daß die verantwortlichen Männer stets alles tun, um einen Krieg zu verhindern.

Sicherlich sind die in Locarno abgeschlossenen Beträge noch nicht vollkommen, doch sind sie ja auch nur ein Ausgangspunkt und ein Wegweiser für die zukünftige Arbeit. In Locarno wurde eine politische und moralische Festung errichtet, die zur Vermehrung der Sicherheit des polnischen Staates beiträgt.“

Ruhiger bulgarischer Vorschlag.

Sofia, 21. Oktober. (WZB.) Zu dem bereits gemeldeten Zwischenfall an der bulgarisch-griechischen Grenze meldet die Bulgarische Telegraphenagentur: Am 19. Oktober erreichte sich an der bulgarisch-griechischen Grenze in der Nähe von Demirkapu infolge des Uebertritts eines griechischen Soldaten auf bulgarisches Gebiet ein Zwischenfall. Der griechische Soldat gab auf einen bulgarischen Wachtposten einen Gewehrschuß ab, worauf dieser in rechtmäßiger Verteidigung den griechischen Soldaten erschoss, dessen Bekanntheit auf bulgarischem Gebiete verbleibt. Hierauf entwiderte sich ein Infanterielieferer, das bis gekorn aber andauerte, zu welchem Zeitpunkte es einem Offizier des bulgarischen Abschnitts gelang, mit dem griechischen Kommandeur in Demirkapu in Verbindung zu treten, um den Vorfall zu untersuchen. Die bulgarische Regierung hat nunmehr der griechischen Regierung den Vorschlag gemacht, sofort eine Untersuchung einzuleiten, um die Verantwortlichkeit für den Zwischenfall festzustellen.

Der Vormarsch gegen Bulgarien beginnt!

Athen, 21. Oktober. (WZB.) Der Oberbefehlshaber der griechischen Armee hat den Grenztruppen befohlen, die bulgarische Grenze zu überschreiten und die Stadt Petrich, den Mittelpunkt der nationalen Bewegung Mazedoniens, zu besetzen.

Petrich liegt in der Südwestecke Bulgariens, unweit der Stadt Strumitsa, die als einziger Rest des eigentlichen Mazedoniens den Bulgaren nach dem zweiten Balkankrieg verblieben war, am Ende des Weltkrieges aber mit Gebiet an Südslawen abgetreten werden mußte. Gleichzeitig verloren die Bulgaren das Stück von Thrazien und der ägäischen Küste (Hafen Kavala), das ihnen 1913 gleichfalls zugestanden war. Die Dreikönigreiche bei Petrich ist wohl der empfindlichste Punkt des mazedonischen Problems. Die heutige Teilung Mazedoniens und Westthraziens ist national insofern ungerecht, als nur gewisse Küstenstädte griechisch sind, während die Bevölkerung südslawisch im weitesten Sinn genannt werden kann.

Eine Lücke im Betriebsrätegesetz?

Schindludertreiben der Berlin-Karlsruher Industriewerke.

Wie wir in Nr. 458 des „Vorwärts“ berichtet haben, hat das Gewerbeamt in einer Klage gegen die Berlin-Karlsruher Industriewerke entschieden, daß der am 19. September als gewählt proklamierte Betriebsrat der genannten Firma solange zu Recht besteht, bis die Wahl infolge einer Anfechtungsklage der Firma für ungültig erklärt werden sollte.

Eine Woche nach dieser Entscheidung verhandelte dasselbe Gericht (Kammer 7, Vorsitzender Magistratsrat Schulz) über die Anfechtungsklage, welche die Firma damit begründete, daß der Wahlvorstand formale Verstöße gegen die Wahlordnung begangen habe. — Der die Sache des Beklagten führende Vertreter des Metallarbeiterverbandes führte die Verstöße auf das Verschulden der Firma zurück, die dem Wahlvorstand die Unterlagen zur Vorbereitung der Wahl vorenthalten habe.

Nach längerer Verhandlung erklärte das Gericht die Wahl des Betriebsrats für ungültig, weil es formale Verstöße gegen die Wahlordnung für erwiesen ansah, die, auch wenn sie zum Teil von der Firma verschuldet wären, zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen müßten.

Für diesen Fall hatte der Vertreter des Metallarbeiterverbandes beantragt, das Gericht möge auf Grund von § 43 Abs. 2 BRG. einen vorläufigen Betriebsrat einsetzen, der bis zur Neuwahl zu fungieren habe.

Das Gericht erklärte aber, es könne zu seinem Bedauern diesem Antrage nicht stattgeben, da sich § 43 Abs. 2 ausdrücklich auf den Fall des § 41 beziehe, also auf eine vom Arbeitsgericht beschlossene Auflösung des Betriebsrats wegen Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten. Für den Fall der Ungültigkeitserklärung der Wahl biete das BRG. keine Handhabe zur Einsetzung eines vorläufigen Betriebsrats. In dieser Hinsicht enthalte das Gesetz eine Lücke, die auszufüllen das Gericht nicht befugt sei. Nun sind also

die Berlin-Karlsruher Industriewerke wieder ohne Betriebsrat.

Wenn auch der Direktor der Firma behauptete, daß er drei Wertesjahre ohne Betriebsrat mit den Arbeitern ganz gut ausgekommen ist, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß es in dieser Zeit den entlassenen, selbst offenbar gemächseligen Arbeitern nicht möglich gewesen ist, ihre Entlassung durch Einspruch beim Betriebsrat — weil dieser vorhanden war — und durch Klage beim Gewerbeamt anzufechten.

Mit Recht sprach deshalb der Vertreter des Metallarbeiterverbandes die Befürchtung aus, daß jetzt die Mitglieder des bis-

herigen Betriebsrats sowie die Arbeiter, die auf die gewerkschaftliche Vorschlagsliste gesetzt werden, entlassen werden würden, ohne daß sie dagegen den Rechtsweg beschreiten könnten. Auch ansfänglich der vorigen Wahl seien ja die von der Gewerkschaft vorgeschlagenen Kandidaten

sofort nach Bekanntgabe der Liste entlassen worden.

Das sei nur ein Zufall gewesen, behauptete der Vertreter der Firma. Demals hätten 300 Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen werden müssen und unter diesen hätten sich zufällig die Betriebsratskandidaten befunden.

Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes entgegnete, der „Zufall“ werde wohl auch jetzt wieder eintreffen, denn die Firma wolle offenbar einen Betriebsrat aus den Reihen der von ihr begünstigten Arbeiter haben.

Nach unserer Meinung hat das Gericht ausschließlich den Buchstaben des § 43 Abs. 2 berücksichtigt, aber nicht dem Geist des Betriebsrätegesetzes Rechnung getragen. § 43 Abs. 2 läßt doch deutlich erkennen, daß es der Wille des Gesetzgebers war, den Arbeitnehmern in jedem Falle eine gesetzliche Betriebsvertretung zu sichern. Warum hätte er denn auch einen Unterschied machen müssen zwischen dem Zustand, der durch die Auflösung des Betriebsrats und dem, der durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl eintritt. Beides kommt doch in der Sache auf dasselbe hinaus. Wer sich nicht ausschließlich an den Buchstaben hält, der wird hier keine Lücke im BRG. finden.

Was der Vertreter des Metallarbeiterverbandes vorausgesehen hat, ist prompt eingetreten. Unmittelbar nach der Ungültigkeitserklärung der Wahl durch das Gericht wurden zwei Mitglieder des bisherigen Betriebsrats „wegen Arbeitsmangel“ entlassen. Auch in diesem Falle hat sich also der „Zufall“ genau zur rechten Zeit eingestellt.

Damit nicht genug! Zur Vornahme der Neuwahl eines Betriebsrats wurde am Dienstag ein Wahlvorstand gebildet. Auch die Mitglieder dieses Wahlvorstandes wurden am Mittwoch, sofort nachdem ihre Namen bekannt waren, entlassen.

An der Spitze dieser arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Firma steht als Generaldirektor der ehemalige General v. Gontard. Die neuerdings Entlassenen können gegen ihre durchaus unbescholtene Entlassung nichts unternehmen, da ein Betriebsrat fehlt, dessen Wahl die Berlin-Karlsruher Industriewerke mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Dieses verwerfliche und gesetzwidrige Treiben muß öffentlich getadelt werden.

Urabstimmung bei der Hochbahn.

Das Kapitalverbot der Hochbahn hat mit großer Mehrheit den Schiedsgericht abgelehnt, wonach der bisherige Mantelvertrag um ein halbes Jahr, bis 31. Oktober 1926, verlängert werden sollte.

Die Klavierarbeiter vor der Entscheidung.

Nachdem am Mittwoch der vorigen Woche eine Verständigung über die Urlaubsbestimmungen dahin erzielt wurde, daß die bisher in der Branche bestehende Urlaubsregelung in den neuen Vertrag reiflos übernommen wird, fanden die direkten Verhandlungen zwischen den Parteien ihren Abschluß. Es wurde schließlich vereinbart, daß die noch übrig gebliebenen Streitfragen einem von den Parteien einzusetzenden Schiedsgericht übertragen werden sollen. Die von dem Schiedsgericht ausgearbeiteten Vergleichsvorschläge sollen den Mitgliedern zur Entscheidung unterbreitet werden.

Dieses Schiedsgericht tagte am Montag und hat nach neunstündiger Verhandlung die nachstehenden Vergleichsvorschläge ausgearbeitet:

1. Arbeitszeit: Die regelmäßige tarifliche Arbeitszeit mit Ausschluß der Pausen beträgt wöchentlich 48 Stunden.

Beginn und Ende der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit sowie die Pausenpausen sind betrieblich, jedoch einheitlich festzusetzen. An den einzelnen Werktagen darf die Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und nicht nach 5 Uhr nachmittags enden.

2. Ueberstunden: Ueberstunden sind in dringenden Fällen im Einvernehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung zulässig. Als Ueberstunden gelten die ersten beiden Stunden nach Beendigung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit; jede weitere Ueberstunde gilt als Nachtarbeit.

Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Proz. für Nachtarbeit 50 Proz. des jeweiligen Stundenlohnes gezahlt.

3. Lohnabkommen: Der Tariflohn eines Facharbeiters über 20 Jahre beträgt 1,03 M.

Die Tariflöhne aller übrigen Gruppen regeln sich nach dem unten angegebenen Schlüssel.

Ein Rechtsanspruch auf die durch dieses Lohnabkommen eingetretene Erhöhung der Tariflöhne ist nur bis zur Höhe des neuen Tariflohnes gegeben.

Die Maschinenarbeiter der Pianoindustrie, die bisher ihrer qualifizierten Leistung wegen einen höheren als den Tariflohn erhalten haben, erhalten den sich aus der vorstehenden Erhöhung der Tariflöhne ergebenden Zuschlag.

Eine Erhöhung der bisher geltenden Akkordlöhne findet nicht statt.

Die Mindestlöhne bleiben wie bisher 8 Proz. niedriger wie die Durchschnittslöhne.

Die Altersstufen sowie der bisherige Schlüssel bleiben unverändert.

Bezüglich der Entschädigungsätze der Lehrlinge wird gewährt:

im ersten Lehrjahr	10 Proz.
im zweiten Lehrjahr	18 „
im dritten Lehrjahr	25 „
im vierten Lehrjahr	38 „

des vertraglichen Durchschnittslohnes der Facharbeiter über 20 Jahre. Mit diesen Vergleichsvorschlägen liegt nunmehr das Gesamtergebnis vor. Die Berliner Musikinstrumentenarbeiter werden in einer heute abend in der „Neuen Welt“ stattfindenden Versammlung zu entscheiden haben, ob auf der vorliegenden Grundlage der Tarifvertrag abgeschlossen werden soll oder ob der Kampf um die nicht erreichte 48stündige Arbeitszeit fortzuführen ist.

Lohnbewegung im Fuhrerwerke.

Die im Schmeer- und Leihfuhrerwerksgewerbe Beschäftigten hatten den Deutschen Verkehrsband beauftragt, das bis zum 30. Oktober gültige Lohnabkommen zu kündigen und eine Erhöhung der Wochenlöhne um 10 Proz. zu fordern. Die Fuhrherrninnung hat daraufhin geantwortet, daß sie von der Kündigung sehr überrascht sei, da die gegenwärtig gezahlten Löhne an der Spitze ähnlicher Gewerbe ständen und überdies ein allseitiger Preisabbau gefordert wird. Sie lehnte die Forderung sowie Verhandlungen hierüber mit der Lohnkommission als zwecklos ab und schrieb: „Wir wären berechtigt, um der gesamten schwierigen wirtschaftlichen Lage Rechnung zu tragen, an einen Abbau der Löhne heranzugehen, erklären uns jedoch entgegenkommend bereit, das gegenwärtige Lohnabkommen . . . bis zum 31. Dezember 1925 zu verlängern.“

Der Verkehrsband kann die Auffassung der Unternehmer nicht teilen und hat den Schlichtungsausschuß angerufen.

Einigung im Töpfergewerbe.

In den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Töpferinnung und der Lohnkommission ist es trotz mehrstündiger Verhandlung nicht gelungen, die aufgestellten Forderungen von 1,60 M. Lohn und Heraushebung der Akkordbasis auf 100 Proz. durchzusetzen. Die Unternehmervertreter erklärten sich nur bereit zu einer Erhöhung des Lohnes auf 1,50 M. und zur Heraushebung der Akkordbasis auf 135 Proz.

Die öffentliche Töpferverammlung am Mittwoch vormittag im Gewerkschaftshaus nahm zu dem Angebot der Unternehmer Stellung und beschloß nach einer regen Diskussion, das Angebot anzunehmen. Sie beauftragte die Lohnkommission, sofort mit den Unternehmern Rücksprache zu nehmen, den Ablaufstermin des Abkommens auf den 31. März festzusetzen und dann das Abkommen zu unterzeichnen.

Die Verammlung beschloß dann, aus Mitgliedern des Bau-gewerksbundes und des Lokalarbeitervereins Berliner Töpfer eine Kommission zu bilden, die durch gegenseitige Aussprache verhandeln soll, die Grundlage für eine Einigung der beiden Organisationen zu schaffen. Dieser Antrag ist zu begrüßen, da gerade diese Lohnbewegung wiederum gezeigt hat, wie notwendig der einheitliche gewerkschaftliche Zusammenhalt ist.

Der Straßenbahnerstreik in Frankfurt a. M.

Während die II. berichtet, daß sich „zahlreiche Arbeitswillige am Mittwoch zu den Betriebsbahnhöfen begaben, wo jedoch Streikende in großer Zahl eine drohende Haltung einnahmen“, teilt die III. mit: „Die Zahl der Arbeitswilligen ist so gering, daß selbst ein Teilbetrieb nicht hätte durchgeführt werden können.“ Trotzdem die Straßenbahndirektion allen Streikenden in einem Aufruf am Dienstag die Entlassung androhte, wenn sie am Mittwoch die Arbeit nicht aufnehmen, geht der Streik weiter.

Die Straßenbahner in Rheinland-Westfalen.

Essen, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die drei Straßenbahnerorganisationen veröffentlichten folgenden Aufruf: „Seit 2 1/2 Monaten befinden sich die Straßenbahner von Rheinland und Westfalen in einer Lohnbewegung. Am 14. September wurde dann nach mehrmaligen Verhandlungen ein Schiedsgericht gebildet, das eine Lohnerhöhung von 5 Pf. in der Spitze vorlag. Die Arbeitgeber lehnten diesen Schiedspruch ab, die Arbeitnehmer nahmen ihn trotz großer Bedenken an. Das Reichsarbeitsministerium lehnte die beantragte Verbindlichkeitsklärung ab und verwies die Parteien nochmals auf den Verhandlungsweg. Die neuen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Straßenbahnen fanden am 19. Oktober in Essen statt. Trotzdem die Vertreter der Arbeitnehmer zu weitgehenden Zugeständnissen bereit waren, mußten die Verhandlungen scheitern, weil der Arbeitgeberverband die Verständigung nicht wollte. Der Arbeitgeberverband machte ein Angebot von 2 Pf. ab 15. Oktober und einen weiteren Pfennig ab 15. November, trotzdem er in der Schlichtungs-sitzung am 14. September bereits 3 Pf. ab 15. September angeboten hatte. Da nun alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, werden die Straßenbahner in allen Städten hierzu Stellung nehmen, und es ist mit positiver Bestimmtheit damit zu rechnen, daß es in den nächsten Tagen zu Arbeits-einstellungen bei den Straßenbahnen kommen muß. Die Verantwortung für einen Straßenbahnerstreik in Rheinland und Westfalen trifft einzig und allein den Arbeitgeberverband, da dieser zu einem annehmbaren Abschluß eines Lohnabkommens nicht bereit war.“

Deutscher Bauergewerksbund. Jagdgruppe der Töpfer. Der Stundenlohn der Ofenleger beträgt ab 17. Oktober 1,50 Mark, im Akkord 135 Proz. des Tariflohs. Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. März 1926. Die Arbeit wird heute Donnerstag wieder aufgenommen.

Achtung, Bauarbeiter! Die Baustelle der Firma Wagh u. Freitag, Kroschwitz Kummelsburg, ist wegen Lohn-differenzen der Betonhilfsarbeiter gesperrt. Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin.

Achtung, Zimmerer! Die bei der Firma Wagh & Freitag bestehenden Differenzen sind durch Verhandlungen beigelegt. Die Arbeit ist am 20. Oktober bereits aufgenommen; die Sperre für Zimmerer ist somit aufgehoben. Zentralverband der Zimmerer, Zährstraße Berlin und Umgegend.

Musikinstrumentenarbeiter.

Seit 2. November nachmittags 3 Uhr in der „Neuen Welt“, Salzhöhe 106/111, im Gartenlokal Verhandlungstermin aller in der Industrie beschäftigten Musikinstrumentenarbeiter. 1. Das Streikverbot der Betriebsratsabkündigung. 2. Aufhebung des Streikverbotes. 3. Eintritt haben zum Mitglied des Deutschen Musikinstrumentenarbeiterverbandes unter Einzahlung der Mitgliedsgebühren. Die Disziplinierung.

Gewerkschaft Deutscher Volkstheater, Pannschneider Berlin. Freitag, den 21. Oktober, 8 Uhr, im hiesigen Reichs-Bibliothek-Gemeinschaftsraum, Röhler, 21. Borsing von Herrn Professor Keller: „Der kongenitale Unterleib“. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Achtung! Die Besetzung der Offizierskaserne der Firma Jahnmann, Poststraße, soll heute, Donnerstag, nach einer Besetzung und Lohnaufhebung nachmittags 3 Uhr in der Kantine des Betriebsrates.

Personalrat für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Heinz Götter; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich; Ehren: Freilinger; R. A. Richter; Soziales und Sonstiges: Fritz Rothmann; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinaer u. Co., Berlin C. B., Lindenstraße 1. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Ab 1. Oktober 1925 verkaufen wir zu unseren Engrospreisen Herren- und Damenstoffe auch an Privatkundschaft. Tuchhaus Ehrig & Tiecke Akt.-Ges., Leipziger Straße 104, I. Stock (kein Laden), Geschäftszeit 9-7 Uhr. — Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Unsere Qualitäten und mäßigen Preise sprechen eine beredte Sprache!

- Winterulster aus Flanellstoffen in verschiedenen Farben . . . 55.—
- Herrenulster aus Ortblanett mit Absteife, Schwedenform . . . 55.—
- Winterulster aus marango Cheviot, Diagonale u. Phantasieformen mit Ueberzieher, je nach Qualität . . . 60.—
- Ulster Ersatz für Mantel, aus hervorragenden Velours- und Reifstoffs, je nach Qualität . . . 80.—
- Winterpaletots mit Sommertragen, ein- und zweifelhige Form, je nach Qualität . . . 55.—
- Rock-Paletots, Marango- u. schwarz Cheviot auf gut. Seideffekt, vorzügl. Paßl., je nach Qualität, 120.— 100.—
- Modellmäntel aus russischen Flanellstoffen in hervor-ragenden Ausführungen . . . 130.—
- Idallinosulster anderer Formen und Farben . . . 27.—
- Gestreifte Herrenhosen elegante Dessins . . . 6.—
- Hausjoppen für Herren vornehme Dessins . . . 19.—
- Schiffjocke von molligen Stoffen . . . 33.—
- Herrenwinterjoppen warm gefüttert . . . 20.—
- Sporjoppen aus schwarz Winterloden . . . 22.—
- Manchester-Sportanzüge in verschiedenen Farben . . . 32.—
- Loden-Sportanzüge verschiedene Formen und Farb-w. 4 weilt, aus gemusterten Stoffen mit Breches and langer Hose . . . 65.—

- Herren-Lederjackett Sportform, warm gefüttert . . . 75.—
- Jackenanzüge in modernen Dessins . . . 45.—
- Blaue Sakkoanzüge ein- und zweifelhige Form, gute Qualitäten . . . 90.—
- Caraway und Weste, marango und Moltoncheviot, je nach Qualität, 75.—, 60.—, 55.—
- Frackanzüge, aus guten Drap-Stoffen, eleg. Ausführung, von aus le sem Drap- und Molton-Cheviot, je nach Qualität . . . 95.—
- Smoking- und Abendanzüge, 120.—, 110.—, 100.—
- Der vornehme Tanzanzug in molligster Puffform . . . 125.—
- Die beliebte Windjacke den Wintersport mit An-seite, imprägniert . . . 27.—
- Damenmäntel aus vorzüglichen Flanellstoffen . . . 15.—
- Flotter Damenmantel aus Velours de laine, in braun, grün und grauen Farben, je nach Qualität . . . 29.—
- Fescher Damenulster, Herrentypus, u. grün u. modifisch, Flanell, je nach Art, 50.—, 33.—
- Apartier Damenmantel Velours de laine, mit Pelzkragen (liberates) . . . 49.—
- Eleganter Damenmantel in vorzügl. Qualität, Aermel u. Kragen mit breitem Pelzbesatz, je nach Art . . . 62.—
- Damen-Regenmäntel u. gemusterten od. Lodenstoffen von . . . 21.—

- Knaben-Pyjacks u. Mäntel bian Cheviot, warm gefüt., von 9.—
- Knaben-Ulster wachmacher. Form in weiches Anweh, von 16.—
- Herren sportelze von indische sportelze mit Kapu-lineng. . . 85.—
- Eleganter Sportpelz mit Oberwollmantel und total. Opiumkragen . . . 200.—
- Gehpelz, schwarz Drapfärbig, bestelektrifizierte mit Rollenklappen . . . 210.—
- Vornehmer Gehpelz mit Walfahlfutter und Otterkragen . . . 375.—
- Eleganter Gehpelz mit Bismarckenulster und erstem Sechsterkragen . . . 575.—
- Jagapelze mit Trükkolde mit Schalpelz, Aermel-windchutz, u. ab. verarbeit . . . 190.—
- Herren-Pelzjoppen mit Schalpelz, je nach Qualität 95.—, 85.—
- Damen-Pelzscalls weichelegant u. Sechsterkragen von lang und weit geschlitten, elegant ge-füttert . . . 98.—
- Damenpelzmäntel in großer Anweh! weilt am Laer, mit Schälpelz, Aermel-windchutz, Schalpelz-kragen . . . 180.—
- Chauffeur- und Fahrpelze warm gefüttert, Aermel-wind-schutz . . . 69.—
- Herren-Kapthanschuhe gute Qualität . . . 4.—

Im September haben uns durchschnittlich 1000 kaufende Kunden tägl. besucht Waren Sie auch schon bei uns?

BAER SONN A.-G.

Eigene Kleiderwerke und Gummimäntel fabrik

Berlin, nur Chausseestraße 29/30

Unsere Maßschneider empfinden sich besonders



Die Kommunalisierungsbestrebungen der Sozialdemokratie in den Stadtverwaltungen werden heute genau nach so wie vor Jahrzehnten von den gesamten bürgerlichen Parteien bekämpft. Als Hauptargument führen die Vertreter der „freien“ Wirtschaft an, daß kommunalisierte Betriebe, Werke und Unternehmungen im Kampf gegen die Konkurrenz zu schwerfällig seien und daß sie deshalb im „freien Spiel der Kräfte“ unterliegen müßten. Abgesehen von dem im Besitz der Stadt befindlichen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, deren Erfolge und Geschäftsergebnisse eigentlich schon längst der bürgerlichen Beweisführung das „Wasser abgeschüttelt“ haben sollten (wir erinnern nur an die mangelhafte Betriebsführung und die hohen Preise der Charlottenburger Wasserwerke!), ist die Berliner Brennstoffgesellschaft m. b. H. ein Musterbeispiel dafür, daß städtisch betriebene Unternehmen durchaus lebensfähig sind, wenn sie nur richtig geleitet werden.

Eine „Inflationsgründung“.

Schon vor dem Kriege hatte die Stadt Berlin eine Dienststelle eingerichtet, die die Aufgabe hatte, die Kammerebetriebe, also nicht werbende Betriebe wie Krankenhäuser, Schulen und die Verwaltungsgebäude mit Brenn- und Heizmaterialien zu versorgen. Die Leitung hatten Beamte der Stadt, die Verwaltung geschah rein administrativ. Als im Juli 1922 der Betrieb immer schwieriger wurde, sahien die städtischen Körperschaften den Beschluß, diese Materiallieferungsstelle auf eigene Füße zu stellen, d. h. sie nach kaufmännischen Gesichtspunkten verwalten zu lassen. Die neue Berliner Brennstoffgesellschaft wurde als G. m. b. H. aufgezogen, ein Betriebskapital gegeben und eine Geschäftsleitung bestellt. Was aus dem Vorhandenen gemacht wurde und wie diese Gesellschaft, die in allen ihren Teilen städtisches Eigentum war und geblieben ist, heute nach zum Vorteil der Gesamtbevölkerung funktioniert, soll im Folgenden gesagt werden.

Der größte Kohlenlieferungsbetrieb.

Es gibt weder in Berlin noch in Deutschland ein Unternehmen der Branche von der gleichen Ausdehnung der Berliner Brennstoffgesellschaft m. b. H. Ueber ganz Groß-Berlin verteilt, von Tegel bis Mariendorf, von Charlottenburg bis Adlershof und Friedrichshagen und im Stadtinnern selbst, liegen etwa 20 Kohlenplätze der Gesellschaft. Alle sind mit den modernsten Maschinen für die Holzzerkleinerung ausgestattet. Wenn die großen Bandfräsen freilegen und die kraftbetriebene Hadmaschine mit kräftigem Lada die Klotten spaltet, zieht jeder unwillkürlich den Vergleich mit den vielen, vielen Zwergbetrieben, die mit dem Hundsfuhrwerk und mit Handhabe, Art und Beil, mühselig die Brennmaterialien heran-

schaffen und verarbeiten. Bei unserer städtischen Gesellschaft ist alles nach modern-großzügigen Gesichtspunkten eingerichtet und geleitet. Wie sollte auch sonst ein Umsatz von dreihunderttausend Tonnen Kohlen und Kohlenprodukten aller Arten erzielt und bewältigt werden? 300 000 Tonnen Kohlen sind 6 Millionen Zentner — bedenke dabei, daß dein Wintervorrat selten 20 Zentner Preßkohlen übersteigt. Sechshundert Güterzüge zu je 50 Wagen (die Stadtbahn fährt mit zehn Wagen!) mühen zur Beförderung dieser Menge zusammengestellt werden und wenn man das Jahr zu 300 Arbeitstagen rechnet, so sind täglich 100 Güterwagen, wovon jeder 200 Zentner Kohlen trägt, zu verarbeiten gewesen. Das hat die städtische Gesellschaft mit einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von etwa 280 Köpfen bewältigt: in den Bureaus arbeiten 68 Angestellte. Die 30 000 Kubikmeter Brennholz, die verkauft wurden, sind auch eine erhebliche Menge. Der Geldumsatz betrug über 10 Millionen Mark im Jahre 1924. Das größte gleichartige Geschäftsunternehmen in Berlin hatte in derselben Zeit kaum den vierten Teil des Kohlenumsatzes. Das An- und Abfahren der Kohlen bezeugen 35 eigene Gespanne, zu denen im Herbst und Winter noch ebensoviel Lohnfuhrwerke hinzukommen. Zwei große Lastautos mit Kippvorrichtungen und ein eiserne Pferd veroolständigen den Fuhrpark, sie versorgen die weitergelegenen Stellen.



Ein Waschraum auf dem Kohlenplatz.

Den Ausbau der hygienischen Einrichtungen hat sich die Leitung der Gesellschaft besonders angelegen sein lassen. Bei der stark schmutzenden Arbeit, die bei jeder Witterung geleistet werden muß, haben die Arbeiter ein Anrecht auf besonderen sanitären Schutz und er ist ihnen nach der Möglichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel gern gewährt worden. Auf den größeren Plätzen ist eine Brausebadeeinrichtung vorhanden. Der Heizkessel erwärmt gleichzeitig den Arbeiteraufenthaltsraum. Auf den Plätzen am Urban-Hafen, in der Sellastraße und am Stralauer Platz sind diese Reinigungsanlagen in geradezu musterhafter Weise ausgebaut. Koch- und Wärmeeinrichtungen, elektrisch betrieben, geben den Arbeitern Gelegenheit, mitgebrachtes Essen fertig zu machen. Bei diesen den Arbeitern gebotenen Wohlfahrtseinrichtungen hat sich gezeigt, daß sie gern in Anspruch genommen werden und daß die Behauptung der Unternehmer, die Arbeiterschaft ließe solche Einrichtungen unbeachtet, leeres Geschwätz sind. In dem Augenblick, wo Wohlfahrtseinrichtungen wirklich zwecksparend sind, werden sie auch benutzt. Selbstverständlich werden die Arbeiter nur durch die Vermittlung des Arbeitsnachweises eingestellt und nach den mit dem Verkehrsband vereinbarten Tarifen entlohnt. Die Beziehungen zwischen Geschäftsleitung und Arbeitern und Angestellten sind gut. Am Stralauer Platz ist eine Betriebswerkstatt eingerichtet, die Reparaturen und selbst Neubauten von Wagen und sonstigen Geräten für die Gesellschaft vornimmt. Stelmacher, Tischler, Schlosser, Schmiede und Roler arbeiten an den modernsten Maschinen und stellen jede Arbeit billiger her, als es der Kundenbetrieb kann.

Kommunalbetriebe — Musterbetriebe!

Nun aber die andere, wirtschaftliche Seite der Frage: Kommunal oder Privatbetrieb. Die Stadt Berlin hat dadurch, daß sie die Belieferung ihrer Dienststellen, der öffentlichen Anstalten und Betriebe mit Heiz- und Brennmaterial durch die städtische Brennstoffgesellschaft vornehmen ließ, große Ersparnisse gemacht. Zu den gewährteten die Gesellschaft eine sorgemäße, gute und pünktliche Zufuhr. Der Gesellschaft ist ferner die Belieferung der Rentner- und Wohlfahrtunterstützungsempfänger übertragen. Auch hier haben sich sowohl für die Stadt, als auch für die Belieferten nur Vorteile ergeben. Im Verkehr mit der Privatwirtschaft hat sich zweifelsfrei und buchnäßig nachweisbar die volle Konkurrenzfähigkeit der Gesellschaft herausgestellt; im übrigen ist das Verhältnis zu dem privaten Kohlenhandel ein durchaus gutes. Sie arbeitet ohne jeden Zuschuß der Stadt, hat bisher stets eine glänzende Bilanz gehabt und ist ohne den großen Repräsentationsapparat und ohne die Repräsentationsangestellten ausgekommen, die ähnliche Privatbetriebe unterhalten. Die Behauptung von der „Notwendigkeit der Initiative des Privatekapitals“ ist von der Berliner Brennstoffgesellschaft widerlegt. Die Erfolge der Gesellschaft zeigen aber auch, daß große Betriebe mit technisch vollkommenen Einrichtungen und unter der notwendigen richtigen Leitung leistungsfähiger sind, als Kleinbetriebe. Der städtische Brennstoffbetrieb, die Berliner Brennstoffgesellschaft m. b. H., hat bisher alle Einwände der Privatekapitalisten und ihrer Beauftragten in der Stadtverordnetenversammlung glänzend abgefertigt. Die Erfüllbarkeit der kommunalpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie ist bewiesen. Auf diesem Wege fortzuschreiten, ist die Absicht unserer Partei auch im neuen Stadtverordnetenparlament. Diese Absicht verwickeln zu helfen, liegt im Interesse aller Einwohner Berlins, und so muß jeder am 25. Oktober Sozialdemokraten wählen.

Die enttäuschten Rechtswähler.

In einem sehr belanglosen Flugblatt der Deutschen Volkspartei heißt es: „Weite Kreise der Wählerschaft beherrscht das Gefühl der Enttäuschung darüber, daß ihnen von politischen Parteien lösende Versprechungen gemacht wurden, auf deren Erfüllung sie vergeblich warten mußten.“ Uha! Gehst ihnen doch noch Erkenntnis auf? Dieser Sagenstich nach der deutschnationalen Bruderseite hin, der die Ent-

Das unbegreifliche Ich.

66] Geschichte einer Jugend.
Roman von Tom Kristensen.
(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. C. Vogel.)
„Sinn ist ein Menschenausdruck. Die Welt ist viel, viel größer, kannst du das nicht begreifen? Würde das nicht eine pauvre Erde sein, wenn sie bloß eine Art Borschule wäre, bevor du in den Himmel oder das Karma veretzt würdest, oder — nein, ich kann dich nicht begreifen! Kannst du das denn nicht verstehen?“
„Ja aber — die Gerechtigkeit!“
„Nun hör' aber bloß auf! Geh auf die Volkshochschule oder zur Kirche! Da kennst du die Gerechtigkeit. Die kennen so vieles. Oder geh zu dem Zigarrenroller! Geh zu ihm zurück! Er kennt das Ganze! Sie vereinen Zeit und Ewigkeit in ihrem Gehirn, das kann ich, verdammt noch mal, nicht.“
Er unterstrich sein „verdammt noch mal“ und stand ärgerlich auf.
„Du bist nicht weiter unterhältlich!“ bemerkte er.
Ich würde gern mit ihm über etwas ganz anderes gesprochen haben; doch er fühlte sich zu wohl in seiner Ueberlegenheit, nahm ein Buch von seinem Regal und fing an zu lesen.
Sonst pflegte ich auf mein eigenes Zimmer zu gehen, wenn ich ihn langweilte; doch da innen wartete ein härterer Kampf auf mich, da hingen meine Malereien. Es waren eine Anzahl sehr moderner Bilder; doch ich hatte sie eines Tages kassiert, als ich entdeckte, daß sie nur der Abklatsch einer Kunstausstellung waren, die ich besucht hatte.
Richard hatte bloß gesagt: „Na, das ist ja schön!“
Nun hingen nur drei Bilder dort. Ein Stilleben und zwei Landschaften. Aber heute morgen war ich wütend auf sie geworden. Sie gleichen Raavads, hatte ich bemerkt. Sollten die nun auch kassiert werden?
„Du, Richard! Da ist etwas, was ich nicht verstehen kann. Weshalb male ich in Flächen? Ja, das ist ja wohl die richtige Art, aber trotzdem — man muß es doch von sich selbst malen.“
„Wer sagt denn, daß es richtig ist, in Flächen zu malen?“ antwortete er neckend und sah von seinem Buche auf.
„Ja aber, du mußt mir helfen!“ sagte ich müde. Ich fühlte einen heißen Druck im Gehirn.
„Das kann ich nicht.“
„Richard, warum weidst du mir grade jetzt aus. Ich kann nicht allein damit fertig werden.“
„Du bist der, welcher ausweicht. Berechteste. Damit mußt du allein fertig werden. Ich habe gar nicht gesagt, es

wäre richtig, in Flächen zu malen. Richtig? Klumpen sind auch gut! Das mußt du doch wirklich selbst herausfühlen können!“
Er war verdrießlich. Ich verstand nicht, weshalb? Im Anfang, als ich urgenial über Kunst und heftisch über mich selbst und meine Erlebnisse gesprochen hatte, hatte er mir die Kunst erklärt, hatte lange Vorträge darüber gehalten und über Lebensanschauung gesprochen und ich hatte hungrig das Ganze in mich aufgenommen. Pflichtschuldigt hatte ich zum Dank einige Uriginalitäten geliefert oder einige verdrehte Streiche vollführt, die er seinen Freunden wiedererzählen konnte.
Aber jetzt, wo ich ernsthaft den Problemen auf den Grund gehen wollte, wurde er verdrießlich.
Ich zog mich auf mein Zimmer zurück. Nein, Richard war kein Freund. Ich verstand nicht, was er war.
Unverzüglich ging ich zu meinen Bildern an der Wand und nahm sie herunter. Sie sollten mit all den anderen Malereien zusammen aufgestapelt werden. Ich besah sie mir ein bißchen. Sie waren häßlich. Aber Raavads waren auch häßlich, und alle die, die Richard auf der Ausstellung bewundert hatte, waren ebenfalls häßlich. Weshalb hatte ich das nicht früher gesehen?
Aber war ich es Richard nicht schuldig, dabei zu bleiben? Wenn er an mich glaubte, war es wohl meine Pflicht, zu malen; doch glaubte er denn an mich? Ja aber, warum ließ er mich sonst bei sich wohnen?
Die Bilder waren häßlich! Und ich war kein Künstler! Es war eine Lüge, an die ich selber geglaubt hatte! Ich war kein Künstler! Was half es auch, daß ich versuchte, eine Spur bis tief in die Vergangenheit zurückzufinden? Raavads glaubte an sich. Er konnte gar nicht anders malen. Richard glaubte an ihn. Er konnte es genießen. Borgefen glaubte gewiß auch an ihn, er kaufte jedenfalls Raavads Bilder. Aber er kaufte ja auch meine. Und Richard lächelte, als ob er mir Glück zu dem Schwindel wünschte, jedesmal, wo Borgefen mir ein Zehntronenstück zusteckte.
Borgefen schielte stets zu Richard hin, bevor er sein Urteil abgab, und er sprach stets zögernd, als ob er sich fürchtete, eine Dummheit zu sagen. Ja, Raavads hatte Recht. Er war ein Idiot, der kaufte, was er nicht verstand. Und ich, der malte, was er nicht verstand? War ich ein Schwindler oder ein Idiot? Was war ich? Ja, Borgefen und ich waren das Publikum und die Kunst, wo blieb die bei mir? War es ihr wie all' dem anderen gegangen? Konnte ich mir selber einbilden, daß ich ein Christ wäre oder ein Theosoph oder daß ich Klara liebte? Hatte ich es mir jemals eingebildet? Ich konnte keinen Ausweg finden. Je mehr ich darüber nachdachte, je verwickelter wurde es.

Aber ich war kein Künstler! Das begriff ich.
Ich legte mich auf den Divan, warm und schwindlig. Ein heftiger Kopfschmerz quälte mich. Jeder Schmerz drückte von innen und wollte sich gleichsam seinen Weg durch die Nähte des Gehirns heraus bahnen.
Es klingelte und ich hörte eine weibliche Stimme. Es tief mir kalt den Rücken herunter und ich wats mich auf dem Divan hin und her. Weshalb mußte sie jetzt kommen? Weshalb grade jetzt? Ich kannte die Stimme ja! Ich wußte, wer das war! Das war sie, die blonde Dame aus der Bredgade, Fräulein Bibete Dreger. Ich war ihr einmal vorgestellt worden.
„Das ist mein Hausgenie — und das ist Fräulein Bibete Dreger!“ hatte Richard in einem Tone gesagt, als ob er seinen Privatclown vorstellte.
Ich hatte sofort angefangen, meine Rolle zu spielen. Das war meine Art, die Riete zu bezahlen.
„Freut mich dynamisch!“ hatte ich geantwortet und mich verlegen zurückgezogen.
Aber heute wollte ich nicht den Hanswurst spielen! Keine Grimassen oder Schminke oder raschelnde Lumpen konnten verbergen, daß ich nackend war. Und ihr gegenüber wollte ich auch nicht mehr den Clown machen und ich wollte überhaupt nicht zum Vorschein kommen.
„Wie geht es deinem Maler?“ hörte ich sie fragen. Ihre Stimme hatte einen sanften Klang. Alle kleinen Worte fangen so wunderbar in ihrem Munde.
„Er fängt an langweilig zu werden!“ war Richards Antwort.
„Hat er nicht wieder irgend etwas Berrücktes angestellt? Es muß doch urkomisch sein, ihn bei sich zu haben. Ach, der Einfall mit dem Schlips, den du mir erzählt hast, besinnst du dich nicht darauf, als er einen durchgehennenen Pfirsich sah, und darauf den Schlips so braun wie den Stein malte, und den oberen Teil der Weste pfirsichfarben — ach du, was sagte er doch gleich dabei?“
Sie lachten beide. Ihr Gelächter war frei. Es strömte ohne Hemmungen aus Sinn und Mund. Mir war, als ob ich sehen konnte, wie sie die Hände an die Brust preßte, um es zurückzuhalten. Sie hatte wohl die dünne, weiße Bluse an, und den blauen Rock mit den Trägern über den Schultern. Sie war so schmal über den Schultern und so üppig über den Hüften. Ja, ich wußte viel von ihr. Ich kannte auch ihre Hände, ihre Finger, die unnatürlich gelenkig waren und ihre breiten Nägel. Die Hände paßten nicht zu ihr, hatte ich in dem kurzen Augenblick gedacht, wo ich ihr vorgestellt worden war und dabei die dummen Worte gesagt: „Freue mich dynamisch! Freue mich dynamisch!“
(Fortsetzung folgt.)

läufigen in die eigene Koppel treiben soll, ist jedoch ein Lustlos. Denn den volksparteilichen Männern ist (von 10 Schod schwerer gewichtiger Generalsdirektoren abgesehen) über die jämmerliche Politik ihrer Partei ebenso übel zumute, wie den noch schwarzweisseren Militäranwärtern hinsichtlich der „Aufwertungs- und Erfüllungswörter“. Das werden sie sich am 25. Oktober von den Berliner Wählern wohl recht deutlich sagen lassen müssen.

Tragödien der Leidenschaft.

Die Ehefrau erwürgt. — Die Geliebte erschossen.

Wiederum sind es zwei Kapitalverbrechen, und zwar Frauenmorde, die vor den beiden gegenwärtig tagenden Schwurgerichten des Landgerichts I und II zur Verhandlung gelangten. Beide endeten aber mit einer ganz verschieden gelagerten Auffassung der Schwurgerichte. In dem einen Falle wurden die missernden Umstände verjagt, in dem anderen zugebilligt. Beide Fälle zeigten eine gewisse Uebereinstimmung mit den Verhandlungen am Montag vor demselben Schwurgericht, bei denen es sich auch um die Tötung der Ehefrau handelte. Dort wurde jedoch der eine Angeklagte, Dr. Schreiber, vom Schwurgericht III sehr milde beurteilt, während das Schwurgericht I auf eine zehnjährige Zuchthausstrafe erkannte. Diesmal war es umgekehrt.

In dem einen Falle, der die Geschworenen des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bombe beschäftigte, war der Jünger Albert Kanz aus Weissenau wegen Mordes angeklagt. Er hat am 25. Mai seine Ehefrau erwürgt und die Leiche dann mit einer Schlinge um den Hals aufgehängt, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Dahin ging auch seine Anzelle, als er nach der Tat bei der Polizei erschien. Kanz war in zweiter Ehe verheiratet, hatte aber für die erste Frau und deren Kinder zu sorgen. Mit der zweiten Frau lebte er auch schlecht. Sie soll ihm die eheliche Gemeinschaft verweigert haben, und es kam deshalb wiederholt zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Kanz seine Frau mit dem Tode bedrohte. Der Angeklagte behauptete, daß er die Tat im Rauschzustand und in Geistesverwirrung verübt habe. Auch im Geständnis hat er einen Totschlagsanfall gehabt. Nach dem Gutachten von Sanitätsrat Dr. Leppmann hat er jedoch damit Theater gespielt. Die Anklage lautete auf Mord, und der Staatsanwalt hatte auch die Todesstrafe beantragt. Das Schwurgericht hatte aber Bedenken, einen planmäßig vorbereiteten Mord mit Sicherheit anzunehmen, es hielt vielmehr die Möglichkeit für gegeben, daß der Angeklagte, der ein sehr jähwürender Mensch ist, seine Frau in der Erregung, nachdem es zwischen beiden zum Kampf gekommen war, getötet hätte. Mildernde Umstände konnte das Gericht dem Angeklagten aber nicht zubilligen. Er wurde wegen vollendeten Totschlages zu 12 Jahren Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust verurteilt.

Weil sie ihm die Treue nicht gehalten, hatte der Schlosser Mag Haegeler, ein verträppter Mensch, seine Geliebte, die Zeitungsaustregerin Margarete Karnag, erschossen. Er ist des Mordes angeklagt und mußte sich vor den Geschworenen des Landgerichts I verantworten. Schon in seiner ersten Ehe hatte Haegeler Unglück. Die Frau betrog ihn, und schließlich trennten sich beide. Dann lernt er die Karnag kennen, ein junges, lebenslustiges Mädchen, dem er seine ganze Liebe schenkt. Er hilft ihr die Zeitungen austragen, macht Wege für sie, ohne der Schmerzen zu achten, die ihm der lahme Fuß oft genug verursacht. Sie fahren gemeinsam über Land, um billige Lebensmittel zu besorgen, er malt ihr die Küche neu aus, kurz, er tut, was er ihr an den Augen ablesen kann. Eine Reizung geht auch alles gut, sie leben glücklich und zufrieden. Als aber die Karnag merkt, daß sie auch nach anderen Männern gefährt, ist das Glück des armen Schlossers dahin. Wegen seines leidenden Zustandes findet er nur schwer und oft nur für kürzere Zeit Arbeit. Das, was er seinem Wädel an Zerstreutungen verschaffen kann, ist mehr als bescheiden. Und so bedrückt für ihn eine schwere und neue Leidenszeit. Um seiner Geliebten zum Weihnachtsfest noch einmal eine Freude zu machen, kauft er von seinem letzten Gelde zwei Karten für den Zirkus. Und als der Tag kam, stand er einsam und verlassen vor dem Zirkus, sie hatte ihn verfehlt! Noch zweimal sprach er dann mit ihr. Dann sah er ein, daß das Mädchen für ihn verloren war. Nach einer schlaflosen und verzweifelten Nacht, rubelosa von Schlaf zu Schlaf stehend, hat er sie dann am Morgen vor der Haustür erwartet und in sinnloser Eifersucht zweimal auf sie geschossen. Beide Kugeln waren tödlich. Der Staatsanwalt verurteilt die traurige Lage des Angeklagten nicht, läßt auch die Anklage wegen Mordes fallen. Aber sonst will er nichts von Milde wissen. Das Gericht aber verkündete nach kurzer Beratung folgendes Urteil: Die Anklage wegen Mordes wird nicht aufrechterhalten, der Angeklagte wird wegen Totschlages unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt, davon werden ihm neun Monate der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet. — Haegeler hat milde Richter gefunden!

Folgeschwerer Autozusammenstoß.

Zwei Personen schwer, zwei leichter verletzt.

In Charlottenburg, in der Kant-Eds Wilmersdorfer Straße, ereignete sich am Mittwoch in der sechsten Nachmittagsstunde ein schwerer Autozusammenstoß. Ein Privatauto fuhr mit einer Autodroschke zusammen, so daß die Droschke auf dem schlüpfrigen Boden ins Schleudern kam und auf den Bürgersteig gemorfen wurde. Einige gerade vorübergehende Personen, die sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen konnten, wurden von der Droschke erfasst und teils schwer, teils leichter verletzt. Beide Autos wurden stark beschädigt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Die Namen der Verletzten sind: Monteur Georg Rubelar, 29 Jahre alt, Charlottenburg, Haselstr. 13, schwerer Rippenbruch (Krankenhaus Westend), dessen Ehefrau Lucie, Quetschungen und Hautabschürfungen, deren vierjähriges Töchterchen Ingeborg, gleichfalls Hautabschürfungen und Quetschungen, Elektrotechniker Franz Horn, Klausthaler Str. 10, schwere innere Quetschungen (Krankenhaus Westend), Frau Rubelar und Kind konnten nach Anlegung von Rotorbinden auf der naheliegenden Wache des Städtischen Rettungsausschusses nach Hause entlassen werden.

Aus Hitlers Kinderstube.

Das Münchener Radlaubblattchen der Nationalsozialisten (Hitler-Garnitur) bringt leithin eine Meldung aus Herzford, in der es heißt, daß nach der ersten Versammlung die Völkischen Männer beschlossen hätten, ihrer Erneuerungspoesie folgenden Vers einzuverleiben:

„Wir von der roten Erde,
dem Lande Mittelrunds und Teut,
sind, was auch kommen möge,
und bleiben Hitler-Teut.“

Weiter heißt es: „Wir werden dies Gelübde in alle Zukunft als leichten Vers unseres Kampfliedes stehend singen. Heil!“
„Stehend, bis in alle Zukunft —!“
„Wäge Teut ihren Fußgelenken gnädig sein. Nach dieser Probe läßt sich erweisen, wie verheerend es in den Köpfen der Edelinge aussehen muß. Heil!“

Die Deutsche „Arbeitnehmerpartei“.

Diese funktionslose „Partei“ hat zur Stadtverordnetenwahl in Groß-Berlin insgesamt 14 Kandidaten aufgebracht. An der Spitze steht ein Betreuer, an neunter Stelle seine Ehefrau. An zweiter Stelle steht ein Eisenbahnkassierer, an dritter und vierter Stelle je ein Telegraphen-Betriebsassistent, an sechster Stelle eine Hausfrau, und zwar die Ehefrau des am sechsten Stelle stehenden Regierungs- und Bau-

rats, an fünfter Stelle ein Musiker, wahrscheinlich ein Bruder von Nummer drei. Es folgt ein Regierungsinspektor, ein Ingenieur, ein Arbeiter und ein Kaufmann. Unter den Bezirkswahlvorständen tritt diese Partei außerdem noch mit einem Musiker und einem Arbeiter auf den Plan.

2421 Wahllokale.

Für Liste 1.

2421 Wahllokale sind dazu bestimmt, am nächsten Sonntag als Schlachtfelder der Entscheidung um das Wahl der Berliner Bevölkerung zu dienen. 1200—1300 Wähler haben so Gelegenheit, sich in je einem Wahllokal ein Stimmzettel zu geben. „Keiner darf fehlen!“ ist die Parole. Und der Wahlvorstand, der sich jedesmal aus einem von den Behörden bestimmten Wahlvorsteher und seinem Stellvertreter sowie aus 3—6 Beisitzern zusammensetzt, darf nicht zur Ruhe kommen. 20 000 Berliner arbeiten an diesem Tage ehrenamtlich für ihre Mitbürger, 20 000 Berliner wohl jeder Gefinnung und jeder Wahlsehnsucht, denn es wird selbstverständlich Wert darauf gelegt, daß der Stab der Wähler sich aus Angehörigen verschiedenster Parteien rekrutiert. Von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends herrscht hoffentlich reger Betrieb in den Lokalen. Jeder erhält in einem Umschlag zwei Stimmzettel: einen weißen für die Stadtverordneten- und einen grünen für die Bezirksverordnetenwahlen; auf jedem ist die im Kreise anstehende Liste 1 an der Spitze. Vor 9 Uhr abends werden auf dem Hauptwahlamt die ersten Ergebnisse nicht eingelaufen sein; ausgezählt wird in den Wahllokalen selbst, die weitere Sammlung geschieht auf den Bezirkswahlämtern, die dann ihrerseits die Ergebnisse nach dem Hauptwahlamt im Rathaus melden. Rund 2,9 Millionen stimmfähige Wähler sind in der Lage, Geschichte zu machen. Freilich nur die Geschichte der Stadt Berlin, aber dies ist zum großen Teil die Geschichte ihres eigenen Wohlergehens. Dieser Erkenntnis werden sich die Freunde unserer Sache noch weniger verschließen als sonst. Genau wissen sie, daß nicht Ruhen, sondern Wählen die erste Bürgerpflicht ist. Liste 1 — das ist sehr leicht zu merken.

Wahl der Stadtverordneten 1925

... Berliner Wahlkreis.

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1	⊗
2	Deutschnationale Volkspartei	2	○
3	Deutsche Volkspartei	3	○
4	Kommunistische Partei	4	○
5	Deutschdemokratische Partei	5	○

u. f. f.

Wo wählen die Inassen von Anstalten?

Bei den am 25. Oktober zu vollziehenden Wahlen der Stadtverordneten und der Bezirksverordneten haben die Wahlberechtigten ihre Stimme da abzugeben, wo sie in der Wählerliste stehen, d. h. da, wo sie ihre Wohnung haben oder zurzeit der Wählerlisten-aufstellung hatten. Inassen von Krankenhäusern und anderen Heilanstalten werden, weil es sich ja nur um einen Anstaltsaufenthalt für die Dauer der Krankheit handelt, in der Regel bei ihrem Eintritt in die Anstalt ihre Wohnung nicht abgegeben haben, so daß sie nicht im Bezirk der Anstalt in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Dagegen können Inassen von Siechenhäusern und anderen Altersheimen als dauernde Bewohner dieser Anstalten gelten, so daß sie hier auch in der Wählerliste stehen müssen und hier ihr Wahlrecht ausüben können. Die Einrichtung, daß durch besondere Wahlkreise die Ausübung des Wahlrechtes in einem anderen als dem Wohnbezirk zugelassen wird, ist für die Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen unterblieben. Die Stadtverordnetenwahlen sind für ganz Berlin gemeinsam, aber die gleichzeitig mit ihnen in demselben Wahlakt zu vollziehenden Bezirksverordnetenwahlen sind je nach dem Wohnbezirk der Wahlberechtigten verschieden, so daß die Uebertragung eines Wähler nach einem anderen Bezirk zu Verwirrungen führen könnte. Wahlkreise dürfen allerdings auch für die Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen ausgefertigt werden, aber hier gelten sie für den Wohnbezirk und sie werden denjenigen Wahlberechtigten ausgefertigt, die als nicht in die Listen aufgenommen sind. Die Wählerliste ohne ihr Verschulden veräußert haben oder deren Einspruch erst nach Schluß der Wählerliste als berechtigt anerkannt worden ist. Krankenhauseinassen, die in der Wählerliste ihres Wohnbezirktes stehen, werden ihr Wahlrecht nur dort ausüben können und nur dann, wenn sie nicht mehr an das Bett oder an das Zimmer gefesselt sind. Die Einrichtung eines fliegenden Wahlbureaus mit einem von Bett zu Bett gehenden Wahlvorstand ist um so schwerer möglich, da die Inassen eines Krankenhauses und nacheinander schon eines Saales zu zwanzig verschiedenen Verwaltungsbereichen gehören könnten. Besondere Wahlbureaus sind, soviel wir wissen, nur für die Charité und für das Birchowkrankenhaus eingerichtet, weil die Zahl der wirklichen Bewohner dieser Anstalten, des Beamtens- und Pflegepersonals, sehr groß ist. Für die Bettlägerigen unter den Kranken wird, fürchten wir, die Ausübung ihres Wahlrechtes oft sehr schwer oder ganz unmöglich sein. Wo es aber einem solchen Kranken doch möglich ist, aufzusteigen und

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 22. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kauffmann. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilungs-Technik. Oberring. Siegfried Hartmann: „Quellen der Kraft“. 2. Vortrag. „Wasser und Wärme“. 7.30 Uhr abends: Forschungsreisender Dr. Artur Berger: „Wie wilde Völker jagen“. 8 Uhr abends: Vortrag zum Sonderspiel „Waldmeister“ am 21. Oktober. 8.30 Uhr abends: Orchesterabend. Dirigent: Dr. W. Buschhöcker. Unter Mitwirkung von Hans Bassermann. Violine. 1. Kaul: Sommeridylla. Munter — im Volkston. 2. Joon: Violinkonzert Nr. 2 in A-Dur op. 49. Allegro moderato — Elegie (Andantino) — Allegro non troppo (Hans Bassermann). 3. Frickehoff: Sinfonische Improvisationen über ein eigenes Thema (Uraufführung). Thema: Andante poco largamente — Allegretto amabile — Vivo — Allegro risoluto — Tempo die Marcia funebre — Animato di molto grazioso — Andante sostenuto — Adagio — Finale. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitensage. Wetterdienst. Sportsnachrichten. Theater und Filmdienst. 10.30 bis 12 Uhr abends: Tanzmusik.

für einige Zeit die Anstalt zu verlassen, da sollten Gesunde es für ihre Pflicht halten, die Begleitung und den Transport zu übernehmen.

Zuschlag für Minderbemittelte.

Was im Zeichen des Preisabbaues möglich ist!

Eine westdeutsche Einzelhandelsfirma hat sich erdreistet, seit dreißig Jahren bedruckte Baumwollstoffe wie Kattun und ähnliche Waren mit einem Handelszuschlag von 3—15 Proz. zu verkaufen. Das hat ihr früher niemand übel genommen. Jetzt aber, im Zeichen des Preisabbaues, verlangt der Verband der Großhändler, daß zu dem Fabrikpreis ein Großhandelszuschlag von 24 Proz. und außerdem noch ein Kleinhandelszuschlag von 20—25 Proz. erhoben wird. Wie nun die Zeiten heute sind, gibt es auch manche Firmen, die zahlungsunfähig werden und daher ihre Warenbestände weit unter Preis verkaufen. Es ist nicht mehr als begründet, wenn die Einzelhändler diese Gelegenheit, ihre Kundenschaft billig zu versorgen, aufgreifen und nun ebenfalls die Ware unter dem normalen Fabrikpreis abstoßen. Das hat unsere Firma nun getan. Der Erfolg ist, daß die Lieferanten ihr die Lieferung zu sperren drohen und daß außerdem die Gesellschaft für Baumwollindustrie K. O. Ludwig und Gustav Cramer in Hilden (Rheinland) eine Klage einreicht, die den Einzelhändler für alle Schäden haftbar machen soll, soweit sie aus dem Verkauf unter dem Mindestverkaufspreis entstehen und die sie obendrein mit einer Strafe bedroht, wenn sie sich künftig wieder erlaubt, billiger zu sein als es die Lieferanten haben wollen. — Die klagende Firma beruft sich darauf, daß ihre Waren Saisonartikel sind, weil sie sich besonders für weibliche Sommerkleidung eignen. Die Waren werden deshalb in der ersten Jahreshälfte besonders „von der minderbemittelten Bevölkerung in ausgiebigstem Maße gekauft“. Das steht in der Klagebegründung. Also es soll verboten sein, den Bedarf der minder-



In diesen
Kreis gehört
Dein Kreuz!

bemittelten Volksteile bei günstiger Gelegenheit billig zu decken. Der Einzelhandel selbst lehnt sich gegen die unbillige Forderung auf, die hier an ihn gestellt wird. Und der Verbraucher wundert sich, weshalb gerade die dringend benötigten Bekleidungswaren einfacher Qualität durchaus so teuer sein müssen.

Wir hoffen, daß das Reichswirtschaftsministerium hier denn doch ein Wort mitspricht.

Volksparteilicher Antisemitismus.

Die Deutsche Volkspartei ist tief getränkt, daß wir den Antisemitismus eines ihrer Wahlflugblätter festgenagelt haben. Sie schickt uns deshalb einen sehr in rasserer Frakturchrift geistigen Brief mit einer Berichtigung unter Hinweis auf § 11 des Pressegesetzes. Dieser Hinweis erschüttert uns ja nun sehr wenig, denn dann müßte die Volkspartei erst einmal lernen, eine Berichtigung nach den Vorschriften des Gesetzes auszusagen. Der Justizrat Hallenleben, der Mann mit der kostbaren Unterschrift (anfangs 320 000 M., schließlich nur noch 19 000 Mark!) wird sicher bereit sein, unentgeltlich und unter Verzicht auf jedes Honorar die nötigen juristischen Befehlungen zu erteilen. Wir wollen aber nicht so sein und tun der Volkspartei den Gefallen. Ihre Berichtigung lautet folgendermaßen:

„In der Sonntagsnummer vom 18. Oktober 1925 bringt der „Vorwärts“ auf der ersten Seite der ersten Beilage unter der Ueberschrift: „Wie sie verleumden, ein schmutziges Machwerk der Volkspartei“ eine Kritik einer Wahlzeitung der Deutschen Volkspartei. In dieser Kritik ist folgender Satz enthalten: „Den Demokraten werden Bilder gewidmet, deren Antisemitismus gerade für die Volkspartei, die Partei des Herrn Dr. Caspari, besonders pikant ist.“ Diese Behauptung ist un wahr. Wahr ist vielmehr, daß die Bilder, die den Demokraten gewidmet sind, mit Antisemitismus nichts zu tun haben, da die Volkspartei den Antisemitismus ablehnt.“

Dazu wäre zu sagen, daß man über den Geschmack nicht streiten kann. Die Nachsetzlichen, die Demokraten, haben jedenfalls die ihnen gewidmeten Bilder, genau wie wir, als antisemitische Hezereien ausgelegt. Uebrigens bilden die Kennziffern der Volkspartei ein besonderes Reliquium, um diese Streitfrage zu entscheiden. Wir fürchten, die Herren werden sich unserem Urteil anschließen müssen, wenn auch Dr. Caspari aus begründlichen Gründen jeden Antisemitismus in der Volkspartei abswört.

Jetzt machen sie es mit Alkohol!

Der Deutschen Volkspartei geht es sehr schlecht. So schlecht anscheinend schon, daß sie sich gezwungen sieht, sich nur noch positiv ans Publikum zu wenden. Die Prosa dieser „Volks“partei war auch zu kläglich, als daß man mit dieser Branche noch imponieren könnte. An den Botschäften klebt ein komisches Plakat. Jemande ominöse, geistlos dünne Hand gießt in ein Glas gelbliche Flüssigkeit. Unter diesem trunksüßigen Abgebild liegt man die goldenen Worte: „Klaren Wein schenkt euch ein allein die Deutsche Volkspartei.“ (!) Ein kolossaler Umschwung also. Das bedeutet: Die Volksparteier wollen reumütig all den gehäufsten Schwindel, den sie in turbulenten Verammlungen, in illustrierten Schmierpropagandablättern, in verlogenen Zeitungsartikeln und in demagogischen Fensterreden angesammelt haben, abbauen. Ein biblischer Jizit lautet bezeichnend: „Am Himmel ist mehr Freude über einen Sünder, denn über 99 Gerechte.“ „Voll, vergib uns, wir haben gesündigt!“ Sie wollen die trübe Schlammsut ihrer Propagandaproduktion in klaren Wein ummigen. Allerdings ist die Gefahr erheblich, daß diese Reinigungsarbeit zu umfangreich ist, um vor dem 25. Oktober beendet zu sein.



Waschungen mit Pixavon
regen die Kopfhaut in erstaunlicher Weise an.
Die Haare werden weich und geschmeidig, die natürliche
Schönheit und Farbe des Haares kommen voll zur Geltung

Die Frauen rühren sich.

Der Bezirk Prenzlauer Berg veranstaltete am gestrigen Abend eine stark besuchte Frauenkundgebung im Saale des Ledigenheims in der Pappelallee. Die Reichstagsabgeordnete Genossin Clara Bohm-Schuch hob die Bedeutung dieser Stadtverordnetenwahlen hervor und geisterte die Politik der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die vor dem 7. Dezember ihrer Wählerchaft große Versprechungen gemacht haben, um nach der Reichstagswahl die erzwungene Nachstellung nur im Interesse der bestehenden Kreise auszunutzen. Es sei hier nur an die Zollpolitik erinnert, die nichts weiter darstellt als eine unerhörte Belastung der arbeitenden Schichten. Die rechten Parteien sehen die Stadtverordnetenwahlen als einen Bräustein ihrer Politik an. Unsere Aufgabe muß es daher sein, immer wieder aufklärend zu wirken, damit den Herren der Rechten am 25. Oktober gründlich heimgejagt wird. Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen kam die Rednerin auf die Eingemeindung Groß-Berlins zu sprechen. Damals waren es die Sozialdemokraten, die das Werk der Eingemeindung trotz aller Hemmnisse der Bürgerlichen schufen. Wollen wir weiter kommen, so muß die Sozialdemokratie im roten Haus verstärkt werden, wozu der 25. Oktober Gelegenheit bietet. Wollen wir die fürchterlichen Zustände auf dem Gebiete der Wohnungsnot abstellen, wollen wir die Krankenfürsorge, das gesamte Wohlfahrtswesen und die Jugendfürsorge weiter ausbauen und für unsere Kinder eine freie Schule schaffen, so müssen wir am 25. Oktober der Liste der Sozialdemokratischen Partei zum Siege verhelfen.

Am Artushof im Tiergarten sprach gestern Abend die Landtagsabgeordnete Genossin Dr. Wegscheider-Ziegler. Ihre kurzen Ausführungen, ihr Temperament, rissen die Versammlung mit. Die Wahl am Sonntag ist dafür entscheidend, wie sich die Zukunft gestalten wird, denn diese Wahl ist nicht nur wichtig für Berlin, sie zeigt auch, ob sich in Deutschland die Verhältnisse ändern werden, ob auch hier der gesunde Sinn siegen wird. Jeder Einsichtige muß heute erkennen, wohin die Wirtschaft der Rationalisten geführt hat, daß auch nicht das geringste Anzeichen einer Besserung irgendwo zu sehen ist. Von der versprochenen Preisentlastung ist nichts zu merken, jede Frau, die heute einkaufen geht, erlebt dies am eigenen Leibe. Alle anderen Verbesserungen sind ebenfalls in den Wind getrieben, überall nur Enttäuschungen. Immer wieder, in allen sozialen Fragen, zeigt sich das unsoziale Verhalten der Rechten, die Rechte, gleichgültig, ob es sich um Zoll-, Steuer-, Mieter- oder Aufwertungsfragen handelt. Man arbeitet nur für das Großkapital, für den Besitz. Die Besitzlosen müssen auch ihr Leibes hingeben. Was der Berliner Bevölkerung droht, wenn wieder eine bürgerliche Mehrheit zustande kommen sollte, zeigen vor allem die Bemühungen der Rechten um den Abbau des Mieterschutzgesetzes. Schon heute wissen viele überhaupt nicht, woher sie das Geld für ihren Lebensunterhalt hernehmen werden, aber die Gegenwart bedeutet eine gute Zeit, vergleichen mit denen, die kommen werden. Rettung vor dem drohenden Elend bringen nur die Sozialdemokraten.

Einen unerwartet lauffähigen Verlauf nahm eine von den Deutschnationalen einberufene Wählerversammlung in Nehleborn. Die Referentin, die sich ihr kommunalpolitisches Wissen offenbar aus der täglichen Weisheit des „Lokalanzeigers“ aufgekauft hat, verlor vollkommen. Dafür sprangen nun unsere Genossen Staben, Draemert, die Bezirksverordneten Holz und Florke und Stadtrat Matern ein und steckten den erstaukten Rationalen einige Lichter an. Die deutschnationalen Wählerversammlung schloß mit einem Hoch auf die — Sozialdemokratie. Als unsere Freunde geschlossen das Lokal verließen, blieben die gefamten Deutschnationalen, ein Bäckerbub und eine Stairunde, zurück. Die anderen hatten sich nach und nach, vollkommen seltungslos, daß so etwas in Nehleborn passieren konnte, verkrümelt.

Belehrungsausschuß Groß-Berlin. Sonntag, den 26. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr nachmittags, im großen Saal der Philharmonie. Erste Veranstaltung der internationalen Volkstänze und Volkstänze. Eintrittskarten zum Preise von 1,00 M. Die Karte sind in den bekannten Verkaufsstellen und am Tage der Veranstaltung am Eingang des Saales zu haben. Karten für die Städtische Oper zu ermäßigten Preisen im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 2, 2. Hof II, Zimmer 8.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlins. Die Karten zur proletarischen Revolutionsfeier im Großen Schauspielhaus am 8. November sind bis zum 25. Oktober im Bezirksbildungsausschuß für die einzelnen Gruppen zu bestellen. Später eingehende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden. Ausweis miltbringen.

Schwere Explosion in einer Pulverfabrik.

Walsrode (Hannover), 21. Oktober. (Zl.) In der Abteilung Gahmoor der Schwarzpulverfabrik Bomlitz explodierten gestern nachmittags gegen 1 Uhr kurz hinter einander vier von den neuen Pulverwerken der Abteilung sowie drei Ablagerfelder. Durch die Explosion wurden zwei Personen getötet, von denen eine durch einen über 200 Meter weit fortgeschleuderten Stein getroffen wurde. Außerdem wurden noch eine Frau, zwei Kinder und drei weitere Personen in einem benachbarten Wohnhause so erheblich verletzt, daß sie ins Krankenhaus Walsrode übergeführt werden mußten. Lebensgefahr besteht nicht.

Ein böhmischer Haarmann.

Reichenberg i. B., 21. Oktober. (Eigener Bericht.) In der nahe der tschechischen Grenze gelegenen Gemeinde Weichbach bei Friedland hatten die Galtwirtsleute Krause ihren 18jährigen Jungen in ein tschechisches Dorf geschickt, damit er die Sprache erlerne. Seit 24. September war der Knabe verschwunden. Jetzt fand man seine Leiche und stellte fest, daß er erdrosselt wurde. Zuletzt war er mit dem tschechischen Druska gesehen worden.

Wähler-Kundgebungen.

Heute, Donnerstag, 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
 Prenzlauer Berg (29. Abt.): Schulaula Senefelderstr. 6.
 Friedrichshain (35. Abt.): Schulaula Samariterstr. 20. — (37. Abt.): Schulaula Hausburgstr. 20.
 Kreuzberg (46. Abt.): Schulaula Stallher Str. 55/56.
 Dahlem: Schilling, Königin-Luise-Str. 42.
 Steglitz: Gymnasium, Heefestraße.
 Mariensfelde: Zweig, Berliner Straße 114.
 Tempelhof: Aula Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße.
 Brhl-Budow: Turnhalle in Budow.
 Baumshulenkweg, Ujzeum, Baumshulenkstraße.
 Köpenick: Stadttheater, Friedrichstr. 6.
 Karlsruh: Fürstenhaus, Treslow-Allee 92.
 Biesdorf: Schillerstraße, Königstraße 120.
 Hohenschönhausen: Schulaula Röderstraße.
 Blankenburg: Klug, Dorfstraße 2.
 Reinickendorf: Hartmanns Brauerei, Scharnweberstr. 104.
 Hermsdorf-Waldmannslust-Lübars: „Bellevue“, am Bahnhof Hermsdorf.
 Redner: Breuer, Bessen, Ewald, Edhardt, Gutschmidt, Harnisch, Hoffmann, Hermes, Hah, Horlich, Dr. Kawerau, Krause, Dr. Löwenstein, Lisse, Lempert, Rogah, Reuter, Dr. Röder, Schneider, Sächling, Ulrich, Dr. Hildegard Wegscheider.

Donnerstag, den 22. Oktober:

Kreuzberg: Nachmittags 4 1/2 Uhr öffentliche Versammlung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bezirksamts Kreuzberg im Bezirksversammlungslokal, Nordstraße 11. Referent: Genosse Stadtrat a. D. Voelch.
 Friedrichshain: Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung aller im Bezirksamt Friedrichshain beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter in Schmidts Festsaal, Fruchtstraße 36a. Referent: Stadtr. R. Rohde.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

„Welche Vorteile bietet eine sozialdemokratische Mehrheit im Stadtparlament den Beamten, Angestellten und Arbeitern?“

Freitag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Mitte: Rüstlerstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
 Tiergarten: Noabiler Gesellschaftshaus, Wicelstraße 23. — Rationalhof, Bülowstraße 37.
 Wedding: Pharusstraße, Müllerstraße 142. — Bahnhöfer, Chausseestraße 64. — Schiller-Ujzeum, Pant. Ecke Böttcherstraße.
 Prenzlauer Berg: Schulaula Greifenhagener Straße 20. — Schulaula Poststraße 44.
 Friedrichshain: Königsbant, Große Frankfurter Straße 117.

Druska aber galt weit und breit zwar als verstoßener Sonderling, aber Ehrenmann. In Wahrheit war er ein Justizhändler, der wegen Raub, Einbruch und Schändung des eigenen Mädchens schwere Strafen erhalten hatte. Wie jetzt an den Tag kam, hat Druska seit langer Zeit Kinder beiderlei Geschlechtes angezogen und sie in bestialischer Weise geschändet. Auch der Jude, der sich dem Kutischer angefreundet hatte, war sein Opfer. Aus Furcht vor der Entdeckung dürfte er dann ermordet worden sein. Der Mörder wurde verhaftet, als er sich in ein Spital aufzunehmen ließ.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Mittwoch, den 21. Oktober.

1. Rennen. 1. Dentmünze (G. Lautenberger), 2. Ocean Girl (G. Hoff), 3. Kolumbia (H. Bahr), Toto: 60 : 10. Platz: 27, 55 : 10. Ferner liefen: Lecker Robilator, Alexander D., Unterdörflein, Lottie Ansil, Othant, Sonntagsspring, Ordensjäger, Maria, Wergentau, Hellma, Mantua, Aprilia, Konjul.
 2. Rennen. 1. Erasmus (G. Hoff), 2. Manrico (G. Teufel), 3. Freia Ragoman (Ragoman), Toto: 22 : 10. Platz: 14, 13, 20 : 10. Ferner liefen: Lindenbäumler, Ragoman jun., Wdglia, Kofinir.
 3. Rennen. 1. Flora Bingen (G. Hoff), 2. Wainco (R. Korgenid), 3. Quera (Sahlin), Toto: 115 : 10. Platz: 29, 31 : 10. Ferner liefen: Unheil, Petrus jun., Uhl, Bollerforn, Kapbach, Oeffa, Harry W., Gildus, Pileger I., Ebbil, Gassenmüdel.
 4. Rennen. 1. Frenlon (R. Brandt), 2. Dondell (H. Müller), 3. Odhensonne (v. Soloff), Toto: 211 : 10. Platz: 20, 14, 18 : 10. Ferner liefen: Blinnle, Kammerfänger, Blaumieße, Wädel, Verhun, Leng I., Lafna, Klud.
 5. Rennen. 1. Edith Bertha (Hedert), 2. Colonel Postworth (G. Hoff), 3. Trotteur (H. Reiter), Toto: 52 : 10. Platz: 13, 11 : 10. Ferner liefen: The Great Widwot, Rittschor, Dortha.
 6. Rennen. 1. The Alito (G. Grube), 2. Langemann (G. Hoff), 3. Wanne (Herm. Schlemmer), Toto: 44 : 10. Platz: 17, 15, 14 : 10. Ferner liefen: Dreize Anvil, Dichtung, Venus Hög, Herkter.
 7. Rennen. 1. Kamekol (G. Hoff), 2. Fredrich (G. Grube), 3. Johannistäter (Grosman), Toto: 107 : 10. Platz: 15, 15, 19 : 10. Ferner liefen: Blac, Ludmil I., Hauptmann, Heidemann, Simpel, Zel., Bild I., Della, Grassal.
 8. Rennen. 1. Flora Bingen (G. Hoff), 2. Wainco (R. Korgenid), 3. Odhensonne (v. Soloff), Toto: 60 : 10. Platz: 21, 14, 24 : 10. Ferner liefen: Kammerfänger, Unheil, Quera, Frenlon, Wädel, Dandfest, Ebbil.
 9. Rennen. 1. Good Boy (G. Grube), 2. Königshädel (G. Lautenberger), 3. Barmaid (R. Schmidt), Toto: 19 : 10. Drei liefen.

Charlottenburg: Hohenzollern-Festfale, Berliner Straße 105.
 Spandau: Jubilaums-Turnhalle, Ecke Astaniering und Moritzstraße.
 Siemensstadt: Masand, Kommandant-Allee.
 Staaken: Wolff, Spandauer Straße.
 Wilmersdorf: Viktoriagarthen, Wilhelmsau.
 Wannsee: Reichsadler, Königstraße 27.
 Schöneberg: Chamissostraße, Barbarossastraße.
 Friedenau: Bürgeraal, Rathaus am Lauterplatz.
 Lankwitz: Realgymnasium, Kaufbachstraße.
 Lichterfelde: Oberrealschule, Ringstraße.
 Mariendorf: Graf, Chausseestraße 303.
 Tempelhof: Kurfürst, Dorfstraße Ecke Berliner Straße. (Beamtensversammlung.)
 Neukölln: Wintergarten (Schultheiß), Hafenside 22.
 Brhl: Gesellschaftshaus, Chausseestraße 96.
 Rudow: Heinze, Juliuspark.
 Niederschönhausen: Aula Mädchenfchule, Berliner Straße 31.
 Johannishtal: Bürgergarten, Parkstraße 26.
 Treptow: Reichshtle, Am Treptower Park 26.
 Eichwalde: Witte, Kaiser-Friedrich-Straße 1.
 Friedrichshagen: Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 137.
 Grünau: Restaurant Jägerhaus.
 Lichterberg: Cecillien-Ujzeum, Rathausstraße.
 Mahlsdorf: Anders, Bahnhofstraße.
 Kaulsdorf: Schule, Adolffstraße 26.
 Weikensee: Stadthalle, Viktoriusstraße 17.
 Pankow: Linder, Breite Straße 32.
 Niederschönhausen: Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11.
 Buch: Göpfer, am Bahnhof.
 Reinickendorf: Schönlhaus, Residenzstraße 1.
 Tegel: Strandfchloß.
 Redner: Aufhäuser, Erwin Barth, Bubli, Brüdner, Kob, Breuer, Brodal, Clajus, Dittmer, Edhardt, Dr. Friedländer, Jansenberg, Dr. Fabian, Gutschmidt, Händel, Wd. Hoffmann, Henke, Hermes, Hah, Dr. Herz, Krause, Kohle, Dr. Kawerau, Ecna Kreffe, Käming, Kullner, Künstler, Klotz, Kreuziger, Leid, Landa, Lisse, Lempert, Dr. Lohmann, Lüdemann, Dr. Levi, Otto Meier, Nieli, Dr. Moses, Voelch, Pfannkuch, Dr. Roeder, Rohde, Reuter, Rojemann, Reimann, Elisabeth Riedger, Adele Schreiber, Stellung, Karl Schneider, Elie Scheibenhuber, Dr. Treitel, Minna Todenhagen, Thurm, Ulrich, Wels, Dr. Weinberg, Wermuth, Clara Weyl, Jubel.
 Tagesordnung:
 „Eine ernste Mahnung in letzter Stunde. — Stärkt den Einfluß der Sozialdemokratie in der Gemeinde Berlin. — Wählt am Sonntag Sozialdemokraten.“

Jugendveranstaltungen.

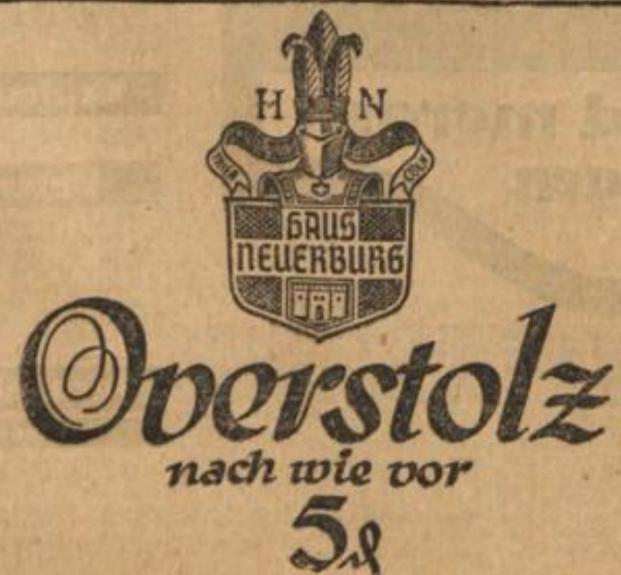
B.-E.-Sitzung heute 7 1/2 Uhr im Sekretariat, Lindenstr. 2.
 Mitglieder! Zur proletarischen Revolutionsfeier am Sonntag, den 8. November, im Großen Schauspielhaus sind Karten zum ermäßigten Preise zu haben. **Wichtig!** Kartenangelegenheiten! Erst hat, daß die noch ausstehenden Kartenmarken abgerechnet oder dem Sekretariat zurückgegeben werden.
 Heute, Donnerstag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
 Geländebewandern: Schule Götterhagen, Str. 2, Wilmersd.; „Anstaltungslehre“; — Scharnhöfer Bastion 1; Schule Jähren, 17, Wilmersd.; „Das neue Schulgesetz“; — Südwest: Der Reichsbund für die Besetzung der Besetzungsausschüsse der Partei im Sitzungslokal des Bezirksamts Kreuzberg, Nordstr. 11. Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr. — Schwanenbühl: Rathaus, Berliner Platz, Wilmersd.; „Bermann Wans“; — Rüdertstraße: Jugendheim Wilmersd., 14, Wilmersd.; „Reichsbund“; — Werdohlstraße: Jugendheim Langer Straße, Wilmersd.; „Revolutionsfeier“; — Wie müssen erscheinen.

Für die Verteilung des Arbeiterblattes Reichlich Berlin aus eigenen Werken am Sonntag, 1. November, 8 Uhr, in der Aula des Ambrosius-Realgymnasiums, Rappentier, 76 (nahe Schloßpark) und für Mitglieder der G.A.S. Karten zum Preise von 2 Pf. im Jugendsekretariat zu haben.

Briefkasten der Redaktion.

Jacob. Der Austritt muß zu Verstoß des Gerichtsverfahrens des Antisemitismus werden. — H. S. Johannisthal. Der Bericht hat in der Zeit vom 1. bis 10. Februar und vom 1. bis 10. August jeden Jahres der Kreisverwaltung über, wenn eine solche nicht besteht, den Kreisern auf ihren Verlangen die Verwendung der Gelder für kaufende Justizbeamten nachzuweisen. — G. S. 4. Auf Revisionen, die jederzeit bei den Staatsanwaltschaften hinterlegt wurden, finden die Aufwertungsarbeiten keine Anwendung, vielmehr greift ihnen gegenüber die individuelle Aufwertung durch Urteil des ordentlichen Gerichts ein, sofern eine ständige Verbindung nicht möglich ist. Klage ist gegen die Städtischen Beamten, Staatsanwaltschaft, zu richten. — H. S. 2. 1. Ihre Orden, 2. Ihre Frau und Kinder, 3. und 4. Frauen Sie bei der Industrie- und Handelskammer in Berlin an. — H. S. 2. Kaulsdorf, 1. So, 2. Klein. — 100 Pf. 3. G. S. des Aufwertungsgesetzes findet nur bei Vermögensgegenständen Anwendung, wenn aus Verträgen ergeben. Die Aufwertung erfolgt aber nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts, wenn es sich um Vermögensgegenstände handelt. — H. S. 24. 1. und 2. Berlin kann man unter Umständen einen unvollständigen Wettbewerb erlassen. 3. Die Firma muß in das Handelsregister eingetragen werden. — H. S. 24. Die Vernehmung eines Beamten durch den Vater ist nur dann zulässig, wenn ihm zur Zeit seines Todes die gesetzliche Gewalt über den Kind zugeht. 2. Die Vernehmung des Beamten erfolgt durch leitende Beamten.

Wetter für Berlin und Umgegend. Weilt bewölkt und sehr mild. Koch einzelne leichte Regenschläge der frühen (abendlichen) Stunden. — Für Deutschland. In Nord- und Mitteldeutschland viel Regen, auch im Nordosten langsame Temperaturzunahme.



Die neue Tabaksteuer belastet unsere bekannte Overstolz-Zigarette erheblich stärker als bisher und hätte eine Preiserhöhung von 5 Pf. auf 6 Pf. gerechtfertigt. Overstolz war bisher die meistgerauchte 5 Pf.-Zigarette Deutschlands, eine Preiserhöhung hätte für viele Overstolz-Kraucher den notwendigen Verzicht auf ihre gewohnte Marke für uns eine wesentliche Einschränkung der Betriebe bedeutet. Wir lassen daher den alten Preis bestehen und versuchen eine gerechte Verteilung der Mehrkosten:

Der von uns als Hersteller übernommene Anteil belastet unsere Rechnung schwer, wir müssen sie durch eine weitere Steigerung des Umsatzes tragbar machen.

Dem Händler haben wir das Opfer zugemutet, sich bei der Overstolz mit einem geringen Nutzen zu begnügen und einen Ausgleich darin zu erblicken, daß diese gute Zigarette bestimmt leichter verkäuflich ist als andere Marken.

Den Käufer bitten wir, auf äußerlichkeiten zu verzichten und damit einverstanden zu sein, daß die Packung demnächst noch weiter vereinfacht wird.

So bleibt die Qualität die alte, gemessen an der Preislage noch ungewöhnlicher als bisher!

Das Ende des Sichel-Konzerns.

In neun Monaten das ganze Kapital verloren.

Am Dezember 1924 erklärte Dr. Ganz, Ehren doktor der Philosophie und Geschäftsinhaber der Zul. Sichel u. Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, gestützt auf seine in einer blendenden und „sehr vorläufigen“ Goldbilanz entwickelten Konzernmacht, daß der Sichel-Konzern ins Ausland gehen werde, wenn die Doppelbesteuerung seiner Gesellschaft aufrechterhalten werde. Seine stolze Drohung fand allseitige Beachtung. Er sprach die Zuversicht aus, daß die Aktionäre gute Dividenden erwarten können. Der Geschäftsbericht vom 14. Oktober 1925, unterzeichnet von demselben Dr. Ganz, gibt eine Bilanz für das Jahr 1924/25, nach der das gesamte Aktienkapital verloren ist. Der Sichel-Konzern, vor zehn Monaten noch ein scheinbar durchaus lebensfähiger Komplex von 7 Eisenhandelsfirmen, 10 Eisenerbeiterwerken, 7 Kohlen- und Desfirmen, einer Schiffahrts- und einer Bankfirma (Westbank, Frankfurt a. M.) ist als Konzern eine Leiche. Noch etwas früher hatte das Schicksal die A. G. für Industriewerke Luzern (die Holdinggesellschaft des Sichel-Konzerns für die Auslandsunternehmungen, kurz „Agfi“ genannt) ereilt, die heute in Liquidation steht. Von beiden Gesellschaften gehört heute den Aktionären nichts; die Bank- und Warengläubiger, die für den Sichel-Konzern am 9. September dem Antrag auf Geschäftsaufsicht zugestimmt haben, müssen aus der Konzernmasse sich Bezahlung für ihre Forderungen zu schaffen suchen.

Der Werdegang des Konzerns.

Die Geschichte des Sichel-Konzerns und seines Zusammenbruchs hat sich aus mehreren Gründen der Kenntnis der Öffentlichkeit und der Arbeiterschaft mehr entzogen als die anderer Inflationskonzerne. Sein Ausgangsgebiet war der Eisenhandel. Als Eisenhandelsfirma existierte die Sichel u. Co. seit über 100 Jahren; sie machte gute Geschäfte, fiel aber in der Dessenlichkeit weniger auf als etwa Stinnes oder Stumm. Sein Hauptarbeitsgebiet war der Westen Deutschlands (Rheinprovinz, Baden). Er hatte eine Ritterstellung zwischen den Eisenverbrauchern Westdeutschlands und der lothringisch-luxemburgischen Eisen- und Stahlerzeugung. Seine Ausdehnung vollzog er in der Hauptsache nicht wie Stinnes in der Zeit der Hochinflation, sondern früher in der Nachkriegszeit. Zudem verlegte er die Dachgesellschaft für die durch den Kriegsausgang ins französische Zollgebiet gekommenen lothringisch-luxemburgischen Interessen in die Schweiz. Die sehr komplizierten Finanztransaktionen dabei, erschwerten die Kontrolle der Dessenlichkeit.

Die innere Geschichte des Konzerns ist aber dieselbe wie die des Stinnes-Konzerns: eine unverständige Ausdehnung auf Schwere aller Art, die die unvernünftige Idee der Angleichung von Verbrauchern bald erstickte, und eine ungeschickte Leitung in der schwierigen Zeit nach der Stabilisierung der Währung, die zur Hochhaltung des Konzernrenommées ihre in Schwierigkeiten geratenen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften mit schweren Verlusten durchschleppte und den Anschluß an die notwendige Abstoßung von Beteiligungen verweigerte. Verpflichtungen und Verluste bei der Luzerner Dachgesellschaft kamen hinzu. Allerdings fehlte es auch nicht an unerschöpflichen Momenten bei der rapiden Herausbildung der Zahlungsunfähigkeit. Die Eisenhandelsfirmen, deren Erträge die Konzernhätten sanieren müssen und die tatsächlich steigende Monatsumläufe in den drei Halbjahren 1924 und 1925 hatten (von 900 000 auf über 2 Millionen Mark), kamen durch das Scheitern der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen in Schwierigkeiten. Es mußte in bar gekauft und bezahlt werden, was sonst in Konsignationslager gegangen wäre. Als die „Agfi“ (Luzern) in Schwierigkeiten kam, zogen die Großbanken ihre Aufsichtsräte aus dem Sichel-Konzern heraus, die Kredite wurden gekündigt, die Lieferanten verlangten Bezahlung. Die Konzernkrise, die seit dem Beginn der Stinnes-Stilgung alle Inflationskonzerne bedroht erscheinen ließen, gab den Rest.

Die Zusammenbruchbilanz.

Die Bilanz des Sichel-Konzerns zum 30. Juni 1925 (es lag früher eine etwas günstigere Bilanz für die Eröffnung der Geschäftsaufsicht zum 31. August vor) ist schon als Liquidationsbilanz aufgemacht. Sie weist gegenüber der Goldmarkeröff-

nungsbilanz von vor einem Jahre furchtbare Verwüstungen auf. Ein einziger Posten aus der Goldbilanz ist erhalten, sogar durch Zubauten für das Bureauhaus in Frankfurt etwas erhöht: der Grund- und Hausbesitz mit 735 000 M. (in der Goldbilanz 500 000 M.). Die Effekten und Beteiligungen, der Hauptbesitz der Gesellschaft, im Vorjahr mit 22,54 Mill. M. bewertet, zeigen eine Verlustabschreibung von 12,62 Mill. Die Gesamtdifferenz beträgt sogar 15,19 Mill. Der Unterschied von 2,57 Mill. dürfte sich aus den Verkäufen von Beteiligungen erklären, die inzwischen vorgenommen wurden (2 Eisenerbeiterwerke, die Des-, die Westbankbeteiligung und einige kleinere). Bei den ausstehenden Forderungen des Konzerns wurden 4,8 Mill. Verlustabschreibungen vorgenommen, insbesondere bei den Eisenhandelsfirmen und Chem. Fabrik für Hüttenprodukte A.-G., Düsseldorf-Oberkassel. Aber nicht nur die Aktiven sind zusammengeschrumpft, die Passiven sind erhöht. Aus den geleisteten Bürgschaften wird eine Inanspruchnahme von 1,1 Mill. erwartet, die als Schulden zu bewerten sind. Ein neues Konto Darlehen mit 1,36 Mill. ist erschienen und endlich mußten 3,25 Mill. Forderungen an die Luzerner Gesellschaft als zweifelhaft unter die Passiven aufgenommen werden. So stehen 10,2 Mill. Aktiven 31,7 Mill. Passiven gegenüber, was einem Verlust von 21,5 Mill. gleichkommt oder dem Verlust des gesamten Aktienkapitals von 20 Mill. und des größeren Teiles der Reserven von 2 Mill.

Die Bilanz ist zweifellos sehr pessimistisch, wie es bei einer Liquidationsbilanz die die Auflösung des Geschäfts und den Verkauf der Aktiven vorsehen muß, natürlich ist. Die Millionenforderung an Luzern trägt voll zum Verlust bei. Bieleicht holt der Sichel-Konzern aus der Liquidationsmasse der Agfi, bei der er Gläubiger ist, noch etwas heraus. Der mögliche Verkaufswert der Eisenhandelsfirmen (für die sich französisch-luxemburgische Kreise interessieren sollen) kann höher sein, als er in den Beteiligungen bewertet ist. So können die Aktionäre noch Hoffnungen haben. Aber der Hauptposten der Aktiven sind doch Industriebeteiligungen. Auf ihm haben aber die Gläubiger die Hand, und man weiß aus dem Fall Stinnes, wie schwer Effektenpakete mit Gewinn zu verkaufen sind.

Lehren des Zusammenbruchs.

Es ist bedauerlich, daß nicht auch im Fall Stinnes eine solche Bilanz erstellt zu werden brauchte. (Das Hans Stinnes war G. m. b. H.) Die Abschlußbilanz der Stinnes hätte zur Klarstellung der Vorgänge mehr beigetragen, als noch so viele Vermutungen der Dessenlichkeit und Kommuniqés der Banken. Man muß daher das Bilanzbild des Sichel-Konzerns begründen als wichtige Aufklärung über das Ausmaß und das Tempo, in welchem bei den Inflationskonzernen die Zerstörung von Kapitalwerten erfolgt. Noch im Juli bestand nicht nur im Sichel-Konzern, sondern auch in der Dessenlichkeit die größte Zuversicht über das Schicksal des Konzerns. Ein führendes Handelsblatt Westdeutschlands berichtete, daß der Sichel-Konzern so fest stehe, daß er für den Verkauf seiner Beteiligungen die beste Zeit abwarten könne. Anfang September versprach die Verwaltung den Aktionären noch bestimmt die Erhaltung des Aktienkapitals. Heute wird das Kapital als verloren erklärt.

Der Sichel-Konzern wird nicht gestützt werden. Im Gegensatz zu Stinnes, Stumm und den anderen war er unvorsichtig genug, einmal eine Dachgesellschaft nach Schweizer Recht und in Schweizer Währung zu stiften, die die deutsche Währung nichts angeht, zum anderen keine kurzfristigen Dollar- oder Pfundschulden zu haben, die allein der Kredit der deutschen Valuta zu fürchten hat. So wird sein Schicksal ausschließlich den Gläubigern überlassen sein. Auch dieser Unterschied gegenüber den anderen Konzernen ist für die Dessenlichkeit wichtig. Läßt er doch über alle Zerstörung von Kapitalwerten hinaus die Belastung erkennen, die die Inflationskonzerne unserer ehemals so viel gepriesenen Wirtschaftsführer nicht nur für die Volkswirtschaft, sondern auch das Vertrauen des Auslandes in die Kreditwürdigkeit der deutschen Wirtschaft und in die Zukunft der deutschen Valuta bedeuten. R.-r.

es bedeutet, wenn die USA. als das typische Land des Autos immer zitiert werden. Die deutsche Ziffer mit 256 000 (193 000) verschwindet demgegenüber vollständig. Während die Vereinigten Staaten auf 6 Menschen einen Kraftwagen zählen, sind es bei uns 244. Auch gegenüber dem Weidurchschnitt mit 84 auf einen Wagen bleiben wir noch weit zurück. Amerika am nächsten stehen Kanada mit 14, Neuseeland mit 18, Australien mit 27 Personen auf ein Auto. In größeren Abständen folgen dann England mit 60, Frankreich mit 71, Argentinien mit 75 und Schweden mit 95. Erst an zehnter Stelle kommt Deutschland.

Man kann verschiedener Meinung sein, ob die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auch davon abhängig ist, daß Deutschland mit der Zeit der einzelnen und der Massen sparamer umzugehen lernt. Die heutige Ueberlegenheit vieler unserer Konkurrenten auf dem Weltmarkt dürfte aber nicht zum wenigsten in der größeren Deconomie beruhen, die ihr ausgedehnter Kraftwagengebrauch der Zeitanwendung ihrer Bevölkerung bringt. Ob es da vernünftig war, nur um eine Industrie zu schützen, die Versorgung Deutschlands mit Kraftwagen durch Zölle zu verteuern, muß man daher sehr bezweifeln.

Verschiedenartige Valutanöte.

Risikofolg der französischen Sanierungsanleihe.

Wie uns ein Eigenbericht aus Paris meldet, ist die Zeichnung auf die im Juli aufgelegte französische Konsolidierungsanleihe, deren Frist zweimal verlängert worden war, am Dienstag früh geschlossen worden. Der „Paris Soir“ meldet nun, daß Caillaux das Ergebnis der Zeichnung auf rund 6 Milliarden beziffert hat. Nach den von Caillaux seinerzeit im Parlament gegebenen Erklärungen soll diese Anleihe, die mit einer Garantie gegen eine weitere Verschlechterung verbunden ist, dazu dienen, die schwebenden Schulden Frankreichs zu konsolidieren. Sie belaufen sich unter Ausschluß der Schahobligationen mit dreijähriger Laufzeit auf rund 70 Milliarden. Wenn man auch in den der Regierung nahestehenden Kreisen nicht mit einem solchen Ergebnis gerechnet hatte, so wurde damals doch gehofft, auf diese Weise etwa 60 bis 70 Proz. der täglich fälligen Verbindlichkeiten des Staates, also 40 bis 45 Milliarden, damit erzielen zu können. Das tatsächliche Ergebnis steht dazu in einem kläglichen Missverhältnis und stellt ein neues Flasco der Caillauxschen Finanzpolitik dar, wie es elastischer kaum gedacht werden kann.

Für die deutsche Industrie ist die Unsicherheit, die auf der französischen Währung lastet und die sich nach dem Scheitern der Sanierungsanleihe verschärfen muß, von schwerem Rachteil. Die französische Valutakonturzen war unser Hochschuldhörsner seit langem ein willkommenes Vorwand für die Verfolgung ihrer eigensüchtigen Interessen.

Dänemark befürchtet einen zu hohen Kronenkurs.

Ministerpräsident Causse Stauning legte am Dienstag den neuen Valutastabilisierungsplan im dänischen Reichstag vor. Der Plan brachte eine große Ueberraschung insofern, als die Nationalbank nicht mit der Kronensteigerung mitgehen will, sondern sich nur verpflichtet, eventuell einen Kronenkurs von 86 Goldbören zu halten, während der gegenwärtige Börenkurs 92 bis 93 Goldbören beträgt. Dazu verlangt die Nationalbank einen neuen Valuta-Unterstützungsfonds mit einer Erweiterung der staatlichen Garantie für die Krone. Sie lehnt weiter ab, die Krone auf Pari zu bringen und meint, daß das erst im Verlauf langer Jahre geschehen könnte. Die pessimistische Haltung deckt mit einem Schläge die ganze wirtschaftsgefährdende Künstlichkeit der Kronenhause dieses Sommers in Dänemark auf, die sich u. a. auch in einer Ueberbewertung mancher Nahrungsmittel, wie Butter ausgewirkt hat, wie wir sie viel von Dänemark beziehen.

Die Fortsetzung der Eisentrustverhandlungen.

Gestern, Mittwoch, fanden in Berlin zwischen den Vertretern der beteiligten Konzerne weitere Besprechungen über die Bildung eines rheinisch-westfälischen Eisentrusts statt. Auch diesmal kam es noch nicht zu einem endgültigen Abschluß. Es wurde vielmehr die Bildung einer Studien-Gesellschaft beschlossen mit einem Aktienkapital von 50 000 M., um die Einzelheiten zu prüfen. Hauptächlich wird es sich darum handeln, Frühling mit den Regierungskreisen zu nehmen wegen der Steuerfrage, aber auch etwaige noch bestehende Differenzen zwischen den Interessenten durch eingehende und fortgesetzte Verhandlungen zu beseitigen.

Wie verlautet, soll die Studien-Gesellschaft den Namen „Vereinigte Stahlwerke A.-G.“ erhalten.

Konkurse und Geschäftsaufsichten. Wie nach der Verschärfung der Kapital- und Kreditrisse in den letzten Monaten zu erwarten war, haben sich die Konkursmeldungen und Geschäftsaufsichten im Monat September ziemlich beträchtlich erhöht. Die Konkurse stiegen auf 914 gegen 751 im August und 797 im Juli. Die Geschäftsaufsichten vermehrten sich auf 459 gegen 379 bzw. 375. Die Konkurse haben damit den Monatsdurchschnitt der Vorkriegsjahre nicht unerheblich überschritten, eine Tatsache, die man ohne falsche Sentimentalität begrüßen darf. Die Einzelinsolvenzen sind auch diesmal am stärksten beteiligt. Immerhin nimmt die Zahl der beteiligten Kapitalgesellschaften ständig zu. Bei den Konkursen ist ihr Anteil vom Juli bis zum August von 200 auf 238, bei den Geschäftsaufsichten sogar von 95 auf 145 gestiegen; davon Aktiengesellschaften von 24 auf 47. Bedauerlich ist, daß bei den unter Geschäftsaufsicht stehenden Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. die den Geschäftsaufsichtsbehörden ja bekannten Vermögens- und Schuldensummen nicht angegeben werden, was zweifellos ein wichtiger Beitrag zur Durchleuchtung der gegenwärtigen Wirtschaftslage wäre. In der Verteilung auf die einzelnen Gewerbezweige steht der Warenhandel mit 424 Konkursen den anderen immer noch voran. Sein Anteil ist aber relativ stabil geblieben, während der Anteil der Industrie mit 378 Konkursen beträchtlich gewachsen ist. Bei den Geschäftsaufsichten hat die Industrie mit 220 den Warenhandel mit 183 überholt. Auch zwei bergbauartige Gewerkschaften sind diesmal unter den Konkursen. Am niedrigsten beteiligt ist immer noch die Landwirtschaft. Doch wird sich das Bild wahrscheinlich im Laufe des Winters, wenn ein großer Teil der Landwirtschaftskredite zu zahlen sein wird, wahrscheinlich ändern. Für die kommenden Monate muß man überhaupt mit einem steilen Ansteigen der Konkurs- und Geschäftsaufsichtskurve rechnen, wobei die Konkurse noch stärker zunehmen werden. Für die erste Oktoberhälfte wird jetzt schon von 1185 Konkursanmeldungen berichtet, was für den ganzen Oktober mehr als eine Verdreifachung der Septemberzahlen bedeuten würde. Dabei dürften allerdings viele Anträge sich befinden, bei denen eine Eröffnung des Verfahrens wegen Mangels an Vermögensmasse unterbleibt.

Zunahme des deutschen Kraftverkehrs.

Die Zahlen, die das Statistische Reichsamt über den Bestand an Kraftfahrzeugen in Deutschland am 1. Juli dieses Jahres veröffentlicht, lassen keinen Zweifel, daß Deutschland seinen Verkehr immer stärker motorisiert. Während im Jahre 1914 im ganzen rund 84 700 Krafttrader, Personen- und Lastwagen gezählt wurden, waren es am 1. Juli 1925 nicht weniger als rund 425 800. Auf ein Kraftfahrzeug entfielen 1914 750, 1925 nur mehr 147 Einwohner. Die Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge hat sich also reichlich verdreifacht. Charakteristischerweise entfällt das Hauptwachstum auf die letzten beiden Jahre der Inflation und das erste Jahr der Stabilisierung. In den 8 Jahren von 1914 bis 1922 stieg nämlich die Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge nur knapp auf das Doppelte, von 84 700 auf 165 700; wobei sicher die Sonderanschaffungen für Kriegszwecke den Hauptanteil an der Vermehrung beitrugen. In den drei Jahren 1923 bis 1925 dagegen stiegen die Zahlen von 165 700 auf 425 800, was ein um reichlich das dreifache schnelleres Wachstum bedeutet. Am stärksten ist dabei der Gebrauch der Motorräder (Großkrafttrader) gestiegen. Er hat sich seit 1914 mit heute 161 500 Stück verdreifacht, im Lauf der letzten 3 Jahre mehr als verdreifacht. Wahrscheinlich der deutschste Ausdruck für die Auswirkungen sowohl der Inflation bei den kaufkräftigen Kreisen der Landwirtschaft als der Bemühungen der kleineren Leute der Großstadt, vom Segen des Autos auch etwas zu haben. Der Gebrauch eigentlicher Privatpersonenwagen zeigt eine geringere Zunahme. Nicht ganz verdreifacht gegenüber 1914, ist er mit 157 800 Wagen gegenüber 1922 mehr als verdoppelt. Die Droschken und Autobusse im öffentlichen Verkehr blieben von 1914 bis 1924 fast stabil. Ihre Zahl stieg in den 10 Jahren von 7700 auf nur 9300, um aber im Jahre 1924/25 auf einmal einen mächtigen Sprung auf 14 000 zu machen. Nur die Personenautomobile der Behörden (Post, Heer, Marine, Polizei, Gemeinden) schneiden in der Statistik schlecht ab. Offenbar durch den Krieg gefährdet, zeigt das Jahr 1922 noch eine Zunahme gegenüber 1914 von 1258 auf 3821, um 1923 und 1924 auf 3000 zurückzugehen. Aber auch für sie brachte der 1. Juli 1925 eine Bestandserneuerung auf fast 3800 Stück.

Für den Lastkraftwagengebrauch machten die Kriegsgewinne der Industrie die große Konjunktur. Bis 1922 stieg ihre

Zahl von rund 9000 auf 43 500. Die beiden Inflationsjahre brachten eine Steigerung auf 60 600. Das Fieber der Rationalisierung des letzten Jahres ließ die Ziffer auf 80 200 hinaufgehen. Prozentual die größte Erigerung zeigten dabei die kleinen Lastkraftwagen bis 2000 kg Eigengewicht, die sich seit 1922 auf das Dreifache erhöht haben (26 400). Der Hauptanteil dürfte wohl auf die kleinen billigen Lieferwagen davon fallen. Das Transportgewerbe, die Handels- und Gewerbebetriebe steigerten ihren Anteil von 1922 bis 1925 von 29 300 auf 45 200. Langsam in den letzten 3 Jahren (von 1300 auf 2200), aber enorm gegen 1914 ist die Ziffer der Lastkraftwagen in den forst- und landwirtschaftlichen Betrieben gestiegen. Mit 2230 im Jahre 1925 ist sie gegenüber 76 im Jahre 1914 verdreifacht. Ein durchaus erfreuliches Zeichen, wenn diese Steigerung nicht, wie die Statistik deutlich erkennen läßt, mit den Inflationsgewinnen der Landwirtschaft erkauft worden wäre. Abgerundet wird das Bild durch jenen Kraftwagensektor, der im allgemeinen Interesse erfolgt. Die Feuerlösch- und Straßeneinigungswagen erfuhr von 1922 bis 1925 eine Steigerung von 1278 auf 8290 Stück, was eine sehr kostspielige, sicher aber, auch für die Industrie, nicht nur für die Dessenlichkeit eine sehr nützliche Sache war.

In der Verteilung auf die einzelnen Gebietsteile Deutschlands zeigen sich sehr große Unterschiede. Die stärkste Motorisierung des Verkehrs zeigt nicht Berlin, sondern Hamburg mit 106 Personen der Bevölkerung auf ein Kraftfahrzeug. Ihm folgt Berlin mit 109, Bremen mit 116, das Rheinland mit 117 und der Freistaat Sachsen mit 118. Relativ am schwächsten ist sie in Oberhessen erfolgt, wo 603 Personen auf ein Kraftfahrzeug kommen, worauf Ostpreußen mit 316 und Posen-Westpreußen mit 244 Personen folgen. Bedauerlich an der Statistik ist, daß die kleinen Personenwagen, deren Gebrauchsziffern die Einbürgerung des Autos als Volkswagen erkennen lassen könnten, nicht getrennt aufgeführt werden.

So erfreulich dieses Bild des Kraftverkehrs in Deutschland scheint, so sehr ist die Verwirklichung des „Time is Money“ (Zeit ist Geld) in Deutschland hinter den meisten anderen Ländern noch zurück. Den Weltbestand an Personen- und Lastkraftwagen (ohne Krafttrader) schätzte man 1925 auf 21,4 Millionen (1924 18,1 Millionen) davon fallen auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika allein 17,7 (15,1) Millionen. Erst diese Ziffer läßt so recht erkennen, was

Klassenjustiz oder nicht?

Justizdebatte im Landtag.

Der Landtag trat gestern in die erste Beratung der Novelle zum Preussischen Ausführungsgesetz zum Finanzausgleichsgesetz ein, das den Staatsrat in seinem letzten Sitzungsabschnitt beschließt hat.

Finanzminister Dr. Höpker-Schhoff erklärte: Die Vorwürfe der Wirtschaft, daß der Wirtschaft zuviel Steuern entzogen würden, seien für 1924 nicht unberechtigt. Es sei grundsätzlich falsch, aus der Wirtschaft mehr als den notwendigen Bedarf herauszuziehen und die Mehrerträge hiernach wieder der Wirtschaft in Form von Zuschüssen und Krediten zuzuführen. Im Jahre 1925 hätten die Zölle und Verbrauchssteuern den Boranschlag überschritten, die Vermögenssteuer sei aber hinter dem Boranschlag zurückgeblieben, weil die Zahlungstermine am 15. Mai und 15. August aufgehoben worden seien. Die Ueberweisungsteuern seien für Preußen von der allergrößten Bedeutung. Er müsse anerkennen, daß in weiten Kreisen der Beamtenkreise Not herrsche, aber die Staatsfinanzen zwingen ihn zur äußersten Sparsamkeit auf allen Gebieten. Inzwischen seien für Unterstützungen und Kostensubventionen vermehrte Mittel zur Verfügung gestellt worden, die Rückzahlung der Zuschüsse sei erleichtert worden. Das Reich habe das Auskommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1925 mit zwei Milliarden in den Boranschlag eingestellt, die preussische Finanzverwaltung rechne aber mit einem Auskommen von 2250 Millionen. Die Mehreinnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer seien also in dem berichtigten Haushaltsplan bereits berücksichtigt und stellten keine Reserve dar; es sei nicht zu erwarten, daß der Fehlbetrag eine wesentliche Verminderung erfahren werde. Die Finanzverwaltung müsse daher die Ueberwälzung des Vorjahres in diesem Jahr verbrauchen und komme in Gefahr, am 1. April 1926 ohne jeden Betriebsfonds zu sein. Durch die Novelle zum Finanzausgleichsgesetz werde der Anteil der Länder und Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer vom 1. Oktober 1925 ab von 90 auf 75 Proz. ermäßigt, der Anteil an der Umsatzsteuer von 20 auf 35 Proz. erhöht. Da das Land und die Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zunächst je mit der Hälfte, an der Umsatzsteuer aber der Staat mit zwei Fünfteln und die Gemeinden mit drei Fünfteln beteiligt seien, so komme das Mehr an Umsatzsteuer in verstärktem Maße den Gemeinden zugute. Dies sei mit der Lage der Staatsfinanzen nicht vereinbar, und darum schlage der vorliegende Entwurf vor, das Land und die Gemeinden auch bei der Umsatzsteuer je mit der Hälfte zu beteiligen. Der Staat verzichte dafür zugunsten der Gemeinden auf die Gebühren der Auftragsverwaltung. Im übrigen regle der Entwurf den Ausgleich unter den Gemeinden selbst.

Abg. Hirsch (Soz.):

Die Hilfsaktion zugunsten der unteren Beamten, von der der Herr Finanzminister uns soeben Mitteilung machte, befriedigt meine Freunde in keiner Weise. (Sehr richtig bei den Soz.) Gewiß, wir verkennen nicht, daß die Finanzlage des Staates keineswegs gut ist. Aber darunter dürfen doch die unteren Beamten nicht in der Weise leiden, wie das heute der Fall ist. Wir bedauern auf das Lebhafteste, daß die Regierung dem, soviel ich weiß, einstimmig gefassten Beschluß des Hauptauschusses auf Gewährung einer Zulage an die Beamten der unteren Gruppen keine Folge geleistet hat. Wir behalten uns vor, in aller nächster Zeit entsprechende Anträge zu stellen.

Es ist bedauerlich, daß es auch jetzt noch nicht möglich ist, den Finanzausgleich endgültig zu regeln. Auf die Dauer ist es ein ganz unhaltbarer Zustand, daß eine Verordnung oder ein Gesetz fortwährend durch neue Verordnungen und neue Gesetze ergänzt wird. Nun liegt wieder eine neue Änderung vor. Die Vorlage, die uns augenblicklich beschäftigt, ist wiederum auf kurze Zeit befristet, so daß wir uns bald aufs neue mit der Materie werden beschäftigen müssen. Wir haben gegen die Vorlage zur Änderung des preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz verschiedene schwere Bedenken. Die Vorlage bedeutet eine weitere Schwächung der Finanzkraft der Gemeinden, insbesondere der großen Städte. Und sie bedeutet weiter einen neuen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. Die Finanzlage der Gemeinden mögen einige Zahlen illustrieren: Berlin muß, wenn es seine Einkommen seinen Aufgaben gerecht werden will, mit einer Steuereinnahme von 25 Millionen M. pro Monat rechnen. Diese Einnahme ist auch bis zum August erreicht worden; im September jedoch trat ein Rückgang bis auf rund 14 Millionen ein. Ähnlich liegen die Dinge in anderen Städten. Vor kurzem ist eine sehr interessante Abhandlung des Stadtkämmerers von Essen über die Verhältnisse der Gemeinden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erschienen. Der Stadtkämmerer weist in einer Statistik, die sich auf 67 Gemeinden des Industriegebietes bezieht, nach, daß die Höhe des ungedeckten Fehlbetrages auf den Kopf des Einwohners im Jahre 1925 3,96 M. gegen 0,06 im Jahre 1914 betrug.

Charakteristisch ist es, daß von den gesamten Nettoausgaben nach dem Haushaltsplan für 1925 auf Zwangsausgaben der Gemeinden nicht weniger als 95,78 Proz. entfallen, auf freiwillige Ausgaben nur 4,22 Proz. Von diesen Zwangsausgaben entfallen auf die in den Gemeinden seit 1914 übertragenen neuen Wohlfahrtsausgaben 13,58 Proz., auf Zuschußbedarf für Wohlfahrtspflege 20,52 Proz. und auf Zuschußbedarf für Schulen 30,07 Proz. Man sieht also, daß die Ausgaben der Gemeinden für kulturelle Zwecke gestiegen sind, und wenn man den Gemeinden Sparsamkeit predigt, diese dann eigentlich nur auf Kosten der sozialen Aufgaben vor sich gehen müßte. Wir erwarten, daß das nicht die Absicht der Regierung ist.

Wir bedauern ferner, daß in der Vorlage von einer endgültigen Regelung der Hauszinssteuer keine Rede ist. Die Hauszinssteuer ist die antisozialste Steuer, und ihre teilweise Bewertung zur Deckung des Finanzbedarfs kann auf die Dauer nicht geduldet werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorlage wird an den Hauptauschuss überwiesen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Justizministeriums wird fortgesetzt.

Berichterstatter Abg. Dr. Gejamel (Dem.) führt u. a. an, daß der Ausschuss die sofortige Einbringung eines preussischen Ordnungsgesetzes verlangt habe.

In Beantwortung einer Großen Anfrage der Sozialdemokraten über die Aufhebung des Verbots des Vorkummes durch den Amtsgerichtsrat v. Steuber erklärt der Staatssekretär, daß der Generalstaatsanwalt in Celle angewiesen worden sei, ein Disziplinarverfahren gegen den Richter einzuleiten, dieses aber von den zuständigen Instanzen abgemieden worden sei.

Abg. Brüderer (Soz.)

eröffnet die allgemeine Aussprache mit der Erklärung, daß die Sozialdemokraten dringend die Durchführung der sogenannten Justizreform fordern. Dann wendet sich der Redner gegen die

einseitige Justiz. Auf Grund unzähliger Urteile sind wir gezwungen, von einer monarchistisch-republikfeindlichen Rechtsprechung zu reden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wohl sind die Richter unabsehbar, aber sie sind doch versehbar, und es wird durchaus nicht schaden, wenn das Justizministerium gegen die bewußten Gegner der Republik mit dem Mittel der Befragung vorgeht. (Zuruf rechts: Geht nicht!) Sie werden mir nicht einreden wollen, daß man nicht einen Richter am selben Orte einfach in das Grundbuchamt versetzen kann. Das ist sehr wohl möglich. Wir haben wieder einmal eine lange Reihe von Urteilen zum Vortrag zu bringen, die deutlich zeigen, wie stark republikfeindlich unser Richtertum eingestellt ist. Der deutschpolitische Fraktionssekretär Fahrenhorst wird für die Beleidigung der Farben der Republik — er erklärte: „Reicht ihn herunter, den Feind der Republik Schwarz-Rot-Gold“ — vor dem Gericht in Queblinburg zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Unser Parteifreund Berthold in Jena wird angeklagt, gegen den Stahlhelm gehegt zu haben. Obwohl fünf Versammlungsbesucher Berthold fast völlig entlasten, wird dieser trotzdem, und zwar zu einem Monat Gefängnis, verurteilt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Frankfurt a. M. wurde ein Deutschvölkischer, der verächtlich vom Reichspräsidenten Ebert sprach und ihn am Galgen aufgenüpft wissen wollte, freigesprochen, und zwar mit der Begründung, daß der genaue Wortlaut der Beleidigung von keinem Zeugen mit Sicherheit habe festgestellt werden können. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Pantow tut sich ein Richter dadurch hervor, daß jeder, der mit dem Reichsbannerroßkreuz oder mit den Farben der Republik im Knopfloch des Gerichtsamts betritt, angehaucht und ausgeföhrt wird, das „Reichsbanner“ Schwarz-Rot-Gold zu entfernen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Hannover-Münden verlangte der Richter gleichfalls die Entfernung der Reichsbannerroßkreuze. Die Kreise der Rechtsparteien, die sich als Bildungsträger bezeichnen, sprechen mit Vorliebe von den Farben des Reichs in Ausdrücken wie „Schwarz-Rot-Gold“. Der Greifswalder Universitätsprofessor Dr. Bahlen, der wegen dieser Ausdrucksweise angeklagt war, wurde freigesprochen, und zwar mit der Begründung, daß eine Vereinigung, die die Farben der Republik in ihren Namen aufgenommen hat, damit noch kein Patent auf diese Farben erhält und selbstverständlich auch nicht unter das Republikanengesetz fällt. (Hört, hört! links.) Charakteristisch ist, daß der Professor selbst nicht geltend gemacht hat, er habe die Farben des Reichsbanners beschimpft; das hat ihm erst das Gericht förmlich unterstellt; es hat gesagt: Sie haben doch damit die Farben des Reichsbanners und nicht die Reichsfarben gemeint. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In Gelnau macht der Vorsitzende des Amtsgerichts, Amtsgerichtsrat Neumann, gelegentlich einer Verhandlung gegenüber einem Kläger folgende Äußerung:

„Ja, mein Herr, diese Rechtsprechung können Sie in dem heutigen Schwarzrotgold-Preußen nicht verlangen, gehen Sie zu Seering, solange er noch im Amte ist. Vielleicht kann dieser Herr Ihnen besseren Beiseid geben.“

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Richter können nicht objektiv sein. Der Amtsrichter Dr. Beinert in Wernigerode hielt auf dem Boden am 1. April 1925 eine Rede zur Bismarck-Feier, in der er Erzberger einen Hofmann nannte, wie ihn die Sonne nur selten beschienen habe. Die Rede Dr. Beinerts ist ein wahres Konstrukt von Gehässigkeit und Fanatismus gegen alles Republikanische. Der Oberstaatsanwalt hat ein Einschreiten abgelehnt, und zwar mit der Begründung, die in Frage stehende Rede enthalte einen strafbaren Tatbestand nicht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Niemand von uns kann glauben, daß Dr. Beinert in der Lage ist, objektiv zu urteilen. Dr. Beinert bringt es auch fertig, vollkommen antisemitisch gehaltene Urteilsbegründungen zu liefern. In Deutsch-Krone hatte unter Parteifreund Stolt die Behauptung aufgestellt, daß verschiedene Großagrarien während des Krieges reklamiert worden sind; er zählte 15 namentlich auf. Auf Veranlassung des Staatsanwalts erheben andere, die nicht genannt wurden, Anklage, und Stolt wird zu 50 Mark verurteilt, wobei man ihm unterstellt, er habe die Kläger als Drückeberger bezeichnen wollen. Man stellt also einfach die Dinge auf den Kopf. Im Dorfe Bönningen (Kreis Lygum) soll eine Wahlfälschung zugunsten der Demokraten stattgefunden haben. Hier wird der Betreffende zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. In Würdig ein ähnlicher Fall: Da werden ein Gemeindevorsteher und ein Lehrer angeklagt, die Wahlfälschungen zugunsten der Rechtsparteien verübt zu haben. Sie werden zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Angesichts solcher Vorgänge können die Rechtsparteien mit Engelszungen reden, sie werden das Volk nicht glauben machen können, daß wir noch eine objektive Rechtsprechung haben.

(Sehr wahr! links.)

Abg. Lüdicke (Dnat.) kritisiert die Verordnung über die Abänderung des Gerichtsverfahrens vom 4. Januar 1924 und fordert Einwirkung auf die Reichsregierung, eine anderweitige Regelung herbeizuführen.

Staatssekretär Frihe (vom preussischen Justizministerium) äußert sich dann zu der Ernennung von Kronets zum Oberverwaltungsgerichtsrat dahin, daß dadurch ein Disziplinarverfahren nicht abgewendet werden konnte, weil ein solches gegen Kroner gar nicht schwebte. Ueber die Einführung der Revision in Ehe-sachen seien bereits Erwägungen im Gange.

Das Verwaltungsverfahren werde jetzt mit allem Ernst und aller Gründlichkeit bearbeitet; vorher sei das nicht in allen Punkten der Fall gewesen.

Was die Vorwürfe gegen die Richter im allgemeinen angehe, sei der Standpunkt des Justizministeriums der, daß die richterlichen Beamten und die der Staatsanwaltschaft sich auch äußerlich so verhalten müßten, daß das Vertrauen zu ihnen nicht geschädigt werde. Vor allem dürfe eine politische Einstellung nicht irgendwie einen Einfluß ausüben. Diese Ansicht hätte auch der Preussische Richterverein als maßgebend anerkannt.

Abg. Dr. Oppenhoff (Z.) betont, daß seine Partei der Ansicht der Linken über eine Voreingenommenheit der Richter gegen das neue Regime ausschlaggebenden Wert nicht beimessen könnte.

Abg. Eichhoff (D. Sp.): Angriffe auf die verfassungsrechtlich gesicherte Unabhängigkeit der Richter müßten unter allen Umständen unterbleiben.

Abg. Obusch (Komm.) verlangt volle Amnestie. Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr, wo die Weiterberatung stattfinden und die Abstimmung über die Richteraussonderungen gegen den Innenminister Seering vorgenommen werden soll. Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Stenographen für diese Rubrik sind Berlin 62, Hakenstraße 1. Rechts an das Bezirkssekretariat, 1. Hof, 2. Exped. rechts, zu richten.

Abend: Die Überlingener Mannes und Bach werden aufgefordert, sofort die beschriebenen Einladungen für die Freizeitsportveranstaltung im Sekretariat abzuholen.

1. Kreis Mitte. Die Ordner treffen sich am Freitag, den 23. Oktober, 6 1/2 Uhr, pünktlich in den Ruffersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.
2. Kreis Charlottenburg. Die Genossinnen, welche sich an der Auto-Trospenabfahrt in Charlottenburg beteiligen wollen, treffen sich Freitag, den 23. Oktober, nachmittags pünktlich 1 Uhr, im Jugendheim Köpenicker Str. 4.
14. Kreis Westfalen. Sämtliche Überlingen-Männer müssen sofort dem Sekretariat ihre Personalverzeichnisse mit Telefonnummern anbringen.
17. Kreis Westfalen. Abt. 114-119. Donnerstag, den 22. Oktober. Auswärtsverteilung von den bekannten Stellen aus.
20. Kreis Reinickendorf. Reinickendorf-Ort. Reinickendorf, Mittenau, Waldmannsland, Labors, Bernsdorf: Freitag, den 23. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Lokal Schützenhaus, Reinickendorf-Ort, Reinickendorf, 12. Öffentliche Wahlversammlung. — Engel, Buchwalder, Reinickendorf-Bezirk: Freitag, den 23. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Lokal Strandbühl, Köpenicker Str. 4. Öffentliche Wahlversammlung.

Arbeiterpolitik: Am Donnerstag, den 22. Oktober, 8 Uhr, im Stadthaus, Vortrag über: „Kulturfragen der Arbeiterbewegung“ (Referent: Hanna Labenshausen) im großen Saal des Reichshauses Kreuzberg, Poststraße 11. Eintritt frei. Gabe willkommen. Sämtliche Mitarbeiter in den Wahlkommissionen sind zur Teilnahme verpflichtet.

Heute, Donnerstag, den 22. Oktober:

1. Abt. Köpenick. 5 Uhr von Bahner, Willander Str. 34, aus wichtiger Gesundheitsveranlassung. — Die Genossinnen und Genossen nehmen an der letzten öffentlichen Kreisabstimmungsversammlung am Freitag, den 23. Oktober, 6 1/2 Uhr, in der Bismarckstr. teil.
23. Abt. Vereinigung für Schutz und Erziehungsfragen. 8 Uhr in der Aula der 20. Gemeindefschule, Koenigsstr. 3 (an der Markauer Straße), Vortrag über: „Die Gefahren des Reichshausgesetzes für die Schule und ihre Bekämpfung“. Vortragender: Lehrer Köpfer.
- Charlottenburg. 54. Abt. 3. Gruppe. 7 1/2 Uhr bei Bahnmann, Behnischstraße 39, Auhofend. Tagesordnung: 1. Vortrag des Obergruppenführers Schmidt. 2. Wahlarbeiten. — 88. Abt. 7 1/2 Uhr beim Genossen Waischer, Pichlerdamm Ecke Reinickendorf, Versammlung für den 12. Bezirk. „Ein laibter Appell“. Referent: Genosse Dr. Ramerow.
73. Abt. Schöneberg. 7 Uhr in der Gemeindefschule Mitgliederversammlung. Wahlarbeiten. — Freitag, den 23. und Sonnabend, den 24. Oktober, 8 Uhr, Sommer in der Bahr zur Flugblätterverteilung. — Sonntag, den 25. Oktober, treffen sich alle nicht eingeteilten Genossen nachmittags 9 Uhr bei Bahr.
88. Abt. Westfalen. Die für heute anberaumte Funktionärsversammlung findet nicht statt.
118. Abt. Westfalen. 7 1/2 Uhr im Lokal Herr, Reineckehofstr. 34, Funktionärsversammlung. Erklären ist dringend notwendig.

Reinickendorf, Sprengel, Schöneberg. 8 Uhr Auhofend bei Bahner, Reinickendorf. Nächste Tagesordnung. Erklären aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

Morgen, Freitag, den 23. Oktober:

27. Abt. Die Genossen beteiligen sich an der Kundgebung im Lohleinhorn.
32. Abt. Ab 5 Uhr Berechtigung des illustrierten Kreisflugblattes von den Gruppenleitungen aus. Es ist Pflicht aller Genossen, sich zu beteiligen.
33. Abt. Nachmittags 3 Uhr Extra-Flugblätterverteilung bei Waischer, Poststraße 8, und bei Kienitz, Simon-Dach-Str. 24. Es müssen alle Genossinnen und Genossen erscheinen.
35. Abt. Ab 5 Uhr Flugblätter abholen bei Peter, Schreinerstr. 36. Die Genossen treffen sich um 6 Uhr in den Auhofend, Köpenick. Am Sonntag, den 25. Oktober, treffen sich sämtliche Genossen bei Neumann, Sommerstraße 12.
37. Abt. Nachmittags 4 1/2 Uhr ab Flugblätterverteilung für den 1. bis 3. Bezirk von Seiffert, Hausbahnstr. 1. — 4. bis 6. Bezirk von Köpfer, Reiterstraße 14.
38. Abt. Ab nachmittags 5 Uhr treffen sich sämtliche Genossen und Genossinnen in ihren Wahlbezirken zur Empfangnahme von wichtigem Wahlmaterial.
41. Abt. Nachmittags 5 1/2 Uhr empfangen die Gruppenleiter bei Schult die Flugblätter. — Ab 6 Uhr Flugblätterverteilung von folgenden Bezirken: Eimen, Herr, Willander-Str. 34, Schuler, Chamissostr. 4; Kutz, Bergmannstraße 93; Bernsdorf, Genselmannstr. 5.
44. Abt. Ab 4 1/2 Uhr treffen sich sämtliche Genossinnen und Genossen zur Sanitätserverteilung bei Giffert, Oranienstr. 196. Bezirksleiter Flugblätter abholen.
46. Abt. Schöneberg. Abends 7 1/2 Uhr zehnte Teilung aller Mitglieder an der öffentlichen Versammlung im Bürgerpark, Rathaus Friedmann, Sonnabend, den 24. Oktober, von 3 Uhr ab Wahlarbeiten bei Giffert. Alle verpflichteten Mitglieder müssen erscheinen.
48. Abt. Westfalen. Ab 5 1/2 Uhr bei Schittler, Reichstr. 5, Ausgabe der Flugblätter und des Wahlmaterials an die Bezirke.
124. Abt. Wahlbezirk. 8 Uhr bei Dietz, Hildbrandstr. 19, Funktionärsversammlung.

Justizminister. Nächste Generalkonferenz am Sonntag, den 24. Oktober, 10 Uhr, im Reichshaus, Kreuzberg, 11. Referent: Dr. Eberlein.

Gruppe Westfalen Berg. 8 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Vortrag des Genossen Otto Bach. — **Charlottenburg:** Jugendheim Köpenicker Str. 4, s. 1. Beute 8 Uhr: Genosse Eberlein: „Kampf und Widerstand“. — **Gruppe Prenzlauer Berg:** pünktlich 8 Uhr im Jugendheim Beute Eberlein: 20 wichtige Zusammenkünfte. Einstellung der Wahlarbeiten. Für den Abend Bücher und Instrumente nicht vergessen. Freitag, den 23. Oktober, geschlossene Versammlung bei Bahner, West bei der Wahl! — **Gruppe Friedrichshagen:** 7 1/2 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Vortrag: „Arbeitspolitik der neuen“. Referent: Dr. Obermann. — **Gruppe Treptow:** 7 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Vortrag: „Die Reichsreform“. — **Gruppe Reinickendorf 1 und 2:** Freitag, den 23. Oktober, 7 1/2 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Vortrag über: „Entwicklung des Parteiprogramms“. Referent: Erwin Werauort.

Arbeitergemeinschaft der Arbeitervereine, Schöneberg-Friedmann: In den nächsten Tagen werden die Mitglieder der unteren Instanzen amends Rummelstraße abgeholt. Es wird gebeten, die Karten bereitzuhalten und auszubehalten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin 6 14, Seckelstr. 37/38, Hof 2 Etz.
Brandenburg. Jungmannschaft No. 1, 22. 7 Uhr, bei Herr, Rummelstraße 9, Aufnahmefest, nachher Abendessen. — **Tempelhof.** No. 1, 22. 7 1/2 Uhr, Antreten Volkstempel zum Sonntag, No. 1, 22. 7 1/2 Uhr, Antreten Rummelhof. — **Edelmannstr.** No. 1, 22. 7 1/2 Uhr, Antreten Rummelhof. — **Edelmannstr.** No. 1, 22. 7 1/2 Uhr, Antreten Rummelhof. — **Edelmannstr.** No. 1, 22. 7 1/2 Uhr, Antreten Rummelhof. — **Edelmannstr.** No. 1, 22. 7 1/2 Uhr, Antreten Rummelhof.

Deutscher Opernklub, Orchestergesellschaft Berlin. Freitag, den 23. Oktober, 8 Uhr, Ambrosius Berlin, Hofstr. 16, Abendessen. Gabe willkommen.

Verband Arbeitervereine, Ostkreuz Berlin. Donnerstag, den 22. Oktober, 8 Uhr, in der Schule, Hildbrandstr. 191 (Röhe Jannowstraße) (früher Genossin Dr. Röhbe) über: „Kampf und Ob“. — Am Freitag, den 23. Oktober, im Jugendheim Köpenicker Str. 4, Diskussionsabend der Jugendgruppe über: „Arbeitspolitik“. Einleitung Max Labenshausen.

Kreisvereinigung von Arbeitervereinen, Berlin. Sonnabend, den 24. Oktober, 8 Uhr, Versammlung im „Berliner Rind“, Ruffersälen, 31. 1. Galt links. 1. Bericht über das verflorene Vereinsjahr und Wahl des Vorstandes. 2. Forderung des Vorstandes: Brandenscheidung des Städteverhältnisses und Entlassung des Dinnmeister durch vertriebenen Wahl. Einführung von Gassen soll.

Kreis Schulvereine, Berlin-Kreuzberg. Die Generalkonferenz findet nicht am 26. Oktober, sondern am 2. November in den Terminhallen, Bremer Straße, statt. Die Mitglieder, die noch nicht im Besitz der Zeitung „Arbeitspolitik“ sind, wollen sich an Giffert, Giffertstr. 4, Querstraße 4 Trp., oder an die Adressen wenden.

Arbeiter-Radio-Klub, Orchestergesellschaft Berlin. Lokal 6, Rummelstr. 9, 20. Bezirk pünktlich 1/2 Uhr. Vortrag: „Einführung in den Ray von Radiogruppen“. Die Verteilung von Radiomaterialien. Gabe willkommen.

Reinickendorf, Sprengel, Schöneberg. 8 Uhr im Stadthaus, Köpenicker Str. 4. Vortrag über: „Kulturfragen der Arbeiterbewegung“ (Referent: Hanna Labenshausen) im großen Saal des Reichshauses Kreuzberg, Poststraße 11. Eintritt frei. Gabe willkommen.

Reinickendorf, Sprengel, Schöneberg. 8 Uhr im Stadthaus, Köpenicker Str. 4. Vortrag über: „Kulturfragen der Arbeiterbewegung“ (Referent: Hanna Labenshausen) im großen Saal des Reichshauses Kreuzberg, Poststraße 11. Eintritt frei. Gabe willkommen.

Arbeiterport.

Kreisvereinigung „Die Naturfreunde“ (Reinickendorf). Abt. Charlottenburg, Freitag, den 23. Oktober, im Heim Köpenicker Str. 16 (Witten), Vortrag über das Thema: „Reinickendorf und Religion“. Gabe willkommen. Am 23. Oktober wegen der Stadtratswahl keine Wanderung.

Arbeiter-Radio-Klub „Solidarität“, Orchestergesellschaft Berlin und Umgebung. Sonntag, den 25. Oktober, beteiligen sich sämtliche Bundesgenossen in ihren Bezirken an der Wahlarbeit. — Freitag, den 23. Oktober, Generalkonferenz Köpenicker Str. 37/38, 7 Uhr, bei Bahner. — Donnerstag, den 24. Oktober, 7 1/2 Uhr, Rummelhof, 17 bei Bahner.

Nierenkranke und Gichtiker!

Kaffee Hag-Probierstube
Berlin, Kurfürstendamm 26a

Euer Getränk ist Kaffee Hag

Im Karussell der Arbeit.

Von Kuni Tremel-Eggert.

So gern wie den Zipselbieter haben die Oberfeldbier noch seinen begraben.

Oberfeldbier ist ein wunderschön gelegener Marktort am Obermain, uralt und malerisch liegt er, wenn man bahnaufwärts fährt, links drüben auf der Sonnenseite. Und fast so alt, wie der Name Oberfeldbier, ist in Oberfeldbier der Name der Familie Zipsel.

Die Zipsel hängen in Oberfeldbier überall heraus, sie stehen durch ein paar Jahrhunderte in allen Standesamtsregistern und Kirchenbüchern, der Name Zipsel ist mit stolzem Schwung ins Erz der großen Kirchenglocke gegraben, wie er ebenso jeden Sonntag von der Kanzel tönt, wenn der Pfarrer den für Zeit und Ewigkeit gestifteten Mariendreißiger für die verstorbenen Mitglieder der Familie Zipsel verkündigt. Da der Mariendreißigerstiftung drei große Acker erster Bonität anhängen, so ist anzunehmen, daß der Name Zipsel in Oberfeldbier in absehbarer Zeit kaum erlischt. Er würde auch ohne diese stolze Kirchenlistung nicht vergessen, denn die Zipsel gehören zu den Leuten, von denen man spricht, sie gehören gewissermaßen mit auf den Präsentierteller der Marktgemeinde Oberfeldbier.

Der Zipselbieter war der reichste Bauer von Oberfeldbier, dessen Bevölkerung aus Bauern, Bäuerlein und Handwerkern besteht. Die Zipsel waren von jeher „Genau“ gewesen, aber der Dieter schaute noch Gott mit den Haaren die Haut herunter. Sie waren ja nur darum so groß geworden, weil sie das Kleine zusammenhielten und Großvater und Vater hatten es weitervererbt. Es gab zum Frühstück und Halberabend bei den Zipsel nichts anderes als weißen Käse, einen Laib Brot und Dünmbier, für Anechte, Magde und Tagelöhner und für die Söhne und Töchter der Familie gab es jedenfalls nichts anderes. Trotzdem bekamen die Zipsel eher Tagelöhner wie die kleinen Bauern, wenn die gleich Pflaumen und geräucherter Fleisch zum Besper gaben, warum — ja warum? Fragt sie, die Tagelöhner, sie wissen die Antwort selber nicht, wissen nicht, daß sie es mit einem gewissen Stolz sagen, daß sie diese ganze Woche beim Zipselbieter mit „schneiden“ müßten und daß sie deshalb beim besten Willen niemand anders auswechseln könnten. So ging es mit allen Leuten in Oberfeldbier, Schuster und Schneider, Schlosser und Schmied, alle bedienten sie den Zipselbieter zuerst, obwohl er ihnen kein gutes Wort gab und schlechter zahlte als alle andern.

Ja, der Frosch kriecht ins Maul der Schlange, wird gefressen und hüpfet doch nicht davon. Alle dienten im Grunde genommen dem Dieter, der Schuster traute sich nicht seine höchsten Preise auf die Rechnung zu setzen und der Schmied schweißte nochmal zusammen und sagte nichts, wenn der Dieter nur einmal bezahlte, was zweimal brach.

Der Dieter hätte also ein glücklicher Mann sein müssen, denn er hatte ein stilles braves Weib und sieben gesunde Kinder, aber er hatte mit dieser einen und diesen sieben einen achtfachen Verdruß, denn — was alle andern taten, ohne zu denken und zu murren, taten die Zipselkinder nicht. Das heißt, sie arbeiteten schon, der Dieter rief ihnen ja um vier Uhr in der Frühe die wärmsten Zudecken weg und schüttete ihnen, wenn das noch nicht half, kaltes Wasser über die Köpfe, rief Türen und Fenster auf und fluchte, daß schon jedem das Schlafen verging, aber er spürte es bis ins Blut hinein, sie bewegten sich nur unter seinem Zwang. Arbeit war das nicht. Wie sollte es werden, wenn er einmal nimmer war. Er schmausete, wenn er das dachte und hätte am liebsten, bei der Frau angefangen, jedes einzelne windelweich geschlagen.

Die Frau war schuld. Sollte man's glauben, daß ein Mensch an einer Dummheit sein ganzes Leben lang zu büßen hätte? Er hat sich in sie vergast, wie er jung war und unerfahren und da sie Geld hatte, hat sein Vater nachgegeben. Der Dummkopf! Einsperren hätte er ihn sollen, am besten mit einer, die ins Zeug paßte, wie man einen widerspenstigen Täuber mit einer possenden Taube einsperret, bis er — ab aus Täuberung oder Langeweile, das ist gleich, an zu queren und zu trommeln fängt.

Gekund ist sie, sagte der Alte und Geld hat sie auch und daß sie eine Feinere ist, wird schließlich nichts schaden, du hast ja Anechte und Magde fürs Feld, läßt die Frau im Haus.

Gekund war sie, sieben Kinder hat er, aber jedes schlug nach ihr. Keiner seiner drei Buben hat den breiten Zipselknebel mit den scharfen hellgrauen Mandelbuckeligen Augen, alle sind sie dunkel und braunhäutig und die vier Mädchen sind ebenso. Von Vaterliebe war in ihrem Herzen keine Spur und wenn sich der Dieter über ihre Faulheit und Bodenreinigkeit beklagte, dann preßten sie die Rippen aufeinander und gingen. Nur der Kestete, der Wilhelm, hat einmal geredet und das ist ihm übel bekommen. Der Dieter hat ihm die Sense beim Getreidemähen aus der Hand gerissen und ihm die Breite der Mahd verdoppelt, wobei er über das schmale Säumchen hämte, das er nahm. Dann fragte er ihn, ob er denke, daß die andern, wenn er einst Bauer sei, die Spur breiter nähmen als er?

Der Wilhelm, dem der Jorn in den Kopf fuhr, traute sich Antwort zu geben. Er sagte, er sei erst sieben und mit jedem Jahr könne er ja zehn Zentimeter zugeben, da gäbe es eine Dreimeterbreite, bis er einmal ans Ruder komme.

Im nächsten Augenblick blinkte etwas Silberhelles tausend durch die Luft. Der Wilhelm hatte sich gebückt und den Wehstein aufgehoben und so begriff er zuerst nicht, warum die andern mit Augen voller Entsetzen dastanden, die Weiber mit ihren Armen voll Wehren, die Mäher mit schlaffen Händen, denen die Sennen entfielen. Wie der Wilhelm aber auf seinen Vater sah, mußte er, daß eben der Wehstein — oder ein höherer Wille durch ihn, ein schweres Unglück verhängte.

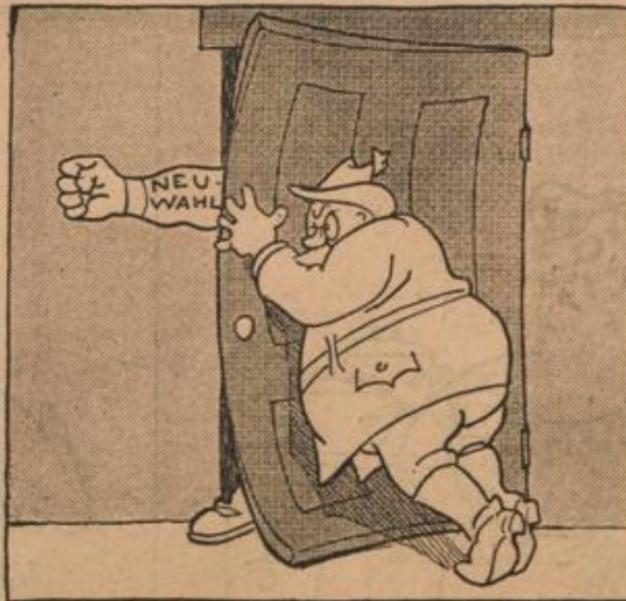
Berachtung umspielte seinen zuckenden Mund und seine dunklen Augen auf den Vater richtend, sagte er leise: „Was du bist, will ich nie werden. Das wollte ich dir noch sagen.“

„Undankbarer Lausbub“, schrie der Dieter auf, da tönte nochmal die junge furchtlose Stimme übers Feld, so daß es jeder Knecht und jeder Tagelöhner verstand: „Soll ich dir dankbar sein, daß du mich in die Welt setzt?“

Bis der Alte sich umfah, war der Wilhelm schon drüben auf der Sandtrahse, wie aber der Dieter den andern Morgen in die Bubenkammer polierte, da war das Bett des Wilhelm leer und — blieb es auch.

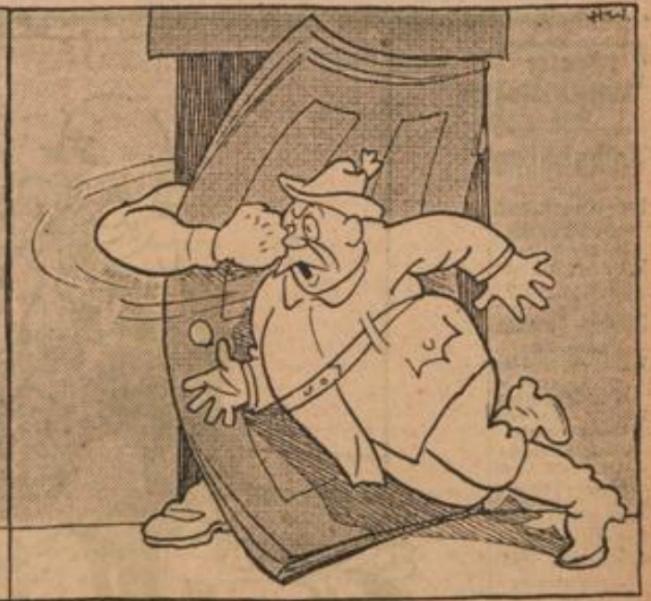
In einem Städtchen, acht Stunden mainabwärts, soll er bei einem Meister das Schreinerhandwerk lernen, so erzählen sich die Leute untereinander, und seiner Mutter schrieb er, daß er anfangen ein froher und glücklicher Mensch zu werden. Seine Geschwister aber sagten ihrer Mutter, die ihnen leuzend des Jungen Brief hinlegte, daß sie den Wilhelm beneideten. Aber fortzulassen, wie der Wilhelm, traute sich keins, so gingen sie mit, rumderum durchs

Zum 25. Oktober.



Faust I. Teil.

Vergeßlich stemmst du dich entgegen,
Die Neuwahl will zum Tor hinein —
Und wird dich von dem Plage fegen.
Das Volk will wieder frei sich regen
Und herrt im roten Hause sein.



Faust II. Teil.

Und wer nicht hört, der muß es spüren,
Vergeßlich ist dein Widerstand.
Die Faust bezahlet dich nach Gebühren
Und schlägt samt deinen falschen Schwüren
Am Tag der Wahl dich in den Sand.

Jahr und ihr Leben hieß, wie das des Dieters — Atern, Säen, Mähen, Binden, Einfahren, Dreschen, jahraus, jahrein.

Und dann kam ein Herbsttag, an dem die Morgennebel noch brauten, an dem aber des Dieters Stimme zwischen alle fuhr, wie ein Gewitter. Jeder, der zwei Hände hatte, schulterte den Rechen und als kaum die Sonne durchkam, breiteten sie das Grummel auf die kahlen Wiesen, in denen die bläulichen Herbstzeitsolen standen ohne Zahl. Sogar die Mutter mußte heute mit, obwohl ein Samstag war und das Haus voll Arbeit. Und als sich die grauen Dämmerflehler über die leeren Wiesen legten, sprang der Dieter vom letzten Fuder Heu, schwankte und brach zusammen.

Als sie ihn heimführten — lang ausgestreckt auf dem klappernden Reiterwagen, standen die Leute in den Gassen und sahen dem Fuhrwerk nach, morrislos. Und so still war es auch im Hause des toten Dieters. Niemand sprach — jeder ging herum und mühte nicht was er tun sollte und dann liefen doch all ihre Gedanken einen Weg — des Dieters Weg.

Das, woran keines seiner Kinder nur einen Augenblick gedacht oder geglaubt, war eingetreten — er war tot. Was war nun? Nun wahr nichts mehr.

In den Wirtschaften sprachen die Männer vom Dieter. Was hatte er nun, was war nun? Nichts! Zu was hatte er so geschafft? Was hatte er von seinem Leben? Nichts! Im allgemeinen, wenn einer stirbt, meinen die Menschen — die Leute erzählten sich, daß die Frau und die Kinder trodene Augen hätten! Es war unheimlich. Warum meinten sie nicht wenigstens aus Anstand? Taten so, als ob sie meinten. Ein Teil Oberfeldbier fing an Mitleid mit dem Dieter zu haben, wie man Mitleid mit jedem hat, der sterben mußte, ohne daran zu denken, daß es einem auch bevorsteht. Sie fanden sich schwer zurecht, nein gar nicht.

Sie erkannten nicht, daß des Dieters Leben ein triebhaftes Folgsamsein ans Ganze war, sie sahen nur das Nichts. Gingen zu seiner Beerdigung und warteten vergebens, daß seine Kinder meinten.

Drei Monate nach seinem Tode heiratete die älteste Tochter — ein Jahr später waren alle aus dem Haus, die Mutter allein. Sie verpackte die Felder an fremde Leute, die von vorne anfangen, wie die sieben Kinder des Dieters, ganz von vorne.

Ihre Mutter aber ging mit stillem Gesicht in die Mariendreißiger für die verlebten Mitglieder der Familie Zipsel. In ihrem Herzen war Friede — all ihre Kinder schrieben gut. Sie waren froh und voll Zukunftsglauben, jedes wollte die Mutter bei sich haben. Sie aber blieb in dem großen alten Haus — von dem sie einen Teil abvermieteten mußte. Die Kinder der Arbeiter, die in des Zipselbieters Stuben wohnten, hatten die stille Frau alle gern.

Zwischendrin fuhr sie ein paar Wochen fort, dann kam sie wieder und pflegte ihre Gräber. Und an Ostern oder Pfingsten oder Weihnachten bekam auch sie manchmal Besuch. Dann guckten die Leute im Ort und sagten, eines von des Dieters Kindern ist da. Sie sagten des Dieters Kinder!

Wie lustig!

Und waren sie's nicht?

Daß sie neu anfangen — war es nicht recht, wo sie des Alten müde waren?

Dem Dieter würde es nicht passen — aber unsere Zeit braucht Dieterskinder — die anfangen — neu anfangen mitzutun im Karussell der Arbeit.

Aus der Kulturgeschichte des Heizens.

Der Herbst zeigt uns allmählich ein unfreundlicheres Gesicht, so daß wir mehr und mehr ans Heizen denken müssen. Wer da einfach den Hebel der Zentralheizung einstellt, hat es gewiß gut; aber gar mancher erzieht sich auch an dem lustig prasselnden Feuer im Ofen, der seit so langer Zeit Mittelpunkt und Seele des deutschen Hauses gewesen ist. Die Feuerstelle, die heute ja in die Küche verlegt und von den Heizanlagen getrennt ist, gehört zu den wichtigsten Elementen der Kulturgeschichte, ist die Urzelle der Hauslichkeit, aus der Heim und Wohnung erblühten, und galt in alter Zeit für heilig. So beginnt die Kulturgeschichte des Heizens mit den Ursprüngen der Menschheit, und man hat in den Heizanlagen ein sehr bezeichnendes Merkmal für die Hausformen der einzelnen Kulturkreise und Völker erkannt.

Im Altertum besaß die Heizung freilich nicht die Bedeutung, die sie später in der nordischen Kultur erlangte. Die Brennpunkte der Geschichte lagen damals in südlicheren Ländern, deren warmes Klima nicht so gebietend wie bei uns die Menschen

zwang, wirksamen Schutz gegen die Kälte zu suchen. In den ältesten Wohnungen der Menschen brannte das Feuer auf einer Steinplatte und diente zugleich der Zubereitung der Speisen wie der Erwärmung. Die Ägypter, die so viele technische Fortschritte in die Geschichte einführen, dürften wohl auch die Erfinder des Ofens sein, aber sie benutzten diesen nur zur Fabrikation, und so ist es während des ganzen Altertums geblieben. Zimmeröfen, die zur Heizung dienen, sind weder bei den Griechen noch bei den Römern nachgewiesen. Auch der Schornstein war den Alten unbekannt. Da sich die Räume des antiken Hauses auf 2 Höhen öffneten, so kam man sich vorstellen, wie sehr der antike Mensch bei dem Mangel an Heizvorrichtungen im Winter froh. Er suchte sich durch warme Kleidung zu schützen, griff aber auch gern zu dem Mittel des „innerlichen Einheizens“. Zum Schutz gegen Kälte dienten sodann den alten Römern, wie noch heute den Italienern, tragbare Feuerbecken und Kohlenpfannen, von denen eine große Anzahl in Pompeji gefunden worden ist. In der römischen Kaiserzeit entwickelte sich schon eine richtige Zentralheizung, aber nur für Badeanlagen. Der Erfinder dieser Heizung von heißem Wasserdampf durch hohle Fußböden und Wände soll ein Zeitgenosse des Cicero, C. Sergius Orata, gewesen sein. Die Römer brachten als Eroberer diese Heizform in den kalten Norden mit, aber dort hat sich das Heizwesen ganz selbständig entwickelt.

Die drei Urtypen des europäischen Hauses, wie sie noch heute in den Formen des Bauernhauses durchschimmern, schieden sich durch die Anlage des Herdes. Da gab es das vielfach im lammischen Osten übliche „Herdbaus“, so genannt nach dem offenen Herd, dann das „Kaminhaus“ der romanischen Länder und das deutsche „Ofenhaus“. Diese deutsche Hausform zeigt als kulturgeschichtlich wichtigstes Element den Ofen, der im Urzeiten wohl aus Ruten und Lehm und erst später aus Steinen aufgerichtet wurde. Dieser primitive urgermanische Ofen wurde dann nach der Völkerwanderung durch den römischen Kachelofen ersetzt, der bei den Römern nur zum Ziegelfbrennen, Glaschmelzen usw. diente und von den Germanen zuerst für Heizzwecke benutzt wurde. Wir finden zum ersten Male einen solchen Kachelofen als Heizkörper einer Wohnung bei den Langobarden im 8. nachchristlichen Jahrhundert erwähnt. Aus dem Ofen entsteht der Mittelpunkt des deutschen Hauses, die Stube, wie auch aus der sprachlichen Ableitung des Wortes Stube von dem lateinischen „estufa“ — Ofen zu erkennen ist. Der Ofen bleibt dann in der deutschen Geschichte die Seele der Stube; um ihn herum spielt sich das ganze häusliche Leben ab. Der alte Kachelofen ist stets von außen geheizt worden, von dem angrenzenden Raum aus, von der Küche oder vom Flur. Dies mußte so lange geschehen, als der Ofen keinen Rauchabzug im Schornstein hatte, und Schornsteine gab es im frühen Mittelalter noch nicht. Der Schornstein soll im 12. Jahrhundert in England erfunden worden sein und hängt jedenfalls mit der Anlage des Romins zusammen, der in der Zeit der ritterlichen Kultur, also im hohen Mittelalter, als Heizvorrichtung Mode wurde. Die Feuerstätte wurde in den romanischen Herdbäusern immer umfangreicher, und so brachte man über ihr auf dem Dach ein Türmchen an, durch das der Rauch Abzug erhielt. Um Raum zu gewinnen, verlegte man dann den Herd von der Mitte des Zimmers an eine Seitenwand und brachte zur Abführung des Rauches eine schräg auswärts führende Oefnung, eine Art Schlot, an. Auf diese Weise ist der Kamin entstanden, der auch in den Ritterburgen des Mittelalters in Deutschland beliebt war, aber doch nur eine kalte Pracht blieb, die dem wärmebedürftigen Deutschen nicht genügte. Bürger und Bauern hielten an dem Kachelofen fest, der dann seit dem 15. Jahrhundert immer häufiger mit dem durch die Kaminanlagen bekannt gewordenen Schornstein verbunden wurde. Neben den Kachelöfen tritt im 17. Jahrhundert der Eisenofen, der sich daraus entwickelte, daß zunächst in Norddeutschland die Heizkästen der Kachelöfen zur Verstärkung innen mit Eisenplatten ausgelegt wurden. Erst mit dem Aufschwung der Naturwissenschaften und Technik ist dann in unserer Zeit eine neue Wissenschaft der Heizkunde entstanden, die uns die vielen Formen der Sparöfen und — als eine Wiebergeburt der Antike — die Zentralheizung bescherte.

Vom Erfinder Zufall. So Großes auch der Menschengesicht geleistet hat, ihm würden doch viele wichtige Dinge verschlossen geblieben sein, wenn ihm nicht jene gewaltige Nacht zu Hilfe gekommen wäre, die wir Zufall nennen. Eine englische Wochenschrift stellt eine Anzahl Erfindungen zusammen, bei denen der Zufall entscheidend mitwirkte. Der zugespitzte Spaten wurde von einem Erdarbeiter erdacht, der die Eden des bis dahin gebrauchten gewöhnlichen Spatens abschiff, als er in sehr hartem Boden, als sein Bruder, ein Schweizer an den Ufern des Riffen-Jusses enthüllte zuerst die Abfahigkeit gebrannter Stärke, die mit Wasser vermischt ist, und führte so zur Herstellung eines neuen und billigen Gummis. Ein Kind spielte mit einer Flasche ohne Boden, als sein Bruder, ein Schweizer Mechaniker, mit einer Petroleumlampe experimentierte. Zufällig legte er die Flasche über die Flamme und er fand dadurch den

Lampenzylinder. Ein Nürnberger Glasbleiler ließ durch Zufall etwas Säure auf seine Brillengläser fallen und erkannte dadurch die Methode, auf Glas zu ätzen. Ein Besucher des amerikanischen Yellowstone-Parks stolperte über ein totes Pferd. Das Tier, das schon sehr lange Zeit hier lag, war ganz frisch geblieben. Der Mann fand bei näherer Untersuchung, daß es mit Borax bedeckt war, den man bisher nur zum Stärken der Wäsche verwendet hatte. Auf Grund dieser Beobachtung wurde nun der Borax zu einem überaus wichtigen Konservierungsmittel. Oft erzählt ist die Geschichte von den Kindern eines holländischen Brillenschleifers, die im Spiel zwei gefärbte Gläser zusammenhielten und damit den Anlaß zur Erfindung des Fernrohrs gaben. Der Zufall hat auch Senefelder bei

der Erfindung der Lithographie geholfen. Eines Tages, als er einen Stein, um darauf zu ätzen, glatt schiff, hat ihn seine Rutter, schnell einmal die Wäsche für die wartende Wäscherin aufzuschreiben. Da er kein Papier zur Hand hatte, schrieb er die Wäsche mit Tinte auf den Stein. Als er dann einige Tage später die Schrift wegbringen wollte, kam er auf den Gedanken, sie mit Säure wegzuhähen und entdeckte zu seiner Verwunderung, daß die Schrift stehen blieb. Dies führte ihn auf das Verfahren der Hochätzung und dann auf die Lithographie. Durch einen glücklichen Zufall legte Alfred Nobel den Grund zu dem Riesenvermögen, das er später erwarb. Er war in der Nitroglycerinfabrik seines Vaters tätig, als er 1867 fand, daß eine Riste ein Loch hatte und sich etwas von dem Nitro-

glycerin mit dem zum Boden verwendeten Kiesel sand vermischte. Dieser alltägliche Vorfall brachte ihn auf den Gedanken, einen sicheren und leicht transportierbaren Explosivstoff herzustellen, und so erfand er das Dynamit.

Ein Kartoffelkrieg. Die Weltgeschichte verzeichnet auch einen wirklichen Kartoffelkrieg. Als nämlich die preussischen und österreichischen Truppen im Verlaufe des bayerischen Erbfolgekrieges sich in ihren böhmischen Standlagern aufhielten, entspannen sich die heftigsten Kämpfe um die reichlich angebauten, prächtigen Kartoffeln. Und da es sonst nicht viel zu kämpfen gab, bewarfen sich die Soldaten oft nur gegenseitig mit den Kartoffeln, und so wurde der Krieg schließlich zum richtigen „Kartoffelkrieg“.

Theater Lichtspiele
u. s. w.

Volksbühne

8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig
Morgen 8 Uhr:
Wer weint um Juckack?

Staats-Theater

Opernhaus
7 1/2 Uhr: **Mona Lisa**
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: **Zor und Zimmermann**

Schauspielhaus

8 Uhr: **Peer Gynt**
Schiller-Theater
8 Uhr: **Waldschneekönig** - Liebet!

Städtische Oper

Charlottenburg
7 Uhr:

Carmen

Abonnem.-Turnus 4

Deutsches Theater

7 1/2 Uhr:

Der Kreidekreis

Von Klahund

Kammerspiele

8 Uhr:

Parabel will nicht heiraten

von Jerome K. Jerome

Die Komödie

Verluststadt 207
8 Uhr

Gesellschaft

v. John Galsworthy
Eagle, M. Reinhardt

Berliner Theater

Gastspiele des
Machor Masler-Th.
Hauptstadt
und Lys. d. Grund u.
Hauptstadt
Hauptstadt
Hauptstadt

Ange Pitou

Die Tochter der Hölle
Freit. Sonntag, Mont.

Ange Pitou

Sonntag 8 U. Carmen
und der Soldat

Th. a. Hollendorfl.

8 Uhr:

Die hellblauen Schwestern

Die neue Künnecke-Operette

Deutsches Künstler-Theater

Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gastspiel

Fritz Massary: Die Teresina

Residenz-Th.

8 Uhr:

Circus Heirat

Trude Hestenberg
Oskar Sabo
Adolphe Engers
André Martini

Thalia-Th.

8 Uhr:

Annemarie

Letzte Neumann
Paul Heidemann
Josefine Bora
Baselt, Metelka

Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr

Kleine Preise!
Im weißen Rößl!

Theater in der Kommandant-Str.

8 Uhr:

Annellese

von Bessan
Marie Escherich
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr
Kleine Preise!
Annellese-Dezau

Th. am Herfordstr.

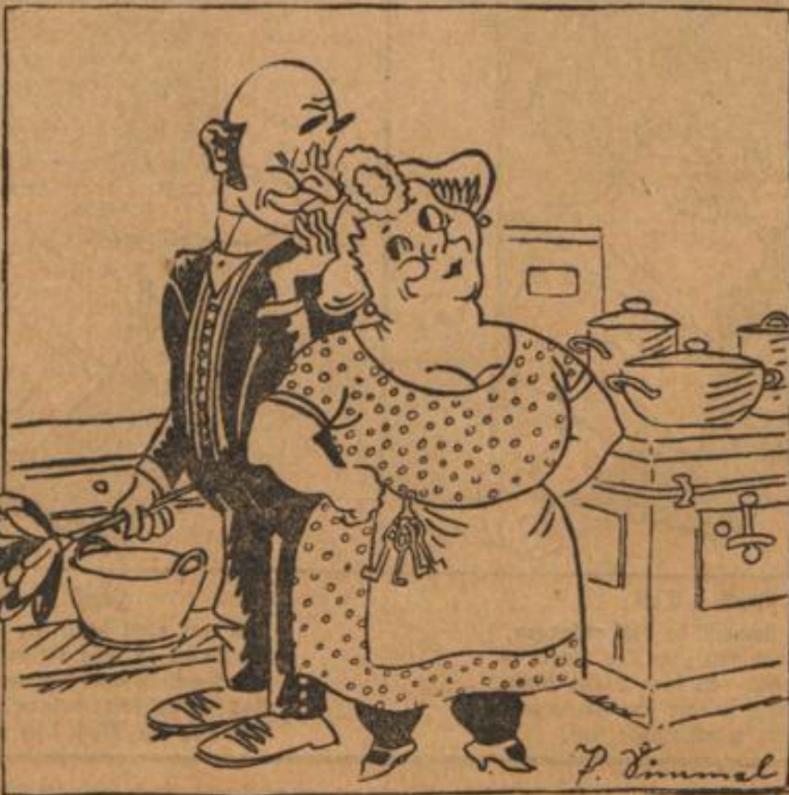
8 Uhr

Wenn ich wollte...

SOVA

8 Uhr

Internat. Varieté



Der alte Jan, der wind'ge Tropf,
Ist stets der Köchin auf den Hacken,
Nicht weil sie einen Bubikopf,
Nein, weil sie tut mit Landbu backen.

Kauft **Landbu-Margarine**, lest **Landbu-Männchens Abenteuer**,
die neue spannende Halbmonatschrift

Generalvertreter **Burghardt & Bohne**, Berlin, Landsberger Str. 95
Telephon: Amt Königstadt 178 u. 1630

Großes Schauspielhaus
Nordstr. 206/207
SONNTAG: 2 Vorstellungen
nachm. 3 Uhr
zu ermäßigten Preisen.

Für Dich!
Die große Charol-Beross (800 Mitwirkende) tägl. 8 1/2 Uhr
Prose der Plätze: Parkett M. 6, Balkon M. 4,
1. Rang M. 3, 2. Rang M. 1.50, Logen und Klo-
senal M. 7-13
Vorverkauf ab 10 Uhr vormittags ununterbrochen.

Theat. d. Westens
Das große
Operettenhaus
Tägl. 8 Uhr:
Gastsp. Hubert
Marischka
Der Orlow

WINTERGARTEN
Little Tich Englischer Excentric
Komiker
Amarantini, der Stern Sevillas
sowie der große Oktober-Spielplan!
Sonntag nachm. 3 1/2 U. halbe Preise
Rauchen gestattet

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Dir.: James Neim
Größte Revue der Welt
Von **A bis Z**
Das Gewaltigste an Aus-
stattungspracht, was je
auf einer Bühne gezeigt
worden ist
46 Bilder! 300 Mitwirkende!
Das Taggespräch
Berlins
Parkett 6.- M.
Preise 2.- bis 12.- M.
(Logen 15.- M.)
Vorverkauf ununterbr. geöffnet

Theater am Zoo
Täglich 8 10 Uhr:
Olly-Polly
Operette von Kollo
Emmy Sturm
Curt Bois
Parkettpl. v. 2.-12 M.

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 9 - Tel. Mpt. 180 72.
Tägl. 8 Uhr, nach Sonntag nachm.
8 Uhr (zu halben Preisen).
U. S. Wandelndes Glück
Größer Solist u. Wuzer. ca. am Abend

Herrnfeld-
Theater, Bülowstr. 6
Täglich 8 Uhr
Was tut sich im Séparé?
mit Dr. Jan Kersch

Amtliche Wettannahme
des Union-Klubs
Berlin NW 7, Schadowstr. 8.
Annahme von Wetten für alle
Rennen in der Zentrale,
Schadowstr. 8, in allen Plä-
talen und bei den größeren
Renn-Vereinen im Reiche.
Auszahlung der vollen Totali-
zatorquoten ohne jeden Abzug.
Schriftliche Aufträge und An-
träge auf Konto-Einrichtung sind
nur an die Zentrale zu richten.

Barovsky-Bühnen
Theater in der
Königsplatz-Str.
8 Uhr:
Don Juan u. Faust
Freitag 8 U.: Wie
es noch gefällt

Erfolg
haben Inzerate
Vorwärts
Pelzwaren
kaufen Sie gut und billig
Berlin, Neue König-
straße 21, 2 Treppen.

Ufa-Palast am Zoo
Der Mann, der die Ohrfeigen bekam
mit **Lon Chaney**
Regie: Viktor Bjeström
Metro Goldwyn-Pilm der Ufa
Ufa-Symphonie-Orchester, Dirigent
Ernst Raphe
Ufa-Ballett, Leitung: Alexander
Omansky
Wochentags 8, 7, 9 Uhr.
Sonntags 8, 6, 7, 9 Uhr.
Preise 1.50 bis 5.-
Tel. Herfordstr. 62, 1297, 5289, 9261
Vorverkauf für 5 Tage im Voraus
täglich ab 11 Uhr ununterbrochen.

URANIA
12 Monatshefte
und 4 wertvolle Bücher
vierteljährlich... nur 1.50 Mk.
mit Ganzleinen-Buch 2.25 Mk.
Probhefte und Prospekte gratis
Zu beziehen durch
die Annahmestellen und Boten-
frauen des Vorwärts

Reichshallen-Theater
Abend 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Steffiner Sänger
Nachm. halbe Preise!
Dönhoff-Brettli's
Familien-Varieté.
Abend 8 Uhr Sonntag 1 1/2 Uhr.

Die Koblanks
Täglich 8 Uhr
im Theater in d.
Lützowstr. 112
Ecke Flottenstr.
Sonnt. nachm. 4 Uhr
Retikappchen
Vorzeit dies. sehen
nur halbe Preise
von 50 Pfg. an.

Noch frisch und schön wie vor Jahren!

Jahrelanges Tragen und Waschen mit LUX Seifenflocken hat ihrer Garderobe nicht im geringsten zugesetzt. Blusen und Jumpers sind noch so farbenprächtigt wie neu und verraten nicht die kleinste Spur des langen Gebrauchs. Nur die LUX Seifenflocken können dies! Schreiben Sie um Zusendung der Schrift „Die Pflege der eleganten Wäsche“.

jetzt billiger
Neuer Preis
50
Pfg.

LUX
SEIFENFLOCKEN
SUNLICHT-GESellschaft A-G MANNHEIM - RHEINLAU

Central-Theater
8 Uhr **Trieschübel**
8 U. Theater 8 U.
in der Klosterstr. 43
Fr. Warrenstr. 10

Walhalla
am Rosenhaller Platz
Kurzes Gastspiel
Sylvester Schäffer
Dazu ein großer Varieté-Teil
Anf. 8 Uhr. Preise 0.50, 1, 1.50, 2 usw.

Unsern lieben Kollegen Ewald
Gäbler, Wilsdorfstr. 32, wohnt
in Berlin die besten Glühwein-
Kuchen Libereckstr. 11, 111
Grenze R. D. O. G. S. J. 21.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Verwaltungsmittler!
Am Freitag, den 21. Oktober, findet
eine Sitzung der mittleren Orts-
verwaltung statt.
Die Ortsverwaltung.

Metropol-Theater
8 Uhr: **Claire Dux** als
Kamsell Augot
Kirchhoff, Leux
Hansen, Arno
Stg. nachm. 3 1/2 U.
Ihre Hebel
die Tänzerin

Th. am Schiffbauerdamm
(Neue Operetten)
8: **Lady Fanny** und
die Blaublutentrag

Der Massen-Einkauf
gestattet mit folgendes billiges Angebot
50 000 Liter Fruchtweine
in bekannt. Güte, Zucker gelöst, ca. 14%
in Reiner Weinbrand, 35% „ „ 3.24
in Jam.-Rum-Versch. 45% „ „ 4.45
Die bek. Südkind-Liköre 39% „ „ 4.45
in Jam.-Rum-Versch. (Teurum) 55%
Ltr. M. 5.20
Alle Preise sind mit Steuer

Waliner-Theater
8 U.: **Melscken**

Casino-Theater
Lothring. Str. 37.
Anf. 8 Uhr
Die Frau im gefährd. Alter
Vater im besten Programm
Marie Löwe Arthur Wright

25000 Liter Südweine
garantiert rein, unverschnitten
Tarragona 505 17% „ „ Ltr. M. 1.50
Malaga „ 16% „ „ „ 1.74
Douro Portw. 20% „ „ „ 2.70

Rose-Theater
8 U.: **Rödig Krause**

Circus Busch
Tägl. 7 1/2, Stg. 8 U.
Fliegend. Torpedo
Selt. d. Tades usw.
9 U. Hareschaus.
1000 Jahre
Deutscher Rhein
Hadm. Kattenfänger
v. Hameln d. halb. Pr

20000 Fl. Rot- u. Weißweine
à M. 0.90, 1.32, 1.80, 2.86
Meine erstkl. Spirituosen
in Aquavit, 35% „ „ Ltr. M. 2.95
in Weinbrand Verschnitt, 28% „ „ 3.24
in Reiner Weinbrand, 35% „ „ 4.20
in Jam.-Rum-Versch. 45% „ „ 4.45
Die bek. Südkind-Liköre 39% „ „ 4.45
in Jam.-Rum-Versch. (Teurum) 55%
Ltr. M. 5.20
Alle Preise sind mit Steuer

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
Tel. Herfordstr. 62

Th. am Herfordstr.
8 Uhr
Wenn ich wollte...

Eduard Süsskind
Hauptgeschäft: Brnneustr. 42-43
Moabit: Wilsnacker Str. 25, Ecke Birkenstr.
Berlin SO: Koppenstr. 87
Charlottenburg: Friedrich-Karl-Pl. 5
Neukölln: Berliner Str. 13

Interieren
bringt ERPOLO!

Th. am Herfordstr.
8 Uhr
Wenn ich wollte...

Neu eröffnet:
Steglitz, Schloßstr. 121